Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 129. | Dresden, Dienstag den 9. Juni 1914. | 25. Jahrg.

Das Berliner Landgericht fällte gegen die Charlottenburger Denkmalsbeschmierer ein Schreckensurteil.

In Frankfurt wurde der Redakteur Waßmann wegen Beleidigung von Aerzten, die er des Mißbrauchs von Salvarsan beschuldigt hatte, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Im Schwarzwald, in der Schweiz und in Paris hat es geschneit.

Zum Zeichen des Protestes gegen die blutigen Vorgänge in Ancona proklamierte die Arbeiterschaft Italiens den Generalstreik.

Infolge eines starken Sturms sind in Montreal 20 Fischer ums Leben gekommen.

Wegweiser.

Selten ist ein Denker mit solchem Fleiß bemüht gewesen, die Vorläufer seines Systems in ihrer wissenschaftlichen und geschichtlichen Bedeutung zu erkennen wie Karl Marx. In seinen vierbändigen „Theorien über den Mehrwert" verfolgt er mit großer Sorgfalt die Entwicklung der Werttheorie durch die ökonomische Literatur zweier Jahrhunderte. Völlig vergessene Forscher gewinnen neue Bedeutung, während so mancher Stern der bürgerlichen Oekonomie vor der unerbittlichen Kritik des Vollenders der Werttheorie verblaßt. Der Marxismus stellt sich bei dieser Rückschau dar als folgerichtige Fortentwicklung der besten Gedanken der klassischen Nationalökonomie, deren Vertreter nun als Wegweiser zu Marx erscheinen, da bei ihnen wenig beachtete Gedanken jetzt in ihrem geistesgeschichtlichen Wert erst erkannt werden können.

Der Sozialismus ist aber nicht nur der Erbe der bürgerlichen „klassischen" Oekonomie, sondern, wie Engels mit Vorliebe betonte, „die deutsche Arbeiterbewegung ist die Erbin der deutschen klassischen Philosophie". Die Beziehungen dieser Philosophie zum Sozialismus beschränken sich keineswegs auf den großen Denker Hegel, sondern es führen auch Wege von Kant und Fichte zur Gedankenwelt des modernen Sozialismus, der bei Erfüllung seiner geschichtlichen Aufgabe zugleich der Testamentsvollstrecker dieser Denker ist.

Diese Zusammenhänge in ihrer Mannigfaltigkeit im einzelnen darzulegen und erneut dem allgemeinen Bewußtsein einzuprägen, bemüht sich Genosse Max Adler in seiner neuesten Schrift: Wegweiser, Studien zur Geistesgeschichte des Sozialismus.* Es ist eine Sammlung von Abhandlungen, die zumeist an Gedenktagen veröffentlicht wurden, um die Stellung des modernen Proletariats zu dem Gefeierten zu kennzeichnen. Bei der umfassenden philosophischen Fachbildung des Verfassers, seiner genauen Kenntnis der Lebensarbeit von Marx und Engels, bei der wissenschaftlichen Gründlichkeit und der klaren sachlichen Darstellung, die jedes unnütze gelehrsame Schnörkelwerk vermeidet und nur durch den Gedankenaufbau künstlerisch wirkt, wachsen diese Arbeiten hinaus über bloße Gelegenheitsaufsätze und behalten den dauernden Wert wissenschaftlicher Einzeldarstellung. Durch die Sammlung in einem Bande gewinnt jede einzelne Arbeit, da die Beziehungen und Fortschritte jedes Denkers sich jetzt ungesucht ergeben. Allerdings sind diese Aufsätze keine leichte Lektüre. Ihr Studium setzt philosophische Denkschulung voraus, auch erschwert die Häufung von ungewohnten Fachausdrücken leider oft unnötig das Lesen selbst für intelligente und vorgebildete Arbeiter. Die behandelten Probleme zählen zu den schwierigsten der Philosophie, besonders der Erkenntnistheorie, und es gilt von diesen Fragen auch heute noch, was Adler von der Geistesarbeit Max Stirners sagt: „Ja, es ist sogar die Frage, ob er selbst heute in eine Zeit paßt, die immer noch voll der mühsamsten und notwendigsten Aktion ist, erst jene Neuordnung der Lebensverhältnisse, jene materielle Kultur anzubahnen, in der eine so ausschließlich nur dem Interesse der Geisteskultur zugewendete Untersuchung wirklich einem allgemeinen Bedürfnis und damit allseitigem Interesse begegnen wird." Bei der heutigen Volksschulbildung und der Ueberlastung gerade der geistig regsamen Proletarier gelten diese Worte leider auch von vielen Arbeiten Adlers, deren eingehendes Studium dem genügend vorgebildeten Leser einen reichen Gewinn positiven Wissens, geistiger Anregung und Schulung im wissenschaftlichen Denken bringt.

Jean Jaques Rousseau und seine so oft mißverstandene Kulturkritik bilden das Thema der ersten Abhandlung. Rousseau wollte keineswegs zurück zum Urzustand der Wilden. Er hing mit allen Fasern seiner empfänglichen und empfindsamen Seele an den Künsten und Wissenschaften. Er erlebte mit der Intensität des Dichters den Widerspruch, daß diese Kulturerrungenschaften nur einer Minderzahl dienten, das Elend der Massen vermehrten und die Wenigen, denen sie nützten, oft seelisch verdarben. Dieser Widerspruch war für Rousseau unlösbar, da ihm der Entwicklungsgedanke fremd und der Ausblick über die bürgerliche Gesellschaft hinaus bei den unentwickelten, wirtschaftlichen Verhältnissen Frankreichs, das erst am Vorabend seiner großen bürgerlichen Revolution stand, versperrt war. Sein Rettungsgedanke wie der aller Denker der „Aufklärung" war die Erziehung. Diese Erziehung sollte neue Menschen schaffen. Rousseau war, das verbindet ihn auch mit dem Sozialismus, ein Anhänger der öffentlichen Erziehung und sah die häusliche Unterweisung nur als Notbehelf an.

Von der „ästhetischen Erziehung der Menschheit" erwartete auch Friedrich Schiller das Heil, als der Rausch der Aufklärung verflog und die französische Revolution jenem Traum ein Ende machte, der die Angehörigen eines kleinen Kreises deutscher Ideologen mit der ganzen Menschheit verwechselte. Die Klassenkämpfe Frankreichs zeigten, daß dort nicht jenes Ideal des Menschtums verwirklicht wurde, von dem Schiller am Vorabend der Revolution sang:

Frei durch Vernunft, stark durch Gesetze,
Durch Sanftmut groß und reich durch Schätze,
Die lange Zeit dein Busen dir verschwieg,
Herr der Natur, die deine Fesseln liebet,
Die deine Kraft in tausend Kämpfen übet
Und prangend unter dir aus der Verwilderung stieg!

Die „ästhetische Erziehung", die Schiller dem kommenden Jahrhundert als Aufgabe zuweist, ist aber nicht gedacht als eine literarische Dressur oder zartsinnige Ueberempfindsamkeit exklusiver Teetischrunden, die Heine so köstlich verspottet hat. Adler weist überzeugend nach, daß jene ästhetische Kultur dem Persönlichkeitsideal entspricht, dem die Demokratie Athens in ihrer Blütezeit nahe kam, jenem Ideal der Harmonie, der allseitigen Ausbildung des Geistes und Körpers, das der Sozialismus allein für die Gesamtheit durch die rastende Kulturarbeit verwirklichen kann. Schillers Erziehungsutopie kann nur zur Wirklichkeit werden in der klassenlosen Gesellschaft der Zukunft.

Schiller war begeisterter Kantianer. Welche Stellung nimmt der Sozialismus zu Kant? In seiner Gedächtnisrede zur Kantfeier 1904 sucht Max Adler diese umstrittene Frage zu beantworten. Hier tritt der persönliche Standpunkt des Verfassers besonders scharf hervor in der Einschätzung der Ethik Kants in ihrer Bedeutung für den Marxismus. Auf die besondere Auslegung des kategorischen Imperativs Kants durch den Autor kann hier aus Raummangel nicht eingegangen werden. Zur Ergänzung und Berichtigung der Meinung Adlers, die ich nicht teile, sei verwiesen auf seine „Marxistischen Probleme", vor allem auf den Aufsatz: „Ethik und Wissenschaft" und den Abschnitt über „die Ethik Kants" in dem von Adler kritisierten Buch Kautskys Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Auch die gute Kritik des Adlerschen Standpunktes durch Genossen E. Rotter im laufenden Jahrgang der Neuen Zeit: „Zum Problem der Moral" (Kant und Marx) ist mit Nutzen heranzuziehen.

Weniger Widerspruch begegnen wird der Vergleich der Geschichtsphilosophie des Königsberger Philosophen mit der materialistischen Geschichtsauffassung von Marx und Engels. Kant strebt bereits nach einer Erkenntnis der Gesetzmäßigkeit der geschichtlichen Entwicklung, deren Triebkraft er in der „geselligen Ungeselligkeit" jedes Menschen entdeckt. In diesem „Antagonismus" sieht Adler einen Keim der Dialektik von Hegel und Marx, ja eine gewisse Ergänzung dieser Dialektik. Auch das Ziel der geschichtlichen Entwicklung, wie es Kant vorschwebt, kann nur im Sozialismus erreicht werden:

„Das Spiel des Antagonismus wirkt „wie ein Maschinenwesen" in der Geschichte, und sein Ziel ist, eine solche Verbindung der Völker herbeizuführen, die durch ihre eigenen Interessen in einem großen Gemeinwesen reibungslos zusammen sich erhalten können, ähnlich „wie ein Automat sich selbst erhalten kann" . . ."

Kant prophezeit so unbewußt nicht nur die proletarische Weltrepublik, sondern er legt auch mit frappierender Klarheit in anderem Zusammenhang den Mechanismus des Weltrüstens dar, den wir heute in allen Ländern so präzis und unheilvoll funktionieren sehen. Kant, der Philosoph der offiziellen Katheder, ein Feind der stehenden Heere und Verfechter der Miliz, das ist allerdings nicht ohne politische Aktualität. Allerdings ist dabei nicht zu übersehen, daß Kant die treibenden Kräfte dieser Entwicklung, die Gesetze des Kapitalismus und der Klassenkampf unserer Tage, verhüllt blieben und bleiben mußten.

O. J.

(Schluß folgt.)

* Wegweiser, Studien zur Geistesgeschichte des Sozialismus von Max Adler. Stuttgart, 1914. Verlag von J. H. W. Dietz. 331 S., brochiert 2 M., geb. 2,50 M.

Abschreckend!

Das Berliner Landgericht rächte den Charlottenburger Denkmalsstreich mit vier Jahren, acht Monaten Gefängnis.

Als im März die Kunde kam, daß das Kaiser-Friedrich-Denkmal in Charlottenburg mit der Aufschrift „Rote Woche" beschmiert worden sei, gab es innerhalb der Anhängerschaft der Sozialdemokratie nur eine Stimme: Ein ebenso lächerlicher wie zweckloser Streich. Wenn sich heute in den arbeitenden Kreisen des Volkes das Berliner Urteil herumspricht, wird es wiederum nur ein Schütteln des Kopfes geben und eine Meinung: Ein Schreckensurteil! Ein Richtspruch, dessen Schwere in keinem normalen Verhältnis zum Gewicht der Tat steht. Der Maler Linke, der die Aufschrift anbrachte, erhielt 1½ Jahr Gefängnis, ebenso hoch wurde ein anderer bestraft, der den Farbentopf trug und ein dritter, der Schmiere stand. Gastwirt Rau, in dessen Lokal der Plan besprochen wurde und der nach Ansicht des Gerichts die rote Farbe zur Verfügung gestellt haben soll, wird auf ein Jahr hinter die Gitter gesperrt. Vier Jahre, acht Monate Gefängnis für eine Tat, deren Spuren zu beseitigen einen Kostenaufwand von 75 M. erforderte! Nahezu ein halbes Jahrzehnt Kerker für eine Besudelung, die wieder vollständig beseitigt werden konnte! Drei Sachverständige bekundeten: es sei nicht zu befürchten, daß die Inschrift wieder zum Vorschein käme; der Granit habe auch in keiner Weise gelitten. Ein Jahr sechs Monate Gefängnis für den einundzwanzigjährigen Linke, einen trabenhaften Menschen, der den Streich noch dazu unter dem Einfluß reichlichen Biergenusses verübte. Ein Jahr sechs Monate für den Angeklagten Göpfert, der den Farbentopf hielt, ohne das klare Bewußtsein der Strafbarkeit zu haben. Ein Jahr sechs Monate Gefängnis für den Angeklagten Kuhl, einen verheirateten Mann, der fünf Kinder zu ernähren hat! . . . Es wird in den Schichten der arbeitenden Bevölkerung nur eine Stimme geben.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß auch die Gerichtsverhandlung nichts ergab, was auf Anstiftung der Tat durch irgendeine offizielle Stelle der sozialdemokratischen Partei schließen ließ. Haupttäter Maler Linke ist überhaupt nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Sozialdemokratie den Streich nach wie vor verurteilt. Aber so beklagenswert er sein mag — er unterscheidet sich von vielen Leistungen der goldenen Jugend unserer Hochschulen nur dadurch, daß er harmloser ist, daß er das Denkmal nicht verstümmelte, sondern in einer Weise beschädigte, die keine sichtbaren Folgen hinterlassen hat. Er unterscheidet sich von den Taten vandalierender Studenten durch noch manche andere Seite: dadurch, daß der Charlottenburger Unfug härter bestraft wird; daß hier mit schwerem Gefängnis gesühnt wird, was Studenten in ähnlichen Fällen mit geringen Geldstrafen begleichen durften; daß die Täter im Charlottenburger Falle nicht Angehörige der herrschenden Klasse, sondern Leute aus dem Arbeiterstande sind. Und so ist es denn schließlich aus der Klassenzugehörigkeit der Richter erklärlich, wenn sie studentische Vandalentaten als fröhlichen Jugendulk betrachten, während ein ähnlicher Streich von Leuten aus der Arbeiterklasse als ein Attentat auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung gerochen wird.

Aber selbst bei dieser Betrachtung der Dinge, selbst wenn man sich damit abfindet, daß wir nun einmal eine Klassenjustiz haben, bleibt man noch immer mit fragenden, starrenden Augen vor dem Urteilsbericht stehen. Die drei Anwälte der Angeklagten, nicht sozialistisch angehauchte, sondern bürgerlich denkende Leute, die da betonten, daß sie Gegner der Sozialdemokratie seien — sie alle kamen in ihrer Verteidigung zu dem gleichen Schluß: ein Dummerjungenstreich! Verteidiger Sonnefeld verwies auf den ungeheuerlichen Antrag des Staatsanwalts — je 2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust — und erklärte, daß breite Volkskreise den Gerichtsspruch als politisches Tendenzurteil empfinden müßten, wenn das Urteil auch nur annähernd dem Antrag des Staatsanwalts entsprechen würde. Das Urteil bleibt nicht sehr hinter dem staatsanwaltlichen Ansinnen zurück und der Erklärung des Gegners der Sozialdemokratie ist mithin nichts weiter hinzuzufügen.

Die Gerichtsentscheidung soll eben mehr treffen als die bloße Denkmalsbeschädigung: sie soll die sozialdemokratische Gesinnung bestrafen. Wir wollen den Richtern nicht parteipolitischen Fanatismus unterschieben, aber angesichts der Reden des Staatsanwalts und der Urteilsbegründung, die die Tat wertet als eine Folge „der unaufhörlichen Verhetzung durch die sozialdemokratische Partei", bekommt der Spruch unabhängig von den Absichten der Richter eine parteipolitische Richtung.

Die Tat ging gegen ein Steinbild, das Urteil geht gegen Menschen. Es heißt den Schutz von Denkmälern ins Lächerliche verkehren, wenn zu diesem Zwecke ein Verdikt gefällt wird, das Menschen und Familien für immer ruinieren kann. Wenn die Angeklagten trotz alledem die Strafe sofort antraten, so ist es daraus zu erklären, daß der Haftentlassungsantrag abgelehnt wurde. Die vier haben einen raschen Antritt der Strafe dem quälenden Hangen und Bangen in weiterer Untersuchungshaft vorgezogen. Was sie verübten, mag verurteilenswert sein, aber es schrumpft zur Kleinigkeit zusammen neben dem Schreckensurteil, das ein halbes Jahrzehnt Gefängnis für einen bierinspirierten Streich auswarf.

Abschreckend soll das Urteil wirken, wie die Urteilsbegründung hervorhebt. Dieser Zweck dürfte erreicht werden, wenn auch in anderem Sinne als es sich das Gericht vielleicht dachte. Abschrecken wird das Urteil manch naives Gemüt vom Glauben an diese Klassengesellschaft, die an sozialdemokratischen Arbeitern als Verbrechen drakonisch ahndet, was in ähnlichen und schlimmeren Fällen Angehörigen der besitzenden Schichten als bierfröhlicher Ulk nachgesehen wird.

• • •

Urteile gegen Studenten und Offiziere.

Unübersehbar ist die Reihe von wüsten Streichen, die von Studenten und Offizieren verübt werden. Der Vandalismus der Studenten findet ebenso regelmäßig eine überaus milde Justiz. Nicht anders ist es mit Ausschreitungen von Offizieren. Es sei nur an einige wenige Vorgänge aus der neuesten Zeit erinnert. Es genügt, sie aufzuzählen und damit das soeben in Berlin gefällte Urteil zu vergleichen:

März 1911. Greifswalde. Student von Brockhusen hatte im Bahnhofsrestaurant mit seinem Stocke mehrere Gläser und andere Gegenstände zertrümmert. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Sachbeschädigung zu 15 M. Geldstrafe. Die Strafkammer sprach ihn wegen sinnloser Trunkenheit frei.

Juni 1911. Kriegsgericht zu Köln. Leutnant Freiherr Wilh v. Hohendorn, Leutnant Kapherr v. Pleffen sind beschuldigt, in

der Wohnung des Unteroffiziers Veith, der ihr Vorgesetzter war, da sie damals einjährig bei den Bonner Husaren dienten, **Hausfriedensbruch** begangen zu haben. Sie haben nach einer großen Kneiperei die Tür zur Wohnung des Veith zertrümmert, holten diesen aus dem Bette, **warfen das Bettzeug aus dem Fenster, zerbrachen die Möbel und begossen alles mit Wasser.** Ferner beschimpften sie den Veith mit den unflätigsten Schimpfworten. Einer der Angeklagten wurde zu 8 **Tagen Gefängnis** verurteilt, der andere freigesprochen, weil seine Schuld nicht bewiesen sei. In derselben Angelegenheit wurden der Graf zu Finckenstein und der Student v. Quistorp vom Schöffengericht zu Bonn zu **14 Tagen Gefängnis** verurteilt. Die Strafkammer setzte die Strafe auf die Hälfte herunter, dann trat **Begnadigung** zu Festungshaft ein.

Mai 1912. In Göttingen wurden **von einem Monumentalbrunnen die Fischköpfe abgeschlagen. Mehrere Firmen- und Aushängeschilder wurden zertrümmert, Schaufensterscheiben mit Ringdiamanten zerkratzt** usw. Ferner haben sich fünf Studenten gröbliche **Ausschreitungen gegen die Polizei** zuschulden kommen lassen. Ein Student, der einem Schutzmann einen Fußtritt verabfolgte, erhielt vom Schöffengericht **30 M. Geldstrafe**, ein anderer, **der einem Polizisten seinen Hund auf den Rücken warf** und sich seiner Verhaftung zu entziehen versuchte, erhielt 80 M. Geldstrafe usw.

Marburg, März 1913. Eine Anzahl Studenten verübte einen großen Straßenkrawall. Die Mahnungen der Polizeibeamten zur Ruhe blieben vergeblich. Die Beamten wurden fortwährend beschimpft, **die Fensterscheiben des Wachtstubenlokales wurden eingeschlagen, Steine wurden geworfen und Revolverschüsse abgefeuert, ein Beamter wurde mit Kies beworfen** und schließlich zogen die Studenten mit Gesang von dannen. Ein Student wurde mit 50 M. Geldstrafe oder 5 Tagen Haft, ein anderer zu 300 M. Geldstrafe oder 30 Tagen Haft verurteilt. Das Schöffengericht erklärte: Eine Gefängnisstrafe würde für die bisher unbescholtenen Angeklagten **zu hart** sein, ein Denkzettel genüge, aber unglücklich sollen sie nicht gemacht werden; zu berücksichtigen seien auch die Wirkungen des Alkohols.

Halle, Juni 1913. Vor dem Schöffengericht stehen zwei Studenten wegen nächtlicher Ruhestörung, Sachbeschädigung und öffentlicher Beleidigung. Ein Student der Theologie war mit anderen im Gänsemarsch durch die Straßen gezogen, hatte skandaliert und **mit seinem Spazierstock das Marmorschild eines Drogisten gewaltsam zerstört.** Das Gericht nahm vorsätzliche Sachbeschädigung als erwiesen an und bestrafte den Angeklagten mit 15 M. Geldstrafe.

Nürnberg, Juni 1912. Leutnant Freiherr Kreß von Kressenstein hatte sich wegen **Körperverletzung** zu verantworten. Er hatte angenommen, daß ein achtjähriger Knabe, der auf der Straße spielte, sein Pferd ängstigen wollte, deshalb holte er den achtjährigen Knaben ein und schlug ihn mit der Reitpeitsche auf den Kopf. Das Kriegsgericht **sprach den Leutnant frei,** weil er in Putativnotwehr gehandelt habe, der Leutnant habe befürchtet, daß der Junge noch einmal auf ihn losgehen würde.

Hannover, Schöffengericht. Zwei Studierende der Tierärztlichen Hochschule hatten nach einer starken Kneiperei eine **Straßenlaterne und das Straßenbezeichnungsschild zertrümmert. Sie leisteten einem Schutzmanne Widerstand. Das Schöffengericht sprach sie frei.** Die Handlungsweise der Studierenden sei nur als grober Unfug anzusehen, **dieser sei aber hart genug gesühnt dadurch, daß der Schaden ersetzt worden sei . . .**

Die Errungenschaft von Basel.

Genosse Eduard David, der neben anderen Abgeordneten als Vertreter unserer Reichstagsfraktion an der deutsch-französischen Konferenz in Basel teilgenommen hat, spricht sich über diese Veranstaltung wie folgt aus:

Daß die Zusammenkunft deutscher und französischer Parlamentarier in Basel der Politik der Versöhnung zwischen den beiden großen Kulturvölkern wertvolle Förderung gebracht hat, steht außer Zweifel. Auch die hämischen Glossen der chauvinistischen Hetzblätter von hüben und drüben bestätigen das nur. Die hinter ihnen stehenden Rüstungsinteressenten haben feine Riechorgane für die Gefahr, die ihren patriotischen Geschäftsunternehmungen aus dem interparlamentarischen Verständigungswerk erwächst.

Ein Hauptargument, mit dem die Rüstungsschreier seither diesseits wie jenseits der Grenzpfähle gearbeitet haben, dürfte durch Basel endgültig außer Kurs gesetzt sein. Fortan wird man den deutschen Philister nicht mehr mit der Behauptung ängstigen können, ganz Frankreich brüte Rache und bereite unablässig den Revanchekrieg vor. Die Tatsache, daß die in Basel erschienenen Mitglieder der französischen Kammer für die Dreiviertel-Mehrheit dieser Körperschaft sprechen konnten, hat jener Behauptung vor aller Welt den Boden entzogen. Und ebenso nimmt der Umstand, daß hinter den deutschen Delegierten eine Mehrheit im Reichstag steht, den französischen Hetzblättern ein gut Teil Wind aus den Segeln. Außer den sozialdemokratischen und fortschrittlichen Reichstagsfraktionen in ihrer Gesamtheit haben sich vom Zentrum zirka 40 Abgeordnete der Verständigungsunion angeschlossen. Drei davon waren in Basel anwesend. Die zwei vor der nationalliberalen Fraktion erschienenen Mitglieder konnten freilich vorerst nur für ihre eigene Person sprechen. Nimmt man die elsässische Gruppe, die durch zwei Delegierte vertreten war, hinzu, so ergibt sich eine Gesamtzahl von zirka 208 ausgesprochenen Verständigungsfreunden im Reichsparlament.

Der Mehrheitswille der beiderseitigen Volksvertretungen steht also hinter der Baseler Erklärung. Das konnte von der vorjährigen Friedensbekundung in Bern noch nicht gesagt werden. Es dokumentiert den Fortschritt, den der Verständigungsgedanke inzwischen gemacht hat, den Preßtreibereien der Rüstungsinteressenten und den Zungenanstrengungen kriegslüsterner Generale zum Trotz.

Der ganze Erfolg erscheint freilich nur als eine ideelle Größe. Französische Nationalistenblätter haben darauf hingewiesen, daß die deutsche Reichstagsmehrheit keine reale Macht sei; im Falle eines Konflikts zwischen den beiden Nationen habe sie nichts zu sagen. Das mag zurzeit noch zutreffen. Aber hier gilt das Gesetz von dem Umschlagen der Quantität in die Qualität. Mit dem weiteren Anwachsen verwandelt sich die ideelle Macht der Friedensstimmung in einen realen politischen Machtfaktor, über den keine Kriegsdiplomatie mehr hinwegkommen wird.

In dem Ringen um die Volksseele bedienen sich auch die Kriegsinteressenten rein psychologischer Faktoren. So metallisch fundamentiert zumeist ihre eigenen Beweggründe sind, so können sie die Bevölkerungsmassen doch nur mit psychischen Momenten in die gewünschte Stimmung bringen.

Das wirksamste Stimmungsmoment, mit dem sie dabei arbeiten, ist unstreitig die Angst. Mag die Entwicklung der Kampfinstinkte in der Jungmannschaft, mag der Appell an den nationalen Stolz und Ruhm den nationalistischen Hetzern gute Dienste tun, die Hauptsache ist doch die Erregung der Furcht des einen Volkes vor dem andern. Die Schreckbilder von den siegreich eindringenden feindlichen Heeren, die in Trümmer gelegten Städte und Dörfer, die geraubten Kassen, die verwüsteten Felder, die geschändeten Frauen — das sind die suggestiven Momente, mit denen nationalistische Wahlen gemacht und immer wieder neue Rüstungsvorlagen durchgesetzt werden. Das Vaterland ist in Gefahr! Wie Donnerhall braust der Ruf durch die Lande. Der friedliche Bürger zittert, zagt und zahlt.

Dieser patriotische Bürger- und Bauernschreck spielt auch in Frankreich eine viel bedeutsamere Rolle als — die elsaß-lothringische Frage. Ihn gilt es zu erlegen, dann ist der Rüstungs- und Kriegsagitation das gemeinschädliche Handwerk hüben wie drüben gelegt. Hier liegt die große Bedeutung einer Vereinigung von Volksvertretern verschiedener Nationen zu gemeinsamer Verständigungsarbeit. Die von den Massen gewählten, in innigem Kontakt mit ihren Wählern stehenden Abgeordneten sind in ganz anderer Weise berufen und befähigt, der wahren Volksstimmung Ausdruck zu geben, als Fürsten und Berufsdiplomaten, denen jede unmittelbare Berührung mit den Volksmassen fehlt. Wenn die gewählten politischen Vertrauensleute der Nationen in wachsender Zahl sich persönlich kennen lernen und in gemeinsamer Arbeit den nationalistischen Vorurteilen und Furchteinflößungen den psychologischen Nährboden, die Angst vor der Tücke des Nachbarvolks, abgraben, so werden sie damit ein stärkeres Bollwerk des Friedens aufrichten, als Kanonen und Panzerplatten es je sein können. Der Widerhall, den das Baseler Manifest in dem weitaus größten Teil der deutschen Presse gefunden hat, beweist den Erfolg in dieser Richtung. Am bemerkenswertesten ist die Beifallsäußerung der nationalliberalen Kölnischen Zeitung. Sie erklärt, es sei Zeit, daß die deutsche Bourgeoisie begreife, „daß ihre bisherige Methode internationaler Politik grundverkehrt gewesen ist, daß sie eine internationale Kulturpolitik nach dem Muster Englands schon um ihres eigenen Erfolges willen zu treiben gezwungen ist". Und sie bekennt sich mit den folgenden Worten ausdrücklich zu den Baseler Beschlüssen:

„Jedem, dem es nicht nur mit Worten, sondern mit ehrlichem Willen um den Frieden und um ein gutes Verhältnis zwischen den beiden Nationen zu tun ist, das ohne den patriotischen Gefühlen des einen oder des anderen Eintrag zu tun in dem ruhigen von gegenseitiger Achtung eingegebenen Verkehr der beiden Völker die Wohlfahrt selbst im Auge hat, kann den dort gefaßten Beschlüssen nur zustimmen. Freilich müßten die Parlamentarier zeigen, daß sie auch den Mut haben und Manns genug sind, sich hüben und drüben im eigenen Hause zusammenzufinden, um mit einander zu raten und zu handeln und damit dem eigenen Volke hüben und drüben das Beispiel der Verständigung vor Augen zu rücken, das sie von seiner Gesamtheit mehr oder weniger befolgt zu sehen wünschen."

Der Appell des nationalliberalen Blattes an den Mut der Parlamentarier, sich nun auch auf französischem und deutschem Boden zusammenzufinden zur Fortführung des Verständigungswerkes, gilt zweifellos in erster Linie den Abgeordneten der eigenen Partei. Hoffentlich hat er den Erfolg, eine größere Anzahl von ihnen zur Teilnahme an den in München und Lyon geplanten gleichzeitigen interparlamentarischen Verständigungskundgebungen zu veranlassen.

Gehört dazu überhaupt noch Mut? — Wir sind überzeugt, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo man diese Frage überhaupt nicht mehr versteht; eine Zeit, in der es als ganz selbstverständlich gilt, daß die Volksvertretungen der Kulturnationen in ständiger Fühlung miteinander stehen und es als ihr gutes Recht, als ihre ernste Pflicht ansehen, in gemeinsamer Arbeit Friede und Freundschaft von Volk zu Volk vor jeder Bedrohung zu sichern. Bern und Basel sind verheißungsvolle Anfänge auf dem Wege zu diesem Ziel.

Deutsches Reich.

Der Index.

Dem Zentrum ist wieder einmal etwas sehr Unangenehmes passiert. Eine Broschüre des badischen Zentrumsführers Pfarrer Wacker, die im wesentlichen eine in Essen gehaltene Rede dieses Herrn wiedergiebt und den Titel „Zentrum und kirchliche Autorität" führt, ist von der dazu berufenen Behörde der katholischen Kirche, der Index-Kongregation in Rom, auf den Index gesetzt worden, das heißt, es ist den Gläubigen verboten worden, die Schrift des Herrn Wacker zu lesen. In der Rede in Essen hatte Herr Wacker fest gegen die „Stänker und Quertreiber" gewettert.

Bekannt ist ja, daß der Vatikan in dem Kampf, der in Deutschland zwischen dem offiziellen Zentrum und der Berliner Richtung geführt wird, im Herzen auf der Seite der Berliner steht. Die Maßregel gegen die Wackersche Schrift ist dafür ein neuer Beweis. Von der Index-Kongregation pflegt nicht angegeben zu werden, welche Stellen in einer von ihr verworfenen Schrift ihr Mißfallen erregt haben. Es ist aber anzunehmen, daß besonders die Ausführungen Wackers, die die Unabhängigkeit des Zentrums von den geistlichen Behörden betonen, in Rom Anstoß erregt haben. Der Grundgedanke des Wackerschen Vortrags war nach der Kölnischen Volkszeitung: „Das Wesen und die Interessen der Kirche gestatten es nicht, daß das Zentrum der Kirche und ihrer Autorität unterstellt werde; andrerseits ist es auch für das Zentrum unmöglich, der Kirche und ihrer Autorität unterstellt zu werden."

Es kommen in der Schrift Stellen vor, wie:

Wir sind entschlossen, allem getreulich zuvorzukommen, was an Pflichten gegen unsere Bischöfe und das Oberhaupt unserer Kirche uns obliegt. Wir bedürfen weder der Belehrung über diese Pflichten noch der Kontrolle über deren Erfüllung. Wir bekennen uns auch als treue Zentrumsmänner. Beides gehört zusammen. Bei allem Respekt und bei aller Ergebenheit gegen die Kirche und ihre Führer, die Gott uns gegeben, muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, es geht nicht für die Kirche selbst, daß ihren Fürsten, ihren Würdenträgern, die politische Arbeit des Zentrums unterstellt wird. Ich kann mir nicht gut in deutschen Landen in unsern Tagen einen Bischof denken, einen römisch-katholischen Bischof, der gegen das Zentrum wäre. Ich kann mir nicht gut einen Bischof denken, der nicht für seine eigene Person, wo sie ihm Gelegenheit gibt, bei den Wahlen oder sonst, sich selbst zum Zentrum bekenne, aber ein Bischof über die Zentrumspartei in seiner Diözese gestellt, das ist nach unserm Dafürhalten — ich werde doch sagen dürfen nach unserm — nicht möglich, für die Kirche selbst nicht möglich. Träger kirchlicher Autorität, vom Bischof der kleinsten Diözese bis hinauf zum Papst, sollen in etwaige Streitfragen im öffentlichen Leben nicht hineingezogen werden, soweit und solange es vermieden werden kann.

oder:

Für das Zentrum ist es gleichfalls unmöglich, der kirchlichen Autorität unterstellt zu werden. Die Zentrumspartei ist nicht eine kirchliche und nicht eine konfessionelle, sondern eine ausgesprochen politische Partei. Das Zentrum kann also nicht unter die kirchliche Autorität gestellt, es kann nicht gehalten sein, von Trägern der kirchlichen Autorität, von Papst und Bischöfen, eventuell Weisungen entgegenzunehmen. Wenn treugesinnte Katholiken erfolgreich am öffentlichen Leben sich beteiligen wollen, so müssen sie genau wie andere das Maß von Bewegungsfreiheit haben, welches die Staatsverfassung einräumt und gewährleistet.

Der Zentrumspresse ist natürlich das Vorgehen gegen die Schrift Wackers scheußlich unangenehm. Die Germania sucht die Sache dadurch in milderem Licht erscheinen zu lassen, daß sie darauf verweist, **das Vorgehen des Vatikans richte sich nicht gegen Herrn Wacker, sondern sei nur eine Warnung für die Gläubigen vor Wackers Schrift. In Wirklichkeit bedeutet die Maßregel der Index-Kongregation einen schweren Schlag gegen das Zentrum.** Denn sie ist eine offene und klare Verurteilung der ganzen Theorie von der Zulässigkeit eines interkonfessionellen und von der Kirche völlig unabhängigen Zentrums. Die von den Kölnern verfochtenen Anschauungen stehen ja auch in einem ganz entschiedenen Widerspruch zu den Lehren der katholischen Kirche. Immer wieder haben die berufenen Vertreter der katholischen Kirche erklärt, daß die Kirche die höchste Autorität nicht nur in Fragen der Religion, sondern auch in Fragen der Sitte darstelle. Und darüber kann kein Zweifel sein, daß wirtschaftliche und politische Angelegenheiten Fragen der Sitte sind. Der gute Katholik ist, wie die Zentrumsgrößen sich auch drehen und winden mögen, verpflichtet, in politischen Dingen den Weisungen seiner geistlichen Oberen, seiner Bischöfe und Pfarrer zu folgen. Das bedeutet, daß eine Partei wie das Zentrum, die nicht nur überwiegend aus Katholiken besteht, sondern die auch sofort ihre Macht und ihren Einfluß verlieren würde, wenn der gewaltige Apparat der katholischen Kirche aufhörte, für sie zu arbeiten, trotz allen Geredes von der Interkonfessionalität vollkommen von der katholischen Kirche abhängig ist. Die so arg geschmähten Stänker und Quertreiber, Graf Oppersdorff und seine Freunde, die offen den Charakter des Zentrums als einer katholischen Partei betont wissen wollen, vertreten in Wahrheit allein die Anschauungen, die sich für getreue Söhne der katholischen Kirche ziemen. Das ist durch das Vorgehen der Indexkongregation von neuem bezeugt worden, was natürlich die Herren von der Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht nicht davon abhalten wird, daß sie auch in Zukunft alles tun werden, um durch einen wüsten Terrorismus die unangenehmen Leute von der Berliner Richtung mundtot zu machen.

Die Mülhauser Polizeischlachten vor Gericht.

Am Dienstag werden die Vorkommnisse am Nordbahnhof in Mülhausen i. Elsaß vor der dortigen Strafkammer ein gerichtliches Nachspiel haben. Angeklagt ist der Redakteur der Mülhauser Volkszeitung, Genosse Franz Geiler, der durch mehrere Artikel, die sich mit den Polizeitaten anläßlich des Streiks der Erdarbeiter befaßten, den Mülhauser Polizeipräsidenten v. Rzewuski und die diesem unterstellten Polizeibeamten beleidigt haben soll.

Wie erinnerlich, legten anfangs Juli 1913 zirka 120 Erdarbeiter der Berliner Tiefbau-Aktiengesellschaft Berger die Arbeit am Nordbahnhof von Mülhausen nieder, weil die Firma die tarifmäßigen Löhne nicht bezahlte, sondern 8 bis 16 Pf. pro Stunde weniger. Im Verlaufe des Streiks kam es dann zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polizisten und Gendarmen mit der Zivilbevölkerung, in deren Verlauf zahlreiche Personen verletzt — darunter Frauen und Jugendliche — und zwei Arbeiter von der Polizei erschossen wurden. Wie die Polizei ihre Aufgabe zur Ruhestiftung auffaßte, geht wohl am drastischsten daraus hervor, daß neben der Heranziehung von Polizisten und Gendarmen aus der näheren Umgebung noch 50 Schutzleute aus Straßburg, Jäger zu Pferde und Dragoner requiriert und daß Maschinengewehre aufgestellt wurden. In einem der unter Anklage stehenden Artikel wird geschildert, wie ein bereits gefesselter Mann aus dem Publikum, der abgeführt werden sollte, von einem Polizisten mißhandelt, wie eine Frau auf freiem Felde, weitab vom Streikgebiet, von einem Polizisten niedergeschlagen wurde und wie ein Gendarm einem jungen Mädchen nachritt, einem anderen Gendarmen wurde Trunkenheit vorgeworfen. Den Polizisten werden dann weitere schwere Vorwürfe gemacht und über ihr Verhalten Behauptungen aufgestellt, die als Beleidigungen angesehen werden. Daß aber die sozialdemokratische Presse nicht allein über die Polizei entrüstet war, geht daraus hervor, daß ein Zentrumsblatt am 9. Juli schrieb:

„Gestern floß Blut. Die Schlacht forderte einen Toten, einen Schwerverletzten, der dem Tode geweiht erscheint, und mehrere andere Verletzte als Opfer. Ein entsetzlicher Ausgang! Wenn der nicht dazu führt, daß dem Streikskandal, hervorgerufen durch soziale Unverständigkeit, Vorenthalten selbstverständlicher Arbeiterrechte und des gerechten Lohnes, von oben herab ein Ende gemacht wird, dann lastet auf denjenigen, die sich der Rechte des Volkes anzunehmen haben, eine schwere Verantwortung."

Die Anklage stützt sich darauf, daß den Polizeibeamten der Vorwurf des gesetzwidrigen Einschreitens, der Mißhandlung und des unzulässigen Waffengebrauchs gemacht worden sei. Außerdem sei in einem Falle behauptet worden, daß Schutzleute in Zivil Agents provocateurs gespielt hätten.

Zu dem Prozeß, der drei bis vier Tage dauern wird, sind 85 Zeugen geladen, darunter der Polizeipräsident, der Bürgermeister von Dornach, eine Reihe von Arbeitern, Schutzleuten, Gendarmen sowie Militärpersonen und mehrere Frauen. Die Verteidigung liegt in Händen des Straßburger Rechtsanwalts Dr. Lüneburger.

Titelschacher aus neuester Zeit. Zwei weiteren Briefen, die der Breslauer Volkswacht zugegangen sind, ist zu entnehmen, daß ein gewisser Süssinger aus Magdeburg den Hoflieferantentitel für 2600 M. auch an Handwerksmeister mit „besserer" Kundschaft vermittelt hat, und zwar noch im Januar 1914. Im übrigen ist es das alte Bild, neu ist höchstens, daß dieser Schacherer nicht wartet, bis ein Titelhungriger sich auf Inserate oder andere Angebote hin meldet, sondern daß man sich die geeigneten Opfer aus Katalogen und Adreßbüchern herausjucht und dann auf „ehrenwörtliche Diskretion" verpflichtet. Herr Süssinger reist dann selbst in die Orte, um alles andere „korrekt" zu erledigen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140609/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Zum Kampf ums preußische Wahlrecht. Am Sonntag nachmittag fand in Düsseldorf eine von zirka 5000 Personen besuchte Versammlung in einem Zirkusgebäude statt, die Stellung nahm zu der neuen Wendung in der preußischen Wahlrechtsfrage. Eine Resolution, die den politischen Massenstreik als notwendig zur Erringung des freien Wahlrechts in Preußen verlangt, wurde einstimmig angenommen. Außerdem erklärte sich die Versammlung einstimmig mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags einverstanden.

Reichs-Starkstromgesetz. Im Finanzausschuß der bayrischen Kammer der Abgeordneten wurde von einem Abgeordneten die Mitteilung gemacht, daß ein Reichs-Starkstromgesetz in Vorbereitung sei. Die Germania erfährt nun hierzu, daß die Frage, ob ein solches Reichsgesetz ausgearbeitet werden soll, zurzeit noch nicht entschieden ist. Es finden Verhandlungen zwischen den beteiligten Ressorts über diese Angelegenheit statt, und auch die Bundesregierungen haben zum Teil bereits Vorschläge unterbreitet, die sich mit der Materie befassen. Es ist zurzeit aber noch unbestimmt, ob man dem Gedanken eines Starkstromgesetzes für das Reich nähertreten will oder ob die Angelegenheit für Preußen auf landesgesetzlichem Wege zu regeln ist.

Ein neuer Landesverratsprozeß. Gegen den seit 28. April in Haft befindlichen elsässischen Gemeinderat Hurlin aus Montigny bei Metz wurde das Verfahren wegen vollendeten Landesverrats eröffnet.

Ausland.

Frankreich.

Ribots Kabinettsbildung.

Paris, 9. Juni. Ribot hat die Ministerpräsidentschaft offiziell übernommen. Trotz der Bitte Ribots weigerte sich Viviani endgültig, das Unterrichtsministerium zu übernehmen. Ribot sicherte sich die Mithilfe von Delcassé, Noulens, Clementel, Jean Dupuy und zum Bourgeois, der, wie es heißt, das Ministerium des Aeußern übernehmen wird. In den Wandelgängen der Kammer erklärte Jaurès, daß er an die Möglichkeit eines Kabinetts Ribot glaube, fügte jedoch hinzu, daß ein solches Ministerium nicht von langer Dauer sein könnte.

Italien.

Generalstreik.

Rom, 9. Juni. Zum Zeichen des Protestes gegen die blutigen Vorgänge in Ankona haben die Arbeitskammer und die Sozialistenpartei beschlossen, für ganz Italien den Generalstreik zu proklamieren. Der Streik hat gestern bereits begonnen. Die Stadt Ankona, wo der Generalstreik schon vormittags in Kraft trat, gewährte gestern einen trostlosen Anblick. Die Geschäfte sind geschlossen und tragen Aufschriften: **Wegen Niedermetzelung des Proletariats.** Die Marktbauern mußten schleunigst ihre Vorräte räumen, ehe sie von den Demonstranten vertrieben wurden. Auf den auswärtigen Konsulaten und öffentlichen Gebäuden mußten auf Veranlassung der Demonstranten die Fahnen eingezogen werden. Gegen das russische Konsulat wurden Steine geschleudert. Man will in Ankona die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, als bis die Toten begraben sind. Nach Schluß einer Protestversammlung trafen die Demonstranten auf dem Rückwege einen Infanterieleutnant, den sie mißhandelten. Der Offizier erlitt schwere Kopfverletzungen; sein Säbel wurde zerbrochen. Auch ein Offizier der Bersaglieri wurde mißhandelt. Am Nachmittag starb im Krankenhause ein junger Mann, der bei den gestrigen Zusammenstößen schwere Verletzungen erlitten hatte. Der königliche Kommissar hat einen Erlaß an die Bevölkerung gerichtet, in dem er das lebhafteste Bedauern der Regierung über die Vorgänge zum Ausdruck bringt.

Rom, 8. Juni. Der Nachmittag ist ruhig verlaufen. Ein großer Teil der Arbeiterschaft feiert. Die Straßenbahner und Droschkenkutscher schlossen sich dem Streik an. Abends fand im Volkshause eine von der Arbeitskammer einberufene Volksversammlung statt, in der einige sozialdemokratische Deputierte Stellung zu den Ereignissen in Ankona nahmen. Nach Schluß der Versammlung versuchte die Menge, in das Innere der Stadt vorzudringen, wurde aber von Polizei und Militär daran gehindert. Ernste Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Mexiko.

Der Kampf um den Hafen von Tampico.

Washington, 9. Juni. Die amerikanische Regierung ist fest entschlossen, unter allen Umständen den Hafen von Tampico als Freihafen zu erhalten und läßt dies jetzt offiziell verkünden. Diese Erklärung der Regierung ist eine Folge der Ankündigung Huertas, den Dampfer „Antilla" mit Gewalt an der Ausschiffung seiner Ladung zu hindern. Die beiden mexikanischen Kanonenboote sind mit Volldampf von Puerto Mexiko nach Tampico unterwegs, wo sie voraussichtlich heute ankommen werden. Der Dampfer „Antilla" hat Waffen und Munition für die Rebellen an Bord und wird voraussichtlich am Donnerstag in Tampico eintreffen. Die amerikanische Flotte hat Befehl erhalten, die mexikanischen Kanonenboote anzugreifen, wenn sie sich der „Antilla" in den Weg stellen sollten.

Mexico, 8. Juni. Die **Aufhebung der Blockade über Tampico** erfolgte auf eine bei der Regierung eingelaufene Meldung, daß die Vermittler in Niagara Falls wegen der Bewegungen des Dampfers Antilla einen Schritt unternehmen würden. Amtlich wird erklärt, die Regierung habe bei Anordnung der Blockade nicht beabsichtigt, den Handelsverkehr zu stören, sondern nur gewünscht, zu verhindern, daß die Konstitutionalisten Munition erhielten.

Washington, 8. Juni. Gleichzeitig mit der Aufhebung der Blockade von Tampico hat Huerta den Vermittlern in Niagara Falls nahe gelegt, ihrerseits Schritte zu tun, die Löschung der Ladung des Dampfers Antilla zu verhindern.

Japanische Diplomaten in Gefahr.

London, 9. Juni. Wie Daily Telegraph aus Mexiko berichtet, sind der dortige japanische Geschäftsträger und der erste Attaché in die Hände der Rebellen gefallen. Der Geschäftsträger war in Begleitung des Attachés nach Manzanillo gekommen, um den im dortigen Hafen liegenden japanischen Kreuzer „Idzuma" zu besichtigen. Sie verließen Manzanillo in den ersten Tagen des Mai. Am 1. Juni depeschierten sie an den japanischen Konsul in Colima, daß sie sich nach Guadalajara begeben wollten, die Eisenbahn sei jedoch nur bis nach St. Juma, einer Stadt von 4000 Einwohnern, gefahren, da von dort ab die Eisenbahnschienen aufgerissen seien. Die Bevölkerung in der Stadt befand sich in völliger Anarchie. Der Geschäftsträger versuchte sofort mit dem Kommandanten der „Idzuma" telegraphisch in Verbindung zu treten, doch konnte er nur einige Worte zur Absendung bringen. Der mexikanischen Gesandtschaft in Mexiko gelang es nicht, mit St. Juma in telegraphische Verbindung zu kommen. Es ist zu befürchten, daß beide Diplomaten von der Bevölkerung gefangen gehalten werden. Die amerikanische Regierung hat sich an Carranza gewandt mit der Bitte, Nachforschungen über den Verbleib der beiden Diplomaten anzustellen, die bisher jedoch ergebnislos verliefen. Auf der japanischen Gesandtschaft ist man in großer Besorgnis.

Freiwild.

Vorsitzender: Wir haben in diesem Saale schon viele Fälle verhandelt, in denen es sich um Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern handelte. In keinem andern Beruf wäre es möglich, daß sich Arbeitnehmer derartiges gefallen ließen. Was ist das nur für ein Druck, der auf den Mitgliedern des Theaters lastet, daß sie sich nicht früher schon zu empören vermochten? — **Zeuge Hofschauspieler Ulmer:** **Das kommt daher, weil es dem Schauspielerstande leider noch zu sehr an Solidaritätsgefühl mangelt.**

Das Münchner Gericht hat den Redakteur des Neuen Weges, des Organs der Bühnengenossenschaft, Herrn Körner, in dem Beleidigungsprozeß, den der Direktor des Volkstheaters, Schrumpf, gegen ihn angestrengt hatte, glänzend freigesprochen. Herr Körner ist kein Sozialdemokrat. München liegt nicht in Preußen. So ward ein Urteil gefällt, das dem allgemeinen Rechtsempfinden entspricht: dem Redakteur wurde Wahrung berechtigter Interessen zugestanden, und der Kläger ging als ein Entlarvter, moralisch Verurteilter aus der Verhandlung hervor. Die Urteilsbegründung sagt, daß der Kläger unwürdig sei, Leiter eines Kunstinstituts zu sein, denn ihm fehle jedes Verständnis für soziale Forderungen. Sein Verhalten entspringe einem brutalen Herrenmenschentum.

Der Theaterdirektor Schrumpf hat seine Angestellten mißhandelt, er hat sich wiederholt, um nicht zu sagen regelmäßig, an seinem weiblichen Personal vergangen, und er hat sein Treiben jahrelang ungestraft fortsetzen können, bis endlich das Organ der Bühnengenossenschaft durch seine Enthüllungen der unrühmlichen Laufbahn dieses richtigen Bühnenpaschas ein Ende bereitete. Die Beweisaufnahme ward für ihn vernichtend: Männer und namentlich Frauen, die unter der Herrschaft dieses Wüstlings gestanden hatten, traten der Reihe nach auf, um gegen ihn zu zeugen. Und auf die erstaunte Frage des Vorsitzenden, warum sie sich denn dies alles hätten gefallen lassen, gab es immer wieder dieselbe Antwort: „Es ging ja ums Brot!" „Er war doch der Arbeitgeber!" „Es ist so schwer, anderswo unterzukommen!" oder so ähnlich.

Nicht in den ungezählten abscheulichen Einzelheiten, die die Beweisaufnahme zutage förderte, scheint uns jedoch der Höhepunkt der Verhandlung zu liegen, sondern in jenem oben wiedergegebenen Frage- und Antwortspiel zwischen dem Vorsitzenden und dem Zeugen Ulmer. „Was ist das für ein Druck, der auf den Mitgliedern des Theaters lastet, daß sie sich nicht schon früher zu empören vermochten?" — „Das kommt daher, weil es dem Schauspielerstande leider noch zu sehr an Solidaritätsgefühl mangelt!" So war es: weil es ihnen an Solidarität mangelte, waren die Männer den Fußtritten, die Mädchen und Frauen den Handgreiflichkeiten ihres Chefs und „Brotgebers" preisgegeben. Sie waren hilfloses, schutzloses, rechtloses Freiwild!

Die Künstler der Bühne fühlen sich meist über Arbeiter und Angestellte hoch erhaben. Sie gehen keinem gewöhnlichen Broterwerb nach, sondern sie dienen der Kunst, die ihren Beruf adelt. Und doch müssen sie erst von den Arbeitern erfahren, daß es nur einen Weg gibt, sich die einfachsten Menschenrechte zu sichern: den Weg der Organisation. Zustände, wie sie im Kunsttempel des Herrn Schrumpf herrschten, sind heute kaum noch in einer Lumpensortieranstalt möglich: einst herrschten sie auch dort, aber die Organisation hat mit ihnen aufgeräumt. Wo sie aber doch noch zu finden sind, da werden sie von der Organisation rastlos bekämpft.

Alle Arbeiter, alle Angestellten können aus dem Münchner Prozeß eins lernen: Wer ihnen rät, ihre Solidarität preiszugeben, der rät ihnen zur Aufgabe ihrer Menschenwürde, und der Rest ist Selbsterniedrigung der Männer, Prostituierung der Frauen. Wie oft haben Organisationen und ihre Angehörigen von Vertretern der Klassenjustiz die schwersten Anklagen und Urteile über sich ergehen lassen müssen. Hier aber hat der Gedanke der Organisation an Gerichtsstätte einen glänzenden Triumph gefeiert.

Soziales.

Die steirischen Gemeinden und die Kinderfreunde.

a. k. Die Bewegung des Arbeitervereins „Kinderfreunde", die heute in Wien und vielen anderen österreichischen Städten feste Wurzel geschlagen und Wertvolles geschaffen hat, hat ihren Ausgangspunkt in Graz gehabt und dort unter der trefflichen Leitung des Genossen Afritsch und der verständnisvollen Förderung der gesamten Arbeiterbewegung ihre größten Erfolge erzielt. Dort tagte kürzlich die Generalversammlung des Vereins für die Alpenländer, die tüchtige Fortschritte feststellen konnte. In Graz gibt es heute 500, in den gesamten 17 Ortsgruppen des Gebiets 2224 Mitglieder. Der nicht ganz vollständige Bericht von 16 Gruppen spricht für 1913 von 380 Gang- und Halbtagsausflügen mit 21 644 Kindern. Viele Gruppen haben Rodelbahnen, mehrere Eisbahnen, die ganz oder teilweise unentgeltlich benutzt werden. Besonders bedürftigen Kindern werden Schlittschuhe und Schlitten zur Verfügung gestellt. 7 Gruppen haben Jugendbibliotheken mit 2228 Büchern und 5043 Entleihungen. Darunter sind Orte, in die sich früher kaum einmal ein Buch verirrt hat.

Erfreulich ist, daß diese segensreiche Arbeit unserer Genossen auch in bürgerlichen Kreisen und einer Reihe Gemeindeverwaltungen die gebührende Unterstützung gefunden hat. An der vortrefflichen Zeitschrift des Vereins, die Genosse Afritsch herausgibt, arbeiten Universitätsprofessoren mit. Und die Stadtverwaltung von Graz fördert die Vereinsarbeit kräftig. So hat sie in diesem Jahre 1500 Kronen bewilligt, dazu die städtische Sparkasse 200. 200 Kronen gibt auch die steirische Landessparkasse und 500 der Landesausschuß für die Ferienkolonie, die der Verein seit mehreren Jahren im eigenen Hause im Gebirge unterhält. Man denke sich eine preußische Provinzialverwaltung als Geldgeberin für proletarische Jugendpflege, die die Kinder zu denkenden und fühlenden Menschen, nicht zu Kanonenfutter und Arbeitsvieh für hohe Herren und müßige Ausbeuter erziehen will. Ferner hat die Stadt ein Jugendheim errichtet, in dem wie jede andere Jugendorganisation auch die Kinderfreunde ihren eigenen Raum haben. Ein Lichtbilderapparat steht dort zur allgemeinen Benutzung. Weiter hat sie dem Verein eine Spielwiese in der Stadt und eine noch größere und schönere für Sonntage und Ferien in der Umgebung eingeräumt. Für den Unterricht in Reigenspielen hat der Stadtschulrat eine Lehrerin subventioniert. Der Grazer Stadtpark ist der Jugend zum größten Teil samt den Rasenplätzen als Tummelplatz freigegeben. Auch eine Reihe kleinerer Gemeinden hat dieses schöne Beispiel der Landeshauptstadt befolgt. Leoben gibt 500 Kronen, andere kleinere Unterstützungen bis zu 10 Kronen, mit denen eine arme Dorfgemeinde ihren guten Willen bekundet.

Die Arbeiterzeitung betont, wie im Gegensatz zu diesem würdigen Verhalten steirischer Gemeinden die fromme Wiener Stadtverwaltung nur für Jugendbestrebungen, die den echt klerikalen Stempel tragen, zu haben ist. Ganz wie der größte Teil unserer deutschen Regierungen und Gemeinden, die damit bekunden, daß ihnen die Förderung der Jugend nicht Selbstzweck, sondern bloßes Mittel zur Heranzüchtung fügsamer und billiger Knechte der herrschenden Klassen ist. Wer es ehrlich meint mit der Jugendpflege, der muß sie fördern ohne Rücksicht auf sonst mit ihr verbundene Tendenzen. Und keine Bewegung darf mit so viel Recht den heute offiziell mißbrauchten Namen der echten Jugendpflege für sich in Anspruch nehmen wie die proletarische, die zugleich den Schutz der jugendlichen Arbeitskraft, die Hebung der Volksernährung, die kräftige Entwicklung der Volksbildung, schließlich die Unterordnung aller wirtschaftlichen und politischen Aufgaben unter die eine große der gesunden Volkserziehung auf ihre Fahne geschrieben hat. Möchte sich manche deutsche Gemeinde an ihren steirischen Kolleginnen ein Beispiel nehmen!

Aus aller Welt.

Ein halbes Jahr vor dem Schafott!

In Gustrow wurde am 6. Juni der 23jährige Schmiedegeselle Karl Koch, der im Herbst vorigen Jahres seine Geliebte ermordet hatte, hingerichtet. Das Todesurteil war am 11. Dezember vorigen Jahres gefällt worden. Ein halbes Jahr hat der Verurteilte auf die Vollstreckung des Urteils gewartet, an hundertundachtzig Tagen hat er der Verkündung seines endgültigen Schicksals entgegengeharrt, in hundertundachtzig Nächten hat er im Traum den kalten Stahl an seinem Nacken gefühlt! Das Tier, das zur Schlachtbank geführt wird, ahnt nichts von seinem Schicksal. Ein Mensch — wenn auch ein Verbrecher — ein Mensch wird ein halbes Jahr lang der grauenhaften Folter einer ihm angekündigten Tötung unterworfen, bis endlich der Schneckengang der Formalitäten beendet ist und ihm der Tod Erlösung bringt. Daß doch unser menschliches Zeitalter dem Verbrecher ein Recht auf den Tod gäbe, wenn es ihm kein Recht mehr auf das Leben gibt! Aber Menschen für ein halbes Jahr lang in Magazine zu sperren, um sie dann gleichmütig hervorzuholen und ihnen den Kopf abzuschneiden, das vermag nur jener fühllose Apparat, der sich „moderne" Strafjustiz nennt. Wann endlich kommt die Zeit, die uns von solchen Scheußlichkeiten befreit!

Letzte lokale Nachrichten.

Der Leichnam eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts wurde am 6. Juni, gegen 9 Uhr vormittags, in einem Garten am Hasenberg Ecke Terrassenufer aufgefunden. Der Leichnam war in ein Stück weißgraues Hemdentuch eingeschlagen, das mit dem Buchstaben B rot gezeichnet ist. Darüber war ein schwarzer Frauenrock und braunes Packpapier gewickelt. Die zwei Henkel des Frauenrockes sind mit der Aufschrift „Em. Reichmann, Aussig, Marktplatz" und das Packpapier mit einem weißen Zettel mit dem Aufdruck „15 Chemnitz 1" versehen. Nach dem Sektionsbefund liegt Erstickungstod vor. Sachdienliche Mitteilungen erbittet die Kriminalpolizei Dresden.

Zu dem Straßenbahnunfall in der Prager Straße, dem der Ingenieur Knorr am Pfingstsonntag zum Opfer fiel, werden von den Verwandten des Toten Zeugen gesucht, die sich an Johannes Roscher, Maschinenfabrikant Mittweida wenden mögen.

Selbstmord. An der Dampfschifflandebrücke Karlstraße wurden heute morgen einige Kleidungsstücke gefunden, die der Ehefrau des pensionierten Königl. Reitknechts Hennig von der Kurfürstenstraße 18 gehörten. Der Leichnam der Frau wurde im Laufe des Vormittages in der Nähe eines Elbbades aus dem Strome gezogen. Die in den sechziger Jahren stehende Frau scheint die Tat in einem Anfalle von Schwermut verübt zu haben.

Gasvergiftung. Am Sonnabend nachmittag 1 Uhr wurde, wie wir schon meldeten, die Feuerwehr zu einer Leuchtgasvergiftung in dem Eckhause Rietschel- und Marschallstraße gerufen. Dort hatte sich in der Wohnung der Postkartenhändlerin Weiße unbemerkt in der Kammer ein Gasschlauch gelöst. Sowohl Frau Weiße wie auch ihre beiden 16 und 18 Jahre alten Töchter waren dadurch bewußtlos geworden. Die von der Feuerwehr unternommenen Wiederbelebungsversuche waren bei beiden Töchtern ohne Erfolg. Frau Weiße konnte wieder ins Leben zurückgerufen und nach dem Johannstädter Krankenhaus gebracht werden; dort lag sie heute Dienstag mittag noch immer ohne Bewußtsein. Obwohl sofort ermittelt wurde, daß es sich um einen Unglücksfall handelte, berichteten einige Blätter von einem gemeinsamen Selbstmord in gegenseitigem Einverständnis. Diese Meldung trifft nicht zu.

Langebrück. Selbstmord. Ein aus Schlesien gebürtiger Buchhalter warf sich auf hiesiger Flur vor einen Eisenbahnzug und ließ sich überfahren.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Friedrich-August-Brücke
vom 9. Juni, mittags 12 Uhr.

Barometer 742. Veränderlich.
Thermometer + 23° R.
Thermometergraph: Min. + 9°, Maxim. + 21°.
Hygrometer 58 %.
Wasserstand der Elbe — 141 Zentimeter.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte
für den 10. Juni 1914:

Oestliche Winde; meist heiter; warm; Gewitterneigung; sonst trocken.

Wetterlage: Das Festland zeigt auch jetzt noch Teiltiefe. Sachsen liegt auf der vorderen Seite eines solchen und hat demzufolge heiteres Wetter. Der Ausgleich dieser Teilgebilde wird unter Gewittererscheinungen vor sich gehen. Es gewinnt den Anschein, als ob die Auffüllung der Teiltiefe und die dazu erforderliche Bewegung hohen Druckes von Osten her einsetzte. Infolgedessen kann nach dem Eintreten von Gewitter erneut mit Aufheiterung gerechnet werden.

Wasserstände der Moldau und Elbe: Budweis — 10, Pardubitz — 48, Brandeis — 8, Melnik + 50, Leitmeritz — 16, Aussig + 10, Dresden — 161.

Letzte Telegramme.

Die Ursache der Ballonkatastrophe.

Epernay, 9. Juni. Wie es heißt, ist die Ballonexplosion in Sezanne durch die Unvorsichtigkeit eines Rauchers hervorgerufen worden. Ein Knabe ist den erlittenen Verletzungen erlegen.

Französische Kolonialfreuden.

Mehounech, 9. Juni. Die Abteilung des Generals Baumgarten ist auf dem Wege nach Sidi-bel-Abbes bei Oued-el-Abeab in äußerst schwierigem Gelände vorgegangen. Die Aufständischen, die die Vorhut beunruhigten, wurden zurückgeschlagen, wobei auf französischer Seite 11 Mann, darunter 2 Offiziere, verwundet wurden.

Paris, 9. Juni. Aus Colomb-Bechar in Algerien wird gemeldet: Eine französische Patrouille von 12 Kameltreibern wurde am Bazpaflusse etwa zwei Kilometer vom Dschlabbes aus dem Hinterhalt von Berbern überfallen. Die Franzosen verloren 3 Tote. Die Berber, die ebenfalls 3 Tote und zahlreiche Verwundete hatten, entzogen sich der Verfolgung, indem sie schwimmend das jenseitige Ufer des Flusses gewannen.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140609/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Verband der Fabrikarbeiter. Zahlstelle Pl. Grund.

Sonntag den 14. Juni 1914 [V 102

Familienausflug nach Obernaundorf

Abmarsch mit Musik ½2 Uhr vom Sächs. Wolf in Deuben. Der Weg führt durch Niederhäslich, Poisenwald, Jägerhaus zum Gasthof Obernaundorf. Hier **Kinderbelustigung** und **Tanz**. Kinder erhalten Kuchen und Laternen **gratis**.

Der Rückmarsch erfolgt bei eintretender Dunkelheit mit Lampions über Hainsberg. Teilnehmerkarten sind bei den Vertrauensleuten und im Bureau zu haben. Der Vergnügungsausschuss.

Bezirk Kötzschenbroda.

Sonnabend den 13. Juni, abends 8½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Kulmbacher Hof in Kötzschenbroda.

Tages-Ordnung:

1. **Sozialismus und Religion.**
Referent: Genosse **Richter**, Dresden.
2. **Vereinsangelegenheiten.**

Das Erscheinen aller Genossen des Bezirks ist Pflicht!

V16] Die Bezirksleitung.

Königsbrück

Donnerstag den 11. Juni

Gruppen-Sitzung

Gasthof Lindenhof, Rossendorf.

Mittwoch den 10. Juni

Tanz-Musik!

Hierzu ladet freundlichst ein

K 333] **P. Bernhardt.**

Amerik. 8-Schiff-Schaukel komplett zum Geldverdienen, sofort für 3000 M. z. verkauf. [L 1591
Aug. Möbius, Kötzschenbroda.

Radrennen zu Dresden

Donnerstag den 11. Juni, nachmittags 6 Uhr
2 Rennen über je 50 Kilometer
Sonntag den 14. Juni, nachmittags ½4 Uhr

Meisterschaft von Deutschland.

Es starten über 100 Kilometer mit Motorführung

Danke Schipke Saldow
Günther Thomas Ebert
Stellbrink Nettelbeck
und der Verteidiger der Meisterschaft **Gustav Janke.**

Sonntag: Meisterschaft über 100 Kilometer und Stundenrennen.

Preise der Plätze siehe Plakate. [A 188

Onkel Toms Hütte

Großes Ostragehege — Straßenbahn-Verbindung: Linie 2.
Jeden Mittwoch von 4 Uhr an: **Freikonzert** ausgeführt von der **Kgl. Bergmusikkapelle** — verbunden mit **Schlacht-Fest!** — [K96
Selbstgeb. Eierplinsen. Frische Backfische. Großer Kinder-Spielplatz.

Carl Schlegel, Dentist

König-Johann-Straße 10, II. (früher Wallstr. 1)

empfiehlt sich allen **Zahnleidenden** zum Anfertigen **künstlicher Zähne** jeder Art in bewährtem Material unter Garantie der Brauchbarkeit. Spezialität: **Vollständige Gebisse.** Kronen- u. Brückenarbeiten in Gold. **Kunstvolle Plombierung** solid und haltbar. **Möglichst schmerzloses Zahnziehen. Reparaturen** und **Umarbeiten** auch von mir nicht gefertigter Gebisse bereitwillig u. billigst

Eingeführt 1896. Fernruf 29398.

Makronen-, Leb- u. Honigkuchenfabrik

Elektrischer Betrieb

Fernsprecher **Deuben 783** — **Paul Bock** — Fernsprecher **Deuben 783**

Niederpesterwitz, Bezirk Dresden.

Empfehle den werten Verbänden, Gewerkschaften und sonstigen **Vereinen** bei Veranstaltung von Festlichkeiten, zu Verlosungen und Ausspielungen meine **beliebten Honigkuchen** sowie das Aufstellen von **Verkaufsbuden** mit **div. Artikeln.** — Gratislieferung von Räder-, Würfel- und sonstigen Spielen. Muster stehen jederzeit zur Verfügung. — **Lieferung erfolgt frei Festlokal.** [K 144

Fisch-Götze Sachsentag: 4., 5. u. 6. Juli.

Blasmusik in jeder Stärke empf. Gewerkschaften und Vereinen **E. Liebscher,** Marxstraße 9 b.

Die kluge Hausfrau kauft nur noch

Diamantine

mit Sparsieb,

das anerkannt beste und sparsamste Schuhputzmittel.

Fabrikant: Rud. Starcke, Melle i. H.

Zahnersatz :: **plomben** :: zu mässigem Preis u. leichter Zahlung empfiehlt ::
Dentist **Max Flach,** Amalienstr. 3, II. Et. neben dem Kaiserpalast.

Paul Meißner, Dr.-Cotta, Cossebauder Str. 26

empfiehlt **Spiel- u. Galanteriewaren, Glas, Porzellan** und **Steingut, Aluminium- u. Emaillewaren,** sämtl. **Haus- u. Küchengeräte** sowie Holz- u. Eisenwaren billigst und in großer Auswahl.

Möbel [K 338] aus Wilsdruff

von **Zschoke**

sind anerkannt bester Qualität; billigste Preise und weitgehendste Garantie. Besichtigung der Lagerräume jederzeit. Direkt am Bahnhof. Kein Laden. Lieferung frei. Eigene Tapezierer-Werkst.

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung, Jakob, Glühlichter** sowie alle andere **Parteiliteratur** nimmt entgegen
Hermann Weichhold, Gittersee
Bismarckstraße 4. 1.

Reiseführer

150 Ausflüge in die Umgebung Dresdens	2.—
Böhmer Wald u. Bayrischer Wald	3.—
Erzgebirge, Vogtland, Nordböhmen	2.80
Böhmisches Mittelgebirge	1.50
Riesen- und Isergebirge	2.50
Lausitzer u. Jeschkengebirge	1.25
Dresden u. Sächs. Schweiz, große Ausgabe	2.—
Dresdens Umgebung (180 Ausflüge)	1.80
Sächs.-Böhm. Schweiz	2.—
do. in acht Touren	1.—
Dresdens Umgebung u. Sächs. Schweiz	1.—
Dresden und Umgebung mit Stadtplan	1.—
Nordböhmen in Bäd.-Einbd.	3.—
Schwarzwald	2.50
Riesengebirge	2.50
Harz	1.—

Routenführer

Sächs.-Böhm. Schweiz	1.50
Nördliches Deutsch-Böhmen	3.—
Dresdens Umgebung	2.—
Das östliche Erzgebirge	2.—
Das westliche Erzgebirge	2.—
Jeschken und Isergebirge	2.—

Reisekarten

Umgebung Dresdens	1.20
Riesengebirge	1.—
Lausitzer u. Jeschkengebirge	—.50
Isergebirge	1.—
Sächs. Schweiz, gr. Ausgabe	1.50
do. auf Leinwand	2.50
Nordböhmen, große Ausgabe	1.50
do. auf Leinwand	2.50
Dresdner Heide	1.—
do. auf Leinwand	1.75
Dresdens Umgebung	—.75
do. auf Leinwand	1.50
Sächs. Schweiz, kl. Ausgabe	—.75
do. auf Leinwand	1.50
Nordböhmen	—.75
do. auf Leinwand	1.50
Erzgebirge	1.—
do. auf Leinwand	1.75

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Dresden, Wettinerplatz 10.

Ausverkauf

wegen bevorstehender Geschäftsverlegung.

Um mein ungeheures Lager in Haaren und Haarartikeln zu räumen, biete ich den Damen noch größere Vorteile als sonst und gewähre auf meine bekanntlich konkurrenzlosen und reellen Preise, welche ich größtenteils hier wieder anführe, bei Beträgen über 2 Mark:

10% Rabatt!

Zöpfe ohne Schnur aus seidenweichem, farbechten deutschen Naturhaar:
50 cm lang, 50 g schw., v. **9** ℳ an
55 cm lang, 60 g schw., v. **14** ℳ an
60 cm lang, 70 g schw., v. **20** ℳ an
65 cm lang, 80 g schw., v. **27** ℳ an
70 cm lang, 90 g schw., v. **35** ℳ an

Prachtvolle, gewellte Zöpfe ohne Schnur
ca. 55 cm lang . . . **3.00** ℳ
ca. 60 cm lang . . . **4.50** ℳ
ca. 65 cm lang . . . **6.00** ℳ
ca. 70 cm lang . . . **7.50** ℳ
ca. 75 cm lang . . . **9.00** ℳ
mit Schnuren von **1.50** ℳ an

Haar-Unterlagen aus seidenweichem, farbechten deutschen Naturhaar
30 cm lg., 40 g, 30er Haar, v. **5** ℳ an
35 cm lg., 50 g, 35er Haar, v. **7** ℳ an
50-60 cm lg., 70 g, 40er Haar, v. **12** ℳ
Haarkrepp-Unterlagen [an
30 cm lg. **75** ₰, 50 cm lg. **1.25** ℳ

Prima Haarnetze
22/24 (klein) . . Dtzd. **1.30** ℳ
28/30 (mittel) . . Dtzd. **1.50** ℳ
34/36 (groß) . . Dtzd. **1.90** ℳ
38/40 (groß) . . Dtzd. **2.30** ℳ
48/50 (extra groß) Dtzd. **3.20** ℳ
weiß (einfach) 100 % teurer
grau (doppelt) 150 % teurer

Hauben-Netze Dutzend **2** und **3** ℳ
Chignon-Netze Dutzend **1.50, 1.80** und **2** ℳ
Bastchignon-Netze Dutzend **40** und **50** ₰
Haar- u. Lockennadeln 100 g **10** ₰ 35 g **10** ₰

Roßhaar-Unterlagen 35 cm lg. **1.25,** 55 cm lg. **1.75** ℳ
Mohär-Unterlagen das ganze Meter **60** ₰
Frisierwolle 100 g **1** ℳ
Turban- u. andre Gestelle von **30** ₰ an [L 1583

Haarmanufaktur Frau Emma Schunke, Schloss-Strasse 19, I.

Dresdner Theater

Königliches Opernhaus

Mittwoch den 10. Juni
In der neuen Einstudierung u. Ausstattung
Götterdämmerung
Dritter Tag aus der Trilogie: Der Ring des Nibelungen. Von Richard Wagner
Musikalische Leitung: Fritz Reiner

Siegfried	Fritz Vogelstrom
Gunther	Friedrich Plaschke
Hagen	Georg Zottmayr
Alberich	Heinrich Zeder
Brünnhilde	Helena Forti
Gutrune	Gerta Varde
Waltraute	Frida Leider
Woglinde, Wellgunde, Floßhilde (Rheintöchter)	Magdalena Jerde, A.-L. v. Normann, Maria Weber
Norna	L. v. Chavanne, A.-L. v. Normann, Elisa Stängner

Anfang 6 Uhr, Ende gegen 10¼ Uhr

Donnerstag: Zum Besten des Pensionsvereins für die Witwen und Waisen der darstellenden Mitglieder des Kgl. Hoftheater: Der Rosenkavalier. (7)
Freitag: Der Evangelimann. (8)

Königl. Schauspielhaus

Mittwoch den 10. Juni
Der Marquis von Keith
Schauspiel in fünf Aufzügen von Frank Wedekind

Konsul Casimir, Großkaufmann	Hans Wahlberg
Hermann Casimir, sein Sohn	Walter Ilg
Der Marquis von Keith	Lothar Mehnert
Ernst Scholz	Emil Lindner
Molly Griesinger	Alice Verden
Anna, verwitwete Gräfin Werdenfels	Bernine Körner
Saranieff, Kunstmaler	Alfred Meyer
Zamrjaki, Komponist	Sigafr. Lewinsky
Sommerstorm, Literat	Rolf Rosenek
Rasse, Kriminalkommissar	Alexander Wierth
Ostermeier, Bierbrauereibesitzer	Willy Gaey
Krenzl, Baumeister	Eugen Huff
Grandauer, Restaurateur	Wilhelm Höhner
Frau Ostermeier	Martin. Bleibreu
Frau Krenzl	J. Barkau-Müller
Hofdame von Rosenkion	Auguste Diacono
Freifrau von Tolleben	Anna Schenkler
Lasche	Aurelia Jauk
Simba	Maria Fein
Ein Metzgerknecht	Rudolf Opel
Ein Bäckerweib	Luise Fiele

Anfang 7½ Uhr, Ende 10¼ Uhr

Donnerstag: Zyklus russischer Dichtungen (1. Abend): Allenstein's Lage. Die Piccolomini. (7)
Freitag: Zum erstenmal: Herr Vielgeschrey.

Interims-Theater

Ostra-Allee, Eingang Trabantengasse
(Abonnements gültig)
Mittwoch den 10. Juni
Der Meister
Komödie in 3 Akten von Hermann Bahr

Caius Duhr	Maxime Reeß
Viola, seine Frau	Caroline Sagan
Medizinalrat Dr. Melch. Duhr	Emil Jurk
Julie, seine Frau	Rosa v. Berkanyi
Franz, Graf Danin	Otto Groß
Dr. Rohno	Anton Manzinger
Dr. Isidor Balsam	Heinr. Speemann
Ida Neffel	Stella David

Rektor Geheimrat Sirius Oswald Wolf
Pummerer, der Bürgermeister . . . Julius Donat
Wolfgang Wieck, Redakteur der „Fahne" . . Max Jähnig
Klemens . . . Konr. Beckmann
Anfang 8¼ Uhr, Ende gegen 10½ Uhr
Donnerstag: Der Meister. (8½)
Freitag: Marys großes Herz. (7½)

Residenz-Theater

Gastspiel Anton Franck
Mittwoch den 10. Juni
Die spanische Fliege
Schwank in drei Akten von Franz Arnold und Ernst Bach
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr
Abendlich: Die spanische Fliege. (8)

Zentral-Theater

Mittwoch den 10. Juni
Gastspiel des Trianon-Theaters in Berlin
Wenn Frauen reisen
Lustspiel in 3 Aufzügen von Moukey-Sol und Nancey
Anfang 8 Uhr, Ende nach 10 Uhr
Nur noch bis Donnerstag: Wenn Frauen reisen. (8)

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Dresden-A. — Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden-Radebeul. — Druck von Kaden u. Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140609/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsische Angelegenheiten.

Nationale Jugendpflege.

Einen besonderen Typus der sogenannten nationalen Jugendpflege stellt die Pfadfinderei dar. Der Unfug der Militärspielerei — Geländespiele nennt man es verschämt — hat sogar schon in bürgerlichen Kreisen Widerspruch hervorgerufen. Denn was da getrieben wird, ist alles andere, nur keine ideale Jugenderziehung. Auch im letzten Landtage wurde der Unfug in gebührender Weise gekennzeichnet, da auch die Pfadfinder unter die nationale Jugendpflege gerechnet und infolgedessen mit aus Staatsmitteln unterstützt werden. Die Regierung konnte nach der Richtung die Berechtigung unserer Kritik nicht glatt bestreiten, aber sie zog sich auf andere Weise aus der unangenehmen Situation. Man erklärte: diese Pfadfinder, die den mit Recht verurteilten Unfug draußen in Wald und Feld treiben, seien eine Abart der Bewegung; es handle sich dabei um wilde Vereine, die die Sache nur diskreditierten. Und ähnlich war es erst kürzlich wieder in bürgerlichen Blättern zu lesen.

Das ist nur Spiegelfechterei, wenn nichts Schlimmeres. In Wirklichkeit denkt man gar nicht daran, diesen Pfadfinderunfug ernsthaft zu bekämpfen. Im Gegenteil! — Das zeigt der „westsächsische Pfadfindertag", der dieser Tage in Aue i. E. abgehalten wurde. Wir entnehmen dem Bericht eines bürgerlichen Blattes darüber folgendes:

Weit über 1000 Pfadfinder waren bezw. erschienen, etwa 600 waren in Uniform. Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch ein Wecken, das von 6 bis 8 Uhr morgens durch Spielleute und Posaunenchöre des Obererzgebirgischen und des Niedervogtländischen Kreises ausgeführt wurde. Dann nahm um 8 Uhr 30 Minuten ein großes Geländespiel zwischen Aue und Stein-Hartenstein seinen Anfang, das unter Leitung des Herrn Hauptmanns Bechwell vom Zwickauer Inf.-Reg. Nr. 183 stand. Die blaue Armee hatte sich dazu in Aue gestellt, die rote in Stein-Hartenstein, das Haupttreffen spielte sich bei Lößnitz ab. Dann rückten beide Armeen gemeinsam in den Schlacht- und Viehhof ein, wo in großen Kesseln Erbssuppe für sie bereit stand. Nachdem man sich gestärkt hatte, ging es im Festzuge durch Aue nach der Kirche St. Nicolai zum Festgottesdienst, wobei Herr Jugenddirektor Pastor Sattlow aus Leipzig die Festpredigt hielt. Nach Beendigung des Gottesdienstes wurde der Festzug fortgesetzt, der sich in zwei Festsälen auflöste, nämlich im Bürgergarten und im Hotel Blauer Engel. In beiden Sälen wurde dasselbe Festprogramm geboten. Dabei hielten Begrüßungsansprachen im Bürgergarten Pastor Ficker-Zwickau, der Vorsitzende des Verbandes, Bürgermeister Hofmann-Aue, Superintendent Thomas-Schneeberg, Pastor Wendelin-Dresden vom Bunde der evangelisch-lutherischen Jünglingsvereine im Königreich Sachsen und Hauptmann Bechwell-Zwickau (verbunden mit dem Hoch auf den König). Im Anschluß an dieses Hoch wurde ein Huldigungstelegramm an den König abgesandt. Im Hotel Blauer Engel sprachen zur Begrüßung Verbandskassierer Pastor Friedrich-Zwickau, Stadtrat Schubert-Aue, Pastor Oertel-Aue und Fabrikbesitzer Ernst Papst. Sodann wurden in jedem Saale drei Ansprachen mit dem gleichen Thema gehalten: 1. Allzeit bereit zum Dienst fürs Vaterland. 2. Allzeit bereit zum Dienste für den Nächsten. 3. Allzeit bereit zum Dienste für Gott.

Und so weiter. Das war also eine ganz offizielle von allen „maßgebenden" Kreisen unterstützte Veranstaltung, die im allgemeinen eben auf den großen Humbug hinauslief, den man unter der falschen Etikette „Jugendpflege" ausgibt. Es ist durchaus bezeichnend, daß dieser ganze öde Rummel unter dem Kommando eines Offiziers und eines halben Dutzend Geistlicher stand. Hurraschreien und Beten sind die Hauptsache. Man läßt die Jungens überhaupt nicht zur Besinnung kommen. Der Himmel bewahre die Arbeiterjugend vor derartig Geist und Charakter vernichtender „Pflege"! Wenn irgend etwas die Arbeitereltern veranlassen kann, ihre Kinder mit allem Ernst von solchem Treiben abzuhalten, dann derartige Veranstaltungen. Die haben insofern auch ihr Gutes, als sie demonstrativ uns jedes Mißverständnis ausschließend zeigen, wohin die Reise geht.

Wie die „Erziehung" wirkt, das wurde dieser Veranstaltung übrigens an Ort und Stelle durch einen schweren Unfall zu Gemüte geführt. Ein zehnjähriger Junge wandte die Lehren der Pfadfinderei auch im Festlokal noch weiter an. Er kletterte in die oberen Räume des Saales und kroch in eine Abteilung der Galerie, die im Fußboden ein Oberlichtfenster hat. Er stieg über das Geländer, betrat das Oberlichtfenster und stürzte alsbald unter dem Lärm der zerbrochenen Scheiben etwa vier Meter tief in den Saal hinab, wo er bewußtlos liegen blieb. Der Knabe hat schreckliche Verletzungen erlitten. Also auch so schweren Lebensgefahren sind die Kinder unter dieser geistlichen und militärischen „Obhut" noch ausgesetzt. Die Herren hatten aber ihre Pflicht getan. Nun mochten die Jungen wohl sehen, wie sie zurecht kamen. — So sieht die nationale Jugendpflege aus!

Bekämpfung der Schwindsucht.

Folgende Notiz wird in der Presse verbreitet: Der Landesausschuß für Bekämpfung der Tuberkulose im Königreich Sachsen beabsichtigt, allmonatlich kurze, belehrende sowie aufklärende Aufsätze zu veröffentlichen und hofft, daß diese durch Vermittlung der gesamten sächsischen Tagespresse im Interesse der guten Sache in alle Bevölkerungsschichten dringen. Veranlassung dazu gab die bei einer umfassenden Berichterstattung allseitig ausgesprochene Klage über die in der Bevölkerung herrschenden falschen Anschauungen über Ursachen, Wesen und Verbreitungsweise der verheerenden Volkskrankheit, der Tuberkulose, und die Notwendigkeit ihrer systematischen Bekämpfung. Wenn auch in den letzten Jahren ein erfreulicher Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit zu verzeichnen ist (während im Jahre 1886 in Sachsen von 10 000 Einwohnern 25 an Tuberkulose starben, waren es im Jahre 1912 nur noch 12), so wird doch erst dann ein durchgreifender Erfolg zu erwarten sein, wenn die Tuberkulose aufgehört haben wird, eine „Krankheit der Unwissenheit" zu sein. Aufzuklären und zu belehren, soll der Zweck der kurzen Mitteilungen sein, die deshalb allgemeinster Beachtung empfohlen werden. — Und wenn — so fügen wir hinzu — das ganze Volk imstande sein wird, sich ordentlich zu nähren, zu kleiden und menschenwürdig zu wohnen! Wir haben erst kürzlich das schauderhafte Wohnungselend in manchen Bezirken Sachsens besprochen. Dort befinden sich die Herde der volksmörderischen Krankheit!

Aerztekonflikte in Sachsen.

k. Trotz des „Berliner Abkommens" gibt es noch eine Reihe von Orten, in denen die Beziehungen der Krankenkassen zu den Aerzten noch nicht geregelt sind. Namentlich im Königreich Sachsen ist die Zahl dieser Orte verhältnismäßig groß. Die bekannte Warnungstafel des Leipziger Aerzteverbandes mit der Ueberschrift „Cavete collegae" enthält zurzeit noch die Namen von 22 sächsischen Orten, nach denen die Aerzte den Zuzug meiden sollen, weil Streitigkeiten mit den Krankenkassen am Orte bestehen. Zu diesen Orten gehört Leipzig, Freiberg, Döbeln, Aue, Großenhain, Riesa, Waldheim, Klingenthal, Geyer, Rabenau, Ebersbach usw. Es handelt sich nicht immer um Konflikte mit sämtlichen Kassen am Orte. Das „Berliner Abkommen" vom 23. Dezember 1913 wird von fast allen Kassen nunmehr anerkannt (auch mit der Abführung der 5 Pf. pro Jahr und Mitglied zur Abfindung der „arbeitswilligen" Aerzte ist man jetzt allenthalben einverstanden); in der Regel drehen sich die Differenzen um die Höhe der Honorare. Es ist bekannt, welche außergewöhnlichen Forderungen die Aerzte in dieser Richtung stellen. In Großhartmannsdorf-Goldbach besteht die Sperre nun bald zwei Jahre! Auch eine Reihe anderer Orte steht schon seit langer Zeit auf der Tafel. Zittau, Altmittweida und Borna sind neuerdings ausgeschieden; in Klingenthal steht eine Entscheidung des Schiedsamts bevor. Der Lauchhammersche Knappschaftsverein in Gröba hat an Stelle der früheren drei Aerzte einen bestimmten Kassenarzt fest angestellt, weshalb jetzt die „Sperre" über ihn verhängt worden ist. In Freiberg lehnt die Kasse einige Bestimmungen des Berliner Abkommens ab, in Schönheide streitet man sich um die Kilometergebühren usw. Auch die neuen Landkrankenkassen (wie im Bezirk Leipzig) wollen die ärztlichen Forderungen nicht anerkennen.

Da im ganzen Reiche die Zahl der Orte mit Aerztekonflikten nur noch etwa 200 beträgt, ist das Königreich Sachsen hierbei außerordentlich stark vertreten. Das ist nicht Zufall; der Grund liegt in den durch die Zwangsorganisation mit den Ehrengerichten usw. geschaffenen besonderen Verhältnissen in Sachsen.

Kirche und Sonntagsruhe.

Du sollst den Feiertag heiligen, sagt ein göttliches Gebot. Danach müßte die Kirche die eifrigste Verfechterin des Sonntagsruhegedankens sein. Wie schaut nun aber ihre Haltung in dem gegenwärtigen Kampfe um die handelsgewerbliche Sonntagsruhe aus? Das zeigt ein Vorgang in der Diözesanversammlung der Ephorie Großenhain, über den die Handlungsgehilfen-Zeitung berichtet. Da sprach ein Herr Pastor Jagsch über die Sonntagsruhe. Er dankte u. a. der Staatsregierung für das große Verständnis, das sie dieser Frage entgegengebracht hat. Aber ganz zufrieden war dieser Herr mit den gegenwärtigen Zuständen doch nicht. Sonntagsentheiligung ist es, so führte er aus, wenn Lehrlinge am Sonntag bis kurz vor Gottesdienst beschäftigt werden, wenn am Karfreitag, unserem größten Feiertag, Kuchen gebacken werden, wenn Vereinsbeiträge gerade während des Gottesdienstes kassiert werden und ähnliches mehr. Weiter wetterte er gegen die Abhaltung von Tanzfestlichkeiten am Sonnabend abend. Auch an die kühnen Fliegeroffiziere richtete der gute Mann die Bitte, ihre Flüge nicht gerade zur Stunde des Sonntagsgottesdienstes auszuführen. Nach einer längeren Aussprache wurde von der Versammlung eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Sie (die Versammlung) bittet die Königl. Staatsregierung, auch weiterhin die strenge Durchführung der bestehenden Sonntagsbestimmungen nach dem Gesetz vom 10. September 1870 im Interesse nicht nur der Kirche, sondern des gesamten Volkes zu veranlassen. Dazu erscheint aber dringend erforderlich, daß die durch Gesetz vom 5. Oktober 1910 erlassenen Abänderungen der §§ 6 bis 8, wonach Tanzmusik und Vergnügungen am Vorabende zu Sonn- und Festtagen bis 2 Uhr morgens gestattet sind, zurückgezogen werden. Diese Aufhebung der genannten Paragraphen zu erbitten, erscheint der Diözesanversammlung ernste Gewissenspflicht."

Das war alles, was die Herren zu fordern haben! Es ist ihnen Gewissenspflicht, zu fordern, daß die Tanzvergnügungen am Vorabende der Festtage untersagt werden, aber sie können es mit ihrem Gewissen vereinbaren, wenn Angestellte und Arbeiter nicht nur Sonntags vormittags, sondern auch Sonntags mittags und sogar Sonntags abends zur Arbeit angehalten werden. Sie wettern dagegen, wenn sich jemand am Karfreitag seinen Osterkuchen bäckt, aber die hohen Herren finden es ganz in der Ordnung, wenn z. B. die Bäckergesellen gezwungen werden, an den Feiertagen, auch am Karfreitage, ihre Arbeit zu verrichten, und wenn die Ladenangestellten die Backwaren den ganzen Sonntag hindurch feilzubieten haben. Soziale Gesinnung von diesen Leuten zu fordern, auf den Gedanken wird wohl so leicht niemand kommen. Die evangelischen Geistlichen geben an Anpassungsfähigkeit an die Forderungen des Unternehmertums, wie dieses Beispiel zeigt, den Zentrumspfaffen nichts nach.

Ueber die Bautätigkeit

in Sachsen im Mai berichtet die Fachzeitung „Der Baumaterialienmarkt": In Dresden, Freiberg, Meißen, Riesa usw. war die private Bautätigkeit im Mai überwiegend gering, dagegen gab die öffentliche Bautätigkeit gute Beschäftigung. Die Geschäftslage auf dem Baumarkte in Bautzen und Zittau war im Mai schlecht. In Zittau errichtet zurzeit die Stadt zwei Bauten, andere Objekte von Bedeutung liegen nicht vor. Von den zur Verfügung stehenden Bauarbeitern kann noch nicht einmal die Hälfte beschäftigt werden. Wenn nicht einige Kanalbauten vorlägen, würden die Verhältnisse noch trauriger sein. Die Aussichten sind ungünstig, zumal die Textilindustrie daniederliegt. In Leipzig erstreckte sich die Bautätigkeit im Mai vorzugsweise auf Bauten, die im März und April begonnen worden sind. Neue Bauten sind nur in geringer Zahl in Angriff genommen worden. Die Geschäftshausbautätigkeit und die Errichtung öffentlicher Bauten war namentlich in Leipzig ziemlich lebhaft. In Chemnitz selbst wird verhältnismäßig lebhaft gebaut. Dagegen ließ die Bautätigkeit in den anderen größeren Städten der Chemnitzer Kreishauptmannschaft im Mai noch sehr zu wünschen übrig. In Zwickau war die Bautätigkeit gering. In Reichenbach sind wegen der bestehenden Ueberproduktion an Wohnhäusern (?) neue Gebäude nicht in Angriff genommen worden. Die industrielle Bautätigkeit war bisher gleich Null, da die Lage der Spitzenindustrie äußerst ungünstig ist. In Werdau war die Bautätigkeit im Mai zwar etwas reger, aber im großen und ganzen doch noch gering.

Die Chemnitzer Volksstimme beantwortet den Denkzettel, den wir ihr wegen wenig parteigenössischer Polemik gaben, mit einer ebenso verlegenen wie hämischen Bemerkung. Unsere Retourkutsche wegen den „freiwilligen Regierungskommissars" ist der Volksstimme sichtlich unbehaglich. Sie antwortet nun darauf, daß sich in diesem Falle auch — noch andere Genossen in ihrer Loge befänden. Diese Bemerkung kann nur urteilslosen Lesern imponieren. Denn wir haben den alten abgebrauchten Vergleich nicht gezogen, vielmehr nur der Chemnitzerin gezeigt, zu welchen Konsequenzen solche Vergleiche führen. Wir können den Intellekt der Volksstimme nicht so tief einschätzen, um anzunehmen, daß sie das nicht verstanden habe.

Ein sinnentstellender Druckfehler befindet sich in der gestrigen Nummer in dem Artikel über das liberale Landtagswahlkartell. Das letzte Wort der fünften Zeile von unten muß nicht mehr, sondern nahe heißen.

Riesa. Bekanntlich war am 3. Juni unterhalb Moritz auf Riesaer Flur eine männliche Leiche in der Elbe aufgefunden worden, an der ein schwerer Stein befestigt war. Es besteht nach wie vor der Verdacht, daß ein Mord vorliegt. Wie jetzt weiter bekannt wird, hatte der Tote drei Lose der Völkerschlachtlotterie mit den Nummern 146 292, 146 293 und 146 295 bei sich. Der an der Leiche befestigte Stein wiegt nicht 50, sondern 72 Pfund. Der zur Befestigung des Steines an der Leiche verwendete Strick ist eine sogenannte Wimpelleine. Der Tote hat dunkelblondes Haar, hellgraue Augen und war bartlos. Sachdienliche Mitteilungen wolle man zur Kenntnis der Polizei bringen.

Döbeln. Die hiesigen städtischen Kollegien sind zurzeit mit der Neugestaltung des städtischen Steuerwesens beschäftigt, die durch die sächsische Gemeindesteuerreform veranlaßt worden ist. Die städtische Einkommensteuer wurde zum Teil etwas herabgesetzt, neu wurde die Umsatzsteuer mit 8 Prog. nach Chemnitzer Muster aufgenommen. Ferner wird eine Grundsteuer von 12 Pf. auf die staatliche Grundsteuereinheit erhoben, wodurch 10 Proz. des gesamten Steuerbedarfs der Stadtkasse gedeckt werden sollen. Neu ist auch eine Gewerbesteuer vom Gewerbebetrieb im Umherfahren, von der der Handel mit Nahrungsmitteln befreit ist. Die Wanderlagersteuer wird bedeutend erhöht; die Hundesteuer von 15 auf 20 M., für jeden weiteren Luxushund von 25 auf 40 M. Neu sind ferner eine Versteigerungsabgabe und eine Eintrittskartensteuer. Die Lustbarkeitssteuer wurde weiter ausgebaut. Neben der neuen Grundsteuer bleiben die Besitzwechselabgabe und die Wertzuwachssteuer bestehen. Die Steuervorlage ist zum größten Teil von beiden Kollegien angenommen worden. — Bunt genug sieht diese Besteuerei aus.

Zehren bei Meißen. Einen schönen Erfolg errangen unsere Genossen bei der Ergänzungswahl eines Gemeindevertreters und zweier Ersatzmänner für die Klasse der Unansässigen des Gemeinderats. Von unserer Seite waren die Genossen Domschke als Vertreter und Jacobza und Findeisen als Ersatzmänner in Vorschlag gebracht worden. Von 103 Wahlberechtigten machten insgesamt 55 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Hiervon erhielten unsere Genossen 41 resp. 40 Stimmen, während eine von gegnerischer Seite aufgestellte Liste, für die sich außer dem Herrn Pastor, dem Gendarmen usw. besonders Mitglieder des Militärvereins ins Zeug legten, ganze 14 Stimmen auf sich vereinigte. Damit ist es unseren Zehrener Parteigenossen gelungen, die bei der vor fünf Jahren erfolgten Gemeinderatswahl, bei der das Mandat in bürgerliche Hände fiel, erlittene Schlappe wieder wettzumachen.

Falkenstein. Die mißliche Lage der Stickerei-Industrie macht sich namentlich auch in der Abnahme der Arbeiter geltend. So wurden am 1. Mai d. J. in 432 Betrieben 4328 Arbeiter (2279 männliche und 2049 weibliche) gegen 4817 im Jahre 1913 gezählt. 225 Betriebe stehen still (127 im Vorjahre), 53 sind erloschen. Ebenso zeigt sich dieses Bild in den überschüssigen Wohnungen, da Arbeiter wegen mangelnder Beschäftigung anderwärts Unterkommen suchen müssen. Auch steht eine Anzahl Läden leer. — Von den vier Kinotheatern in unserer Stadt hat das Passagetheater in der Schloßstraße, das von der Biophon-Theatergesellschaft in Halle unterhalten wurde, seine Pforten geschlossen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Produktenhändler Schulze in Kamenz zog sich vor etwa acht Tagen beim Oeffnen einer Konservenbüchse eine Fingerverletzung zu, der er keine Bedeutung beilegte. Als er darauf Kartoffeln abgekeimt hatte, verspürte er in der kleinen Wunde ein brennendes Gefühl. Von dem später zu Rate gezogenen Arzt wurde Blutvergiftung festgestellt, die rasch ein derart bedenkliches Aussehen annahm, daß Schulze am Freitag in das Barmherzigkeitsstift übergeführt werden mußte, wo er am Sonnabend verschied. — Eine heftige Gasexplosion ereignete sich in einem Hause an der Kaßbergstraße in Chemnitz beim Ableuchten einer Gasleitung durch einen Klempner. An dem Hause wurde großer Schaden angerichtet. Die Decken sind erheblich beschädigt und fast sämtliche Fenster zertrümmert worden. Auch in den Nachbargrundstücken wurden noch Fenster zertrümmert. — Die Autoomnibus-Verbindung Oberlungwitz—Mittelbach—Reichenbrand—Chemnitz wird mit dem 14. Juni den Betrieb einstellen. Vom 15. Juni an wird als Ersatz der Verkehr von Oberlungwitz zum Bahnhof Wüstenbrand aufgenommen, wozu acht Touren oberbehördlich genehmigt wurden. — Die Abwanderung von Bergleuten aus den Zwickauer sowie aus den Nachbarrevieren dauert noch an. In der vergangenen Woche verließ wiederum ein größerer Trupp, etwa 60 Mann, das Revier, um nach den Zechen des Hamborn (Ruhrrevier) überzusiedeln. — Der Vereinsdiener Köhler in Reichenberg hat in letzter Zeit von ihm einkassierte Gelder in seinem Nutzen verwendet und dadurch einen kaufmännischen Verein um 900 M., einen Frauenverein und den Militärverein der „106er" um je 200 bis 300 M. geschädigt. — Am Sonntag ertränkte sich im Meiselteich in Brunndöbra der 14jährige Schuhmacherlehrling Wild. Er soll keine Freude an seinem Beruf gehabt haben und deshalb ins Wasser gegangen sein. Vor mehreren Jahren verloren die Eltern des Wild eine 12jährige Tochter durch Unglücksfall.

Stadt-Chronik.

„Vive la France!"

Der Ruf des Genossen Wendel läßt die bürgerliche Presse noch immer nicht zur Ruhe kommen. Von den großen Tagesblättern bis zum letzten zusammengeschnittenen Winkelblättchen hat sie getobt und geheult, und als sie zur Sache nichts mehr zu sagen wußte, zerrte sie ein Bändlein rauhversfüßiger Lyrik zutage, Gedichte des Primaners Wendel, die schon soundso viele Male herhalten mußten, um zu beweisen, daß der Reichstagsabgeordnete Wendel schon in seiner Primanerjugend ein verdorbener Mensch war. Natürlich waren auch die Dresdner Nachrichten unter jenen Schatzgräbern, denen die Freiberger Volkszeitung zu Recht folgende Sätze um die Ohren hieb: Wenn man sich jedoch jene Krämerseelen vergegenwärtigt, die heute die „geistige Nahrung" der bürgerlichen Leser zusammenbrauen, dann möchte man beinahe wähnen, der 16jährige Primaner hätte die Wertschätzung dieser Sorte Geistesheroen vorausgeahnt, als er folgende Zeilen niederschrieb:

Aufschrei.

Hinaus auf die Straße! In das Gehatze
Der Großstadt, in Lärm und Rauch!
Dem ersten Kerl mit 'ner Krämerfratze
Renn' ich die Faust in den Bauch,
Daß er wimmernd Blut aufs Pflaster speit,
Daß ihm platzt das faule Gedärm —
Auf die Straße hinaus! In den Alltagsstreit
Der Großstadt, in Rauch und Lärm.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140609/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Und nun gießt ein unglücklicher Franzose von neuem Wasser auf die klappernden, plappernden Mühlen jener Presse. Er hat dem Gewissen Wendel einen Brief geschrieben, dessen Abschrift er einigen deutschen bürgerlichen Zeitungen zur Verfügung stellte. Von da aus macht nun der Brief die Runde durch die ganze bürgerliche Presse, der schon die Schimpferei auf das „Vive la France" den Atem nahm. Heute finden wir ihn auch in der Sächsischen Dorfzeitung und Elbgaupresse — andere gingen ihr voraus und andere werden ihr folgen, denn der Brief streichelt das Gemüt dieser Patrioten zu wonnig. Hier ist er:

„Wissen Sie auch, was Sie mit Ihrem Hoch auf Frankreich taten? Ich sage Ihnen, Sie haben niemals Ihren Fuß auf diesen von Ihnen gepriesenen Boden gesetzt. Sie haben niemals die Städte, Dörfer und Landstriche Frankreichs gesehen, die sich durch den höchsten Grad von Unsauberkeit auszeichnen. Sie haben nie erfahren, was alles in Frankreich erlaubt und verboten ist, und niemals empfunden, daß man in Frankreich eingeklemmt ist, wie ein Nagel im Holz. Nach langjährigen Studien war ich durch einfache Ueberlegung und durch den zwingenden Beweis des Augenscheins überzeugt, daß Deutschland das bestregierte Land ist. Daß Deutschland ein Staat ist, unter einer weisen und starken Leitung, die nicht so oft ihren Standpunkt ändert wie unsere Regierung. Es ist leicht, diese Hand zu spüren. Ich hab's kennen gelernt, daß Deutschland das sauberste Land ist, das Land, in dem man nicht so viel Plackereien hat, um von einem Ort zum andern zu kommen; hab's erfahren, daß dort nicht jedermann ein Schuft ist, ein Land, wo noch Ehrbarkeit herrsche, wo man nicht mit Worten, sondern durch die Tat wirkt."

Die Begeisterung des guten Franzosen für deutsche Zustände in allen Ehren — darüber wollen wir nicht mit ihm rechten, denn nicht darauf kommt es hier an, zu untersuchen, ob hüben oder drüben mehr oder weniger faul ist. Wendels „Vive la France" galt nicht französischer Schlamperei, über die sich der Briefschreiber beklagt. Jener Ruf war kein Werturteil — Wendel rief sein „Vive la France" als Protest gegen die Völkerverhetzung hüben wie drüben, er rief's als Brudergruß des internationalen Proletariats über die Grenzen zweier Länder, deren bürgerliche Klassen hüben wie drüben genug der Fäulnis verschuldet haben, gegen die sich eben jenes Proletariat wendet. Und darum ist jener Brief das dümmste, was auf jenen Ruf erwidert werden konnte — den Brief aber als „Erwiderung" abdrucken, heißt noch dümmer sein oder sich noch dümmer stellen.

Der arme Franzose aber muß es sich obendrein noch gefallen lassen, ein „allerdings nicht vorbildlicher Patriot" genannt zu werden, weil er auf üble Zustände in seinem Vaterlande hinwies und die eines fremden Landes lobte. Und mit Recht, denn Patriot sein, heißt im bürgerlichen Deutschland etwas anderes. Von diesem Patriotismus gilt noch immer, was Heine von ihm schrieb:

„Der Patriotismus des Deutschen besteht darin, daß sein Herz enger wird, daß es sich zusammenzieht wie Leder in der Kälte, daß er das Fremdländische haßt, daß er nicht mehr Weltbürger, nicht mehr Europäer, sondern nur noch ein enger Deutscher sein will. Da sahen wir nun das idealische Flegeltum, das Herr Jahn in System gebracht, es begann die schädliche, plumpe, ungewaschene Opposition gegen eine Gesinnung, die eben das Herrlichste und Heiligste ist, was Deutschland hervorgebracht hat, nämlich gegen jene Humanität, gegen jene allgemeine Menschenverbrüderung, gegen jenen Kosmopolitismus, dem unsere großen Geister, Lessing, Herder, Schiller, Goethe, Jean Paul, dem alle Gebildeten in Deutschland immer gehuldigt haben."

Und gegen diesen Gedanken der allgemeinen Menschenverbrüderung, der im Sozialismus neu und stärker auflebt, wendet sich die schäumende Wut jener engherzigen, ledernen „Patrioten", und ihm, nur ihm galt der Ruf:

„Vive la France!"

Endlich erreicht!

Die gestern gemeldete Beförderung des Landgerichtsdirektors Dr. Heinze zum Reichsgerichtsrat ist wegen des politischen Hintergrunds noch vom besonderem Interesse. Dr. Heinze zeigte bekanntlich bei seinem ersten politischen Auftreten gewisse national-soziale Neigungen, die ihn in den falschen Verdacht brachten, ein liberaler Mann zu sein. Die Blockwahlen 1907 brachten ihn in den Reichstag und dort entpuppte er sich dann bald als einer der eifrigsten und skrupellosesten freiwilligen Regierungskommissare. Wenn es irgend eine vom liberalen Standpunkt aus gewagte Sache zu verteidigen galt, war Heinze der richtige Mann dazu, er ließ sich von den Desperados der äußersten Rechten kaum übertrumpfen. Seine parlamentarische Tätigkeit fand bei den Wahlen 1912 ein Ende, und nun sollte der so brauchbare Mann unter allen Umständen beim Reichsgericht untergebracht werden. Es war ein offenes Geheimnis, daß hinter der wiederholt gestellten Forderung der Regierung, einen sechsten Reichsanwalt etatsmäßig anzustellen, die Absicht stand, Heinze mit diesem Posten zu — na, sagen wir — belohnen. Die Forderung der Regierung wurde über regelmäßig abgelehnt, und nun hat man sich so geholfen, daß man ihn zum Reichsgerichtsrat ernannte. Heinze dürfte einer der jüngsten Reichsgerichtsräte sein, er ist noch nicht 40 Jahre alt.

Jungdeutsche Lyrik.

Die bürgerliche Jugendbewegung charakterisiert ihre „geistige Höhe" am treffendsten immer selbst. Denn „wes das Herz voll ist, des geht der Mund über". Und so dürfen auch die lyrischen Ergüsse dieser Jugend und ihrer Führer als Dokumente gelten, aus denen der Geist spricht, den die bürgerliche Jugend pflegt. Eben druckt die Bayrische Wehrkraftzeitung, das offizielle Organ des bayrischen Jungdeutschlands, einiger solcher lyrischer Proben ab, die der Phantasie einiger bedauernswerter Opfer dieser Jugendbewegung entsprungen sind. Darunter ein wunderschönes Wehrkraftlied, in dem es heißt:

Unseres Herzens größte Lust,
Wenn auch Wollen ohne Zahl
Sich zusammen ziehn.
Wenn das Vaterland uns ruft,
Wenn die Stund ist da:
In den Kampf!
In den Tod!
Dir zum Schutz wir ziehn
Germania!

Und in einem anderen „Gedicht" gebärdet sich der Völkerhaß noch wütender:

Deutsche Jugend, dir alleine,
Dir gilt unser Mahnen;
Bahre dir dein ganzes Sein
Und den Geist der Ahnen!

Wetterwolken ohne Zahl
Ziehen sich zusammen,
Dräuen über dem „Kanal"
Brennt der Haß in Flammen.

Und im Westen glimmt die Rache
Nie verlöschend fort.
Und die Feinde „deutscher Sache"
Sprechen manches böse Wort.

Daß sich junge Leute schlechte Verse zuschulden kommen lassen, ist nichts Neues, daß aber ein Organ der bürgerlichen Jugendbewegung diese Verse, an denen die schlechte Form immer noch besser ist als der Inhalt, abdruckt, hat schon eher was zu sagen: aus ihnen spricht Geist von jenem Geiste, den diese Bewegung pflegt und von dem allein sie lebt.

Die Bautätigkeit in Dresden.

Das Statistische Amt der Stadt Dresden veröffentlicht eine Zusammenstellung über die Bautätigkeit in Dresden, aus der hervorgeht, daß das Jahr 1913 nach der Flauheit der letzten Jahre eine geringe Zunahme der Bautätigkeit brachte. Es wurden 68 Neubauten von Wohnhäusern in geschlossener Bauweise, 88 Neubauten von Wohnhäusern in Gruppenbauweise und 89 Neubauten von Wohnhäusern in offener Bauweise ausgeführt. Hierzu kommen noch 12 Neubauten von sonstigen Wohngebäuden, 126 Neubauten anderer Gebäude, 391 Neubauten von Schuppen und sonstigen kleinen Baulichkeiten, 282 größere Umbauten, Auf- und Anbauten, 1342 Bauveränderungen, Ladeneinbauten usw., 54 Gebäudeabtragungen, 25 Dampfkesselanlagen, 41 Aufstellungen von Motoren, 88 Zentralheizungen, 29 gewerbliche Feuerungsanlagen usw. Vergleicht man die gleichen Ziffern des Jahres 1908 hiergegen, so macht sich eine langsam einsetzende Belebung des Bauwesens bemerkbar.

Ferienkarten. Wie alljährlich, werden auch in diesem Sommer im Bereiche der Sächsischen Staatseisenbahnen sogenannte Ferien-Monatskarten und -Nebenkarten für die 1., 2. und 3. Klasse ausgegeben. Es sind dies gewöhnliche Monatskarten und Monatsnebenkarten, die aber statt für die Dauer eines Kalendermonats auf die Zeit vom 15. Juni — Beginn der großen Sommerschulferien — bis zum 14. August d. J. Mitternacht gelten. Die Einrichtung bietet den Vorteil, daß Personen, die sich während der Sommerferien außerhalb ihres gewöhnlichen Wohn- oder Beschäftigungsortes aufhalten und zwischen diesem Orte und dem Ferienaufenthaltsorte die Eisenbahn beliebig oft benutzen wollen, für den angegebenen Ferienzeitraum statt zweier Monatskarten nur eine solche zu lösen haben. Zur Erlangung der Feriennebenkarten ist eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde oder des Gemeindevorstandes unter Verwendung des für Monatsnebenkarten vorgeschriebenen Vordruckes beizubringen. Ferien-Monatskarten und Ferien-Nebenkarten werden in der Zeit vom 15. bis zum 31. Juni d. J. ausgegeben. Im übrigen gelten die im Personen- und Gepäcktarif der Sächsischen Staatseisenbahnen, Teil II, enthaltenen Bestimmungen für Ferienkarten.

Der Ausflugsverkehr war am Sonntag trotz der drohenden Wolken, die sich während des ganzen Tages am Himmel herumdrückten, recht rege. Der in den Nachmittagsstunden niedergehende kurze Gewitterregen konnte ihm keinen Abbruch tun. Im ganzen waren auf den hier einmündenden Bahnlinien 19 Sonderzüge zur Bewältigung des Verkehrs erforderlich, und zwar 12 auf der Dresden—Schandauer, 6 auf der Dresden—Freiberger und 1 auf der Dresden—Meißner Linie. — Die Sonderzüge nach und vom Reicker Rennplatze beförderten über 1700 Personen.

Die städtische Leihamtszweigstelle, Marienstraße 17, 1., bleibt Montag den 15. und Dienstag den 16. Juni 1914 wegen Reinigung geschlossen. Fällt der Fälligkeitstag eines Pfandscheines auf einen dieser Tage, so gilt als solcher bestimmungsgemäß der nächste Werktag, sonach Mittwoch der 17. Juni dieses Jahres. Die Hauptstelle in Neustadt, Hauptstraße 1, 1., bleibt an diesen Tagen für das Publikum geöffnet.

Kinderschutzkommission. Laubegast-Tolkewitz. Morgen Mittwoch Ausflug. Treffen 1½ Uhr Sachsenhof, 2 Uhr Anker, Laubegast. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Produktenpreise am 8. Juni in Dresden (in Mark). Weizen pro 1000 kg netto: feuchter u. beschädigter 182—194, brauner (74 bis 76 kg) 199—205, do. (77—78 kg) 208—210, russischer rot 221—220, Kansas 232—234, Argentinier 224—229, Duluth spring I 233—235, Manitoba 3 bis 1 230—236. Roggen, pr. 1000 kg netto: feuchter und beschädigter 154—161, inländischer (71—72 kg) 169—171, do. (73—74 kg) 175—177, Sand (71—74 kg) 174—178, russischer 183—186. Gerste, pro 1000 kg netto: Futtergerste 146—164. Hafer, pro 1000 kg netto: sächsischer 168—175, beschädigter 150—161, preußischer 168—175. Mais, pro 1000 kg netto: Cinquantino 178—180, Rundmais 158—160, Laplata gelber 161—163.

Aus der Umgebung.

Plauenscher Grund. Eine bemerkenswerte Entschließung faßte der Grund- und Hausbesitzerverein von Döhlen in einer am Sonntag stattgefundenen Versammlung. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen und eine Kommission beauftragt, bei der Gemeindeverwaltung vorstellig zu werden. Die Resolution lautet:

„Die am 7. Juni in Köhlers Gasthof, Döhlen, versammelten Mitglieder des Grund- und Hausbesitzervereins zu Döhlen protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die von der Direktion der Sächsischen Gußstahlfabrik eingerichteten Massenquartiere für nicht hiesige Arbeiter. Die Versammelten erblicken in dieser Maßnahme der Direktion nicht nur eine schwere Schädigung der hiesigen Hausbesitzer, sondern auch eine Gefahr für die ganze Bevölkerung in sanitärer Beziehung. Von der Ortspolizeibehörde wird verlangt, daß die Bestimmungen über Wohnungswesen auch in der Sächsischen Gußstahlfabrik streng durchgeführt werden.

Deuben. Am Donnerstag den 11. Juni, abends 7½ Uhr, findet öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Zaucherode-Niederhermsdorf. Der morgen Mittwoch stattfindende Diskussionsabend beginnt um 9 Uhr. Die Genossinnen gehen Punkt 8 Uhr vom Gasthof Zaucherode weg. Die Genossinnen der anderen Orte wollen sich danach richten und anschließen. Gleichzeitig wird von den Orten Braunsdorf, Kesselsdorf, Saalhausen eine starke Beteiligung erhofft. Das Referat hat Lehrer a. D. Nowack-Dresden übernommen.

Schmiedeberg. Morgen Mittwoch den 10. Juni, nachm. 2 Uhr, findet ein Kinderausflug nach Falkenhain statt. Proviant und 5 Pf. sind mitzubringen. Treffpunkt am Clausschen Restaurant Schmiedeberg.

Rochwitz. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, im Gasthof Oberrochwitz öffentliche Gemeinderatssitzung. Wichtige Tagesordnung.

Loschwitz. Beim Abwärtsfahren auf der steilen Grundstraße verlor gestern mittag der Wächter Märtig von der Wach- und Schließgesellschaft die Herrschaft über sein Rad, überschlug sich und erlitt schwere Verletzungen. Nach Anlegung eines Verbandes wurde der Verunglückte seiner in Striesen gelegenen Wohnung zugeführt.

Bühlau. Mittwoch den 10. Juni, abends 7½ Uhr, öffentliche Gemeinderatssitzung im Rathaussaale.

Radebeul. Morgen Mittwoch, abends 7 Uhr, findet im Sitzungssaale des Rathauses öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Die Tagesordnung umfaßt 20 Punkte. Als wichtigster Punkt ist anzuführen: Zweite Lesung der Gewerbesteuer-Ordnung sowie der Kirchen- und Schulsteuer-Ordnung. Jedem Einwohner steht der Zutritt offen. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Kötitz. Mittwoch den 10. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeinderatssitzung im Sitzungssaale. Tagesordnung wichtig!

Radeberg. Freitag abend 6 Uhr findet öffentliche Stadtverordneten-Sitzung statt.

Am Sonnabend wurde in der Hauptstraße ein vor einem Laden stehendes Fahrrad, Marke Dürkopp, gestohlen.

Am Sonntag fiel beim Spielen mehrerer Schulkinder im Hof einer Glasformenfabrik eine Form um und einem Kind auf den Fuß. Das Kind mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Anonyme Briefe.

Für Pirna und Umgegend besteht unter dem Namen „Landwirtschaftliches Kasino" ein Verein, zu dessen Mitgliedern auch die 20jährige Stadtgutsbesitzerstochter Marie Margarete Schaffrath gehört. In den Monaten März bis Juni 1913 erhielten jedesmal kurz nach einer Veranstaltung des Vereins die Töchter des Gasthofsbesitzers M. in Rottwerndorf, des Mühlenbesitzers K. und des Fleischermeisters M. in Pirna Briefe und Postkarten beleidigenden Inhalts. Die Schreibereien waren mit einer Anzahl Buchstaben unterzeichnet, aus denen unschwer die Anfangsbuchstaben bekannter Herren aus dem Verein festgestellt werden konnten. Da der Inhalt beleidigend war und weitere Schmähungen in Aussicht gestellt wurden, riefen sie in den Familien der Adressatinnen große Aufregung hervor. Als Verfasserin dieser Stilübungen wurde die obengenannte Sch. vermutet und sie mußte sich wegen Urkundenfälschung und Beleidigung verantworten. Dem Verfahren hatten sich die Adressatinnen und deren Väter als Nebenkläger angeschlossen. Als Schriftsachverständiger war Realgymnasialoberlehrer Essenberger und zur Aufklärung des Tatbestands 16 Zeugen geladen. Als der erste Verdacht auf die Angeklagte gefallen war, wurde sie auf das Amtsgericht Pirna bestellt, wo sie nach Diktat und auch frei eine Reihe Schriftproben herstellen mußte. In diesen Schriftproben fanden sich genau dieselben orthographischen und Interpunktionsfehler vor wie bei den Karten und Briefen. Die Angeklagte bestritt aber ihre Schuld. Mit großer Zungengewandtheit führte sie aus, daß sie seit zwei Jahren die Vergnügungen im „Kasino" besuche, die beleidigten Mädchen aber kaum kenne. Die anonyme Schreiberei bezeichnete sie selbst als Gemeinheit, zu der sie aber keine Veranlassung hätte. Die übereinstimmenden Fehler erklärte sie durch die Art des Diktierens. Der als Zeuge anwesende Amtsgerichtssekretär behauptete aber, ohne jede Betonung diktiert zu haben. Das Gutachten des Schreibsachverständigen erklärte die Angeklagte als die Schreiberin der Briefe und Karten. Die Schriftenvergleichung lasse darüber keinen Zweifel. Im Einverständnis mit den Parteien wurde auf Vernehmung der meisten Zeugen verzichtet. — Der Staatsanwalt hielt die Anklage in vollem Umfange aufrecht und beantragte Bestrafung wegen Urkundenfälschung, Beleidigung und Verleumdung. Der Verteidiger plädierte für Freisprechung. Das Urteil lautete wegen schwerer Urkundenfälschung und Beleidigung in fünf Fällen auf zwei Monate Gefängnis.

Arbeitslosigkeit

war das Motiv zu den Straftaten, wegen deren sich der schon einmal vorbestrafte Maurer Karl Wilhelm Scholz und der unbestrafte 20jährige Tischler Joseph Kallina zu verantworten haben. Sch. war im Januar arbeitslos, hatte sich krank gemeldet und sollte sich am 26. Januar ins Krankenhaus begeben. Aus Versehen wurde ihm aber sein Krankenschein nicht abgenommen. Er ging nicht ins Krankenhaus, sondern holte sich jede Woche bis zum 9. März sein Krankengeld. Den Namenszug des ihn angeblich behandelnden Arztes Dr. Homecker fälschte er jede Woche auf dem Zettel, und einige Male ist ihm K. dabei behilflich gewesen. Beide Angeklagten waren geständig. Sch. wurde zu drei, K. zu einem Monat Gefängnis wegen Urkundenfälschung verurteilt.

Schöffengericht.

Nächtliches Renkontre.

Im Restaurant „Schwarze Ecke" in Radebeul fing der Arbeiter Hermann Karl Friedrich Hilscher mit dem Schuhmacher Zillier aus Radebeul in der Nacht zum 8. März einen Streit an. Später kam es zwischen beiden auf der Straße zu einer Prügelei, von der Zillier behauptet, daß sie durch einen regelrechten hinterlistigen Ueberfall Hilschers auf ihn entstanden sei, während Hilscher umgekehrt dasselbe von Zillier behauptet. Aufklären wird sich die Sache niemals lassen, da keine unbeteiligten Zeugen vorhanden waren. Jedenfalls schrie dann aber Zillier um Hilfe und auf diese Hilferufe hin erschien der Gendarm Berthold, der die beiden Kampfhähne zur Ruhe ermahnte. Hilscher soll nun weiter skandaliert haben, weshalb der Gendarm ihn zur Wache brachte. An dem Transport ins Wachtlokal beteiligte sich dann ein zweiter Gendarm, bei dem H. sofort Schutz vor seinem Kollegen suchte mit der Behauptung, er wäre von diesem geschlagen worden. Beim Eingang zur Wache wurde die Scheibe in der Haustüre auf irgendeine Weise zertrümmert. H. soll dies absichtlich getan haben, und deshalb hat er sich auch wegen Sachbeschädigung zu verantworten. Im Wachtlokal verlangte H. sogleich den Inspektor zu sprechen, bei dem er sich über Mißhandlungen durch den Gendarmen Berthold beschwerte. Er empfand starke Kopfschmerzen und lief aufgeregt im Wachtlokal hin und her. Der Gendarm befahl ihm, sich ruhig hinzusetzen, worauf H. erwiderte: „Ich bin doch kein Rekrut! Sie haben hier nichts zu sagen, über mein Verhalten hat der Arzt zu bestimmen: ich bin jetzt Patient!" In diesen Worten und in der Beschwerde wegen der Mißhandlung soll eine Beamtenbeleidigung liegen. H. bestreitet jede Beleidigungsabsicht. Ebenso steht er in Abrede, „laut gebrüllt" zu haben und daß er absichtlich die Scheibe eingeschlagen hätte. Ebenso bestreitet er die ihm zur Last gelegte gefährliche Körperverletzung Zillier gegenüber. Dieser bleibt unbeteiligt, weil er selbst der Täterschaft verdächtig ist. Die beiden Schutzleute wurden vereidigt. Sie bestreiten, dem Angeklagten auch nur einen Schlag versetzt zu haben, und wollen genau gesehen haben, daß H. mit Absicht die Scheibe einschlug. Das Gericht verurteilte H. wegen Ruhestörung durch lautes Sprechen und wegen Beleidigung nach § 185 (die in den zitierten Worten im Wachtlokal erblickt wurde) zu 30 M. Strafe. Von der Beleidigung nach § 196 des Strafgesetzbuchs (als welche die Beschwerde über die Mißhandlungen angesehen wurde), von der Körperverletzung und der Sachbeschädigung wurde er dagegen kostenlos freigesprochen, weil es sich hier um nicht genügend aufgeklärte Vorgänge handelte.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140609/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Frankfurter Salvarsanprozeß.

Frankfurt a. M., 8. Juni 1914.

Heute begann hier der nicht nur von Medizinern mit Spannung erwartete große, auf drei Tage berechnete Prozeß gegen den Herausgeber der Frankfurter Wochenschrift „Der Freigeist", Schriftsteller Karl Waßmann, der angeklagt ist, den Magistrat der Stadt Frankfurt, damit die Verwaltung des Städtischen Krankenhauses und die beiden Krankenhausärzte Professor Dr. Herxheimer und Oberarzt Dr. Altmann, beleidigt zu haben, indem er behauptete, der Frankfurter Magistrat führe das Publikum irre, im Städtischen Krankenhause würden lebensgefährliche Experimente an Prostituierten mit Salvarsan angestellt. Die Ärzte seien mit Titel und Geld gewonnene Agenten gewisser profitsüchtiger Unternehmer, deren Gewinnsucht sogar zum vorsätzlichen Mord schreite. Zu dem Prozeß ist eine große Reihe von Sachverständigen, darunter Professor Ehrlich, Polizeiarzt Dr. Dreuw-Berlin, geladen. Die Verteidigung hat als Sachverständigen Dr. Fischer-Lebenshausen (Wiesbaden) angegeben, der angeblich der Verfasser eines der Artikel im „Freigeist" sein soll. Waßmann hat seine Behauptung in öffentlichen Volksversammlungen wiederholt und damals betont, er könne beweisen, daß 15 Prostituierte nach der Behandlung mit Salvarsan in Frankfurt gestorben seien. Den Vorsitz der heutigen Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Dr. Heldmann. Der Angeklagte, wie sich aus seiner Vernehmung ergibt, ist wegen Betrug und Unterschlagung vorbestraft. Im übrigen gibt er zu, daß er nicht nur Herausgeber des Freigeistes ist, sondern sein eigener Zeitungsausträger. Seine Behauptungen hält er voll und ganz aufrecht und stützt sich besonders dabei auf den Brief einer Prostituierten, deren Namen er nicht nennt. Niemand habe auf den Brief geantwortet. — Vorsitzender: Wer sollte denn auf den Brief antworten? Angeklagter: Die Aerzte, die von diesen Angriffen wußten. Jede eingelieferte Prostituierte hatte nämlich den „Freigeist" in der Tasche. Ich bin hier sehr populär, Herr Vorsitzender. (Heiterkeit.) Geheimrat Ehrlich, der angebliche Erfinder des Salvarsans (Heiterkeit) verlangt, daß die Salvarsanbehandlung vorsichtig ausgeführt werden müsse. Nach den Angaben der Prostituierten sind im Städtischen Krankenhaus Prostituierte mit Salvarsan behandelt worden, die gar nicht geschlechtskrank waren. Stadtrat Mockbach, der in der Stadtverordnetenversammlung sich gegen mich wandte und sagte, mein Blatt sei kein anständiges, er nehme mich nicht ernst, erwidere ich, daß ich ihn auch nicht für einen anständigen Stadtrat halte. Im weiteren Verlauf der Vernehmung behauptet der Angeklagte erneut, die Aerzte verwendeten Salvarsan nur, weil sie damit verdienten. Er halte es für ein lebensgefährliches Mittel. Als der Angeklagte die Ladung des Hofrats Finger-Wien, der Exzellenz Ehrlich mindestens gleich komme, beantragt, gibt es eine ziemlich erregte Auseinandersetzung, da der Vorsitzende sich gegen die Ladung aller möglichen Sachverständigen wendet. — Angeklagter: Hofrat Finger ist genau so eine Autorität wie Exzellenz Ehrlich. Aber freilich, wenn Ehrlich kommt, sinkt alles in den Staub. — Vorsitzender: Benehmen Sie sich, wie es der Anstand erfordert.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung behauptet der Angeklagte aufs neue, daß das Verfahren der Frankfurter Aerzte an Mord grenze. Die Aerzte hielten zusammen wie die Kletten. — Nebenkläger Dr. Herxheimer: Ich meine, daß hier psychiatrische Gesichtspunkte in Betracht kommen. (Heiterkeit.) — Angeklagter: Ich bitte, diesem Herrn das Wort zu entziehen. (Erneute Heiterkeit.) — Vorsitzender: Wie das Publikum die Sache aufgefaßt hat, geht aus einer Karte hervor, die heute bei Gericht eingegangen ist: „Paul Ehrlich ist ein Mensch, genau wie Hopf. Herr Staatsanwalt, wie steht's mit seinem Kopf?" (Heiterkeit.) Als weitere unwesentliche Anträge des Angeklagten abgelehnt werden, sagt er erregt: Wenn das so weiter geht, dann gehe ich hinaus und mache nicht mehr mit. Auch Ihnen steht offenbar der Geldsack höher als die Gerechtigkeit! Wenn ich alles Material auspacken darf, dann muß ich freigesprochen werden, aber das darf ja nicht geschehen, weil die Regierung dahinter steht. Verurteilen Sie mich nur ruhig. Sie haben ja auch Rosa Luxemburg zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — Vorsitzender: Reden Sie doch keinen solchen Unsinn. — Professor Dr. Friedländer wird darauf als Sachverständiger über den Geisteszustand des Angeklagten bezeichnet, der Angeklagte lehnt ihn aber ab. Der Angeklagte gibt zu, am letzten Freitag in Frankfurt in einer Versammlung gesagt zu haben, Dr. Herxheimer und Dr. Altmann hätten Prostituierte hingemordet. — Darauf beginnt die Zeugenvernehmung. — Stadtrat Mockbach-Frankfurt bekundet, daß er sich in der Stadtverordnetenversammlung im Auftrage des Magistrats zu den Angriffen geäußert hätte, und zwar auf Material, das ihm von den Leitern des Krankenhauses, Professor Herxheimer und Oberarzt Dr. Altmann, gegeben wurde. — Angeklagter: Also diese Herren haben den Frankfurter Magistrat irregeführt, weil sie den Geldbeutel der Höchster Farbwerke füllen wollen. — Zeuge Professor Dr. Herxheimer, Leiter des Städtischen Krankenhauses: Die Aerzte sind kapitalistisch absolut nicht an Salvarsan interessiert. Die Zahl der einzelnen Salvarsaninjektionen beträgt mindestens 40 000 bis 50 000 und die Erfolge sind ganz vorzügliche.

Unter allgemeiner Spannung wird Exz. Professor Dr. Ehrlich als Zeuge vernommen. Er bringt Briefe der Höchster Farbwerke zur Verlesung, in denen sich diese dagegen wehren, in unzulässiger Weise für Salvarsan Reklame gemacht zu haben. Auf Befragen gibt er an, es sei ihm bekannt, daß Lähmungen nach Gebrauch von Salvarsan vorgekommen sind. Solche Fälle waren aber vereinzelt. Mir sind drei Fälle bekannt. Der erste betraf einen Patienten, der nach einer Salvarsanbehandlung an einer Gehirnerkrankung litt, ich konnte nachweisen, daß das nicht auf Salvarsan beruhte, in einem zweiten Falle hatte der behandelnde Professor das Salvarsan direkt auf den Nerv gespritzt. Im dritten Fall sind Versuche gemacht worden, die ich nicht für statthaft halte. — Angeklagter: Meinen Exzellenz nicht, daß Salvarsan sich nicht zur Behandlung degenerierter Prostituierten eignet? — Vorsitzender: Das ist ein Sachverständigengutachten. — Angeklagter: Dann bitte ich, Exzellenz Ehrlich auch als Gutachter zu vernehmen. — Verteidiger R.-A. Levi: Ich widerspreche (Heiterkeit), schließlich wird nach Gerichtsbeschluß Geheimrat Ehrlich als Sachverständiger vernommen und sagt aus: Ich habe immer davor gewarnt, bei Herzkranken und Nervenkranken, ebenso bei Kindern, Salvarsan anzuwenden. Ob Prostituierte damit behandelt werden, ist eine Frage der Dosis. Es gibt kein Medikament ohne Todesfälle. Im Virchow-Krankenhaus zu Berlin sind in drei Jahren fünf Todesfälle an Quecksilber, drei an Salvarsan vorgekommen. Also auch das Quecksilber hat seine Schäden. — Nebenkläger Oberarzt Dr. Altmann bekundet, daß im Städtischen Krankenhause in Frankfurt nur vier Todesfälle von Prostituierten vorgekommen sind; eine starb an syphilitischer Leberatrophie, ein Mädchen erkrankte an Blutvergiftung, ohne daß es Salvarsan bekommen hätte. Mir ist kein Fall bekannt, in dem sich ein Mädchen gegen Salvarsan gesträubt hat. — Angeklagter: Zu einem Fräulein Ch. hat Dr. Altmann gesagt, daß Prostituierte als Versuchstiere benutzt würden. — Oberarzt Dr. Altmann: Ich kenne die Ch. überhaupt nicht. — Vorsitzender: Glauben Sie denn alles, was Ihnen die Mädchen sagen? — Angeklagter: Ich besitze grenzenloses Vertrauen und bin bei der Halbwelt sehr beliebt. (Heiterkeit.) — Bei der Vernehmung der als Zeuginnen geladenen Prostituierten kommt es zu temperamentvollen Szenen. Eine, Frau B., sagt: Man hat uns einfach schrecklich behandelt. Wir wollen uns aber jetzt zusammentun und unser Recht verteidigen! — Dann werden die Sachverständigen vernommen. Polizeirat Dr. Dreuw-Berlin, dem zum 1. Juli seine Stellung gekündigt worden ist, wendet sich scharf gegen die Anwendung des Salvarsans, das zahlreiche Todesfälle infolge von Vergiftung nachweislich zur Folge gehabt habe. Es seien zweifelsfrei nachgewiesen, Schwerkranke seien zu furchtbaren schmerzhaften Kur-

sen. Von den weiteren Sachverständigen sprechen sich Dr. Mengberger-Straßburg und Dr. Silber-Frankfurt gegen das Salvarsan aus, während die Professoren Hoffmann-Bonn, Heinz-Erlangen und Benario-Frankfurt sich entschieden dahin äußern, daß das Salvarsan ein gutes Mittel sei und besonders die Ansteckungsgefahr beseitige. Die gelegentlichen Schädigungen fielen gegenüber dem großen Nutzen nicht ins Gewicht. In vorgerückter Abendstunde wird Prof. Dr. Friedländer über den Geisteszustand des Angeklagten vernommen.

Der Angeklagte protestiert lebhaft gegen die Anzweiflung seiner geistigen Gesundheit, und Staatsanwalt Bertog erklärt ihn für einen scheinheiligen Burschen, was durch die früheren Verhandlungen erwiesen sei. — Angeklagter: Dieser Mann will mich ins Gefängnis bringen, damit der Sieg der Staatsgewalt über den kleinen Waßmann in allen Restaurants gefeiert werden kann! — Die weiteren Vernehmungen ziehen sich bis in die späte Nacht hin.

•

Frankfurt a. M., 8. Juni. In dem Salvarsanprozeß wurde das Urteil in später Nachtstunde gefällt und der Angeklagte Waßmann zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Während der Urteilsbegründung war der Verurteilte sehr erregt, beruhigte sich aber, als mit seiner sofortigen Verhaftung gedroht wurde.

Aus aller Welt.

Herrchersorgen.

Womit sich die Herrscher von Gottes Gnaden zu beschäftigen pflegen, erzählt zutreffend ein Dokument, das dem „Vorwärts" ein günstiger Wind zuwehte. Das kostbare Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Vertraulich!

Seine Hochfürstliche Durchlaucht der Fürst haben gelegentlich der musikalischen Abendunterhaltung im Fürstlichen Residenzschloß am 30. v. M. die Wahrnehmung gemacht, daß die meisten Damen im falschen Anzug erschienen waren, das heißt nicht ausgeschnittene Kleider trugen, wie es vorgeschrieben war, sondern halbhohen Ausschnitt.

Seine Durchlaucht der Fürst haben das Hofmarschallamt beauftragt, dies zur Kenntnis der bei Hofe verkehrenden Damen zu bringen, und haben Sich dahin ausgesprochen, daß Damen, welche in Zukunft nicht in der auf der Einladung vermerkten Toilette erscheinen, durch die Herren Kammerherren pp. auf den falschen Anzug aufmerksam gemacht werden.

Seine Durchlaucht der Fürst verlangen nicht den sogenannten Berliner Ausschnitt, wohl aber, daß zum Beispiel die Aermel ganz kurz gehalten und auf alle Fälle ohne Futter sind.

Es muß unter allen Umständen ein sichtbarer Unterschied zwischen halbhoher Toilette und ausgeschnittener Toilette bestehen.

Bückeburg, den 6. Dezember 1913.

Fürstliches Hofmarschallamt.

Haben die Leute Sorgen! Glücklicher Bückeburger!

Der entführte Ingenieur.

Die belgische Gesandtschaft in Konstantinopel hat aus Smyrna einen von einem Unbekannten aufgegebenen Brief des von Räubern entführten belgischen Ingenieurs Lucian Tack erhalten. Der Ingenieur meldet darin, daß er sich wohl befinde. Die Räuber hätten das Lösegeld auf 5000 Pfund bemäßigt und wollten bis zum 14. Juni warten. — Eine andere Räuberbande hat einen griechischen Ottomanen, einen Beamten des englischen Hauses Whitall in Smyrna, entführt; sie verlangt ein Lösegeld von 3000 Pfund. Das Haus Whitall soll geneigt sein, das Lösegeld zu zahlen.

Vom Wetter.

Karlsruhe, 8. Juni. Seit gestern herrscht auf den Höhen des Schwarzwaldes ein starkes Unwetter. Einem starken Westwind und Nebel folgten später Schneefälle, die den ganzen Tag über andauerten. Auf dem Feldberg und Belchen ist eine starke Schneedecke zu verzeichnen.

Genf, 9. Juni. Im Berner Oberland herrscht bittere Kälte. Von der Scheidegg wird andauernder Schneefall gemeldet. Die Temperatur beträgt zwei Grad unter Null. Auf dem Säntis liegt frischer Schnee bei 4 Grad Kälte. Im Gegensatz hierzu wird aus dem Kanton Tessin warmes Wetter gemeldet. In Lugano betrug die Temperatur gestern mittag im Schatten 25 Grad.

Paris, 9. Juni. Ein furchtbares Unwetter, begleitet von Schnee und Hagel, ist gestern in später Nachmittagsstunde über Paris niedergegangen. Die Temperatur sank so tief, daß die Schneeflocken stundenlang liegen blieben und Paris von der Höhe des Eiffelturmes den Anblick einer Stadt im Winter bot. Paris hat noch nie so kalte Tage im Juni zu verzeichnen gehabt. Auch aus der Provinz kommen Meldungen von gänzlich abnormalen Witterungsverhältnissen. In Clermont-Ferrand herrscht Frost, die umliegende Hügelkette ist mit Schnee bedeckt. Aehnliche Meldungen liegen aus dem Arrondissement Chambéry und dem Departement Jura vor.

Die Viktoria Luise im Hamburger Hafen gesunken.

Hamburg, 8. Juni. Die Viktoria Luise von der Hamburg-Amerika-Linie, der frühere Rekorddampfer „Deutschland", der seit einigen Jahren als Yacht für Vergnügungsreisen benutzt wird, ist heute nacht im Hamburger Hafen gesunken. Die Besatzung des Dampfers, die in größter Lebensgefahr geschwebt hatte, konnte von einem Fährdampfer gerettet werden. Die Feuerwehr wurde zur Hilfeleistung gerufen; es gelang jedoch nicht, das Schiff wieder aufzurichten, das auf der einen Seite voll Wasser gelaufen war. Schließlich sank das Schiff vollständig. — Das Schiff geriet, nachdem es aus dem Schwimmdock der Werft von Blohm u. Voß geholt und am Steinwerder Ufer verfeilt worden war, dort bei niedrigem Wasser auf Grund. Bei steigendem Wasser ist das Schiff alsdann anscheinend nicht glatt hoch gekommen und hat Schlagseite erhalten. Durch sofort in die Wege geleitete energische Maßnahmen gelang es, das Schiff alsbald wieder etwas aufzurichten und es ist zu erwarten, daß das Wasser bald völlig ausgepumpt sein wird.

Hotelbrand im Unterengadin.

St. Gallen, 8. Juni. In Schuls im Kanton Graubünden im Unterengadin ist das Hotel Hochfeld vollständig abgebrannt. Die 60 Gäste des Hotels konnten nur mit knapper Not das nackte Leben retten. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich.

Ein neuzeitlicher Ritterkampfer.

Bordeaux, 8. Juni. Während eines Stiergefechtes in der Nähe von Bordeaux ereignete sich ein aufregendes Zwischenfall. Einem ungeschickten Stierkämpfer gelang es nicht, den Stier zu töten, trotzdem er ihm schon 17 Degenstiche beigebracht hatte. Das empörte Publikum drang in die Arena und griff den Stierkämpfer an. Es kam zu einer wüsten Prügelei, der die Polizei schließlich ein Ende machen mußte. Der Stierkämpfer hatte so arge Verletzungen davongetragen, daß er in ein Hospital gebracht werden mußte.

Zwanzig Fischer ertrunken.

Montreal, 9. Juni. Vierzig Fischerboote sind infolge des furchtbaren Sturmes, der hier herrscht, an der Küste von Neu-Braunschweig gescheitert. Etwa zwanzig Fischer sind dabei ums Leben gekommen.

Die Hebung der Empreß of Ireland.

Montreal, 6. Juni. Wie der Montreal Star meldet, hat eine Neuyorker Bergungsgesellschaft Schleppboote gechartert, um die Lage der gesunkenen Empreß of Ireland genau feststellen zu können und danach der Eigentümerin des Dampfers der Canada-Pacific-Bahn, einen Preis für die Bergungsarbeiten nennen zu können.

Neue Erdrutsche am Panamakanal.

Neuyork, 7. Juni. Schwere Regengüsse haben im Anschluß an die kürzlichen Erdbeben schwere Erdrutsche am Panamakanal, namentlich bei Culebra, zur Folge gehabt. An verschiedenen Stellen sind über eine Million Kubikmeter Erde in das Bett des Kanals gerutscht. Sechs Bagger arbeiten Tag und Nacht, um, wenn möglich, den Kanal für die Schiffahrt bis zum 1. Juli frei zu bekommen.

Das Kino in der Kirche.

Neuyork, 8. Juni. Von Oktober dieses Jahres an werden die presbyterianischen Kirchen in 400 Städten der Vereinigten Staaten kinematographische Apparate erhalten, um den Gläubigen Szenen aus dem Leben Jesu und andere biblische Darstellungen im Lichtbild vorzuführen.

Parteigenossen!
Erwerbt das Bürgerrecht!

Nebenverdienst wird auch in unserer Zeitung hier und da angeboten. Hunderte von Inseraten werden von uns zurückgewiesen, wenn uns bekannt ist, daß Schwindel vorliegt. Aber nicht immer ist die Prüfung möglich. Es ist infolgedessen nicht ausgeschlossen, daß einmal ein Inserat aufgenommen wird, das nicht einwandfrei ist.

Wir ersuchen deshalb unsere verehrlichen Leser, die Offerten abgeben, Vorsicht walten zu lassen. Auf keinen Fall dürfen den Offerten Originalzeugnisse und Photographien beigefügt werden. Auch auf die schönsten Versprechungen sende man für Muster- oder Probesendungen kein Geld im voraus ein. Unverlangte Nachnahmesendungen weise man zurück.

Mit Hinterlegung von Kaution bei sogen. Generalvertretungen, Filialen usw. sei man sehr vorsichtig. Es empfiehlt sich, ehe dafür Geld ausgegeben wird, über die betreffende Firma Erkundigungen einzuziehen. Mehrfach entpuppten sich sogenannte „Versandhäuser", „Engrosgeschäfte" und „Fabriken von Gebrauchsgegenständen" als Schlafstelleninhaber, die unter hochtrabenden Anpreisungen ganz minderwertige Waren an den Mann bringen wollten.

Die Expedition der Dresdner Volkszeitung.

Internationale Bibliothek.

Band			Mark
1	F. Tschulok, Dr., Entwicklungstheorie (Darwins Lehre)	Geb.	3.—
2	Kautsky, Marx' Oekonomische Lehren	„	2.—
5	Kautsky, Thomas More. 2. Auflage	„	3.—
6	Bebel, Charles Fourier. 3. Auflage	„	2.50
8	Stern, Die Philosophie Spinozas. 3. Auflage	„	2.—
9	Bebel, Die Frau und der Sozialismus	„	3.—
10	Lissagaray, Die Geschichte der Kommune 1871. 2. Aufl.	„	3.—
11	Engels, Der Ursprung der Familie	„	1.50
12	Marx, Das Elend der Philosophie	„	2.—
13	Kautsky, Das Erfurter Programm	„	2.—
14	Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England	„	2.50
15	Simon, Die Gesundheitspflege des Weibes	„	2.50
17	Mehring, Die Lessing-Legende. 2. Auflage	„	3.—
18	Lux, Etienne Cabet und der Ikarische Kommunismus	„	2.—
21	Engels, Eugen Dürings Umwälzung der Wissenschaft	„	3.—
22	Dietzgen, Das Kapitel der Philosophie	„	2.—
24	Marx, Revolution und Konter-Revolution	„	2.—
26a	Dodel, Leben und Tod	„	2.—
26b	„ Kleinere Aufsätze	„	2.—
26c	„ Moses oder Darwin?	„	1.50
27	Lindemann (Lugo), Städteverwaltung und Munizipal-Sozialismus in England. 2. Auflage	„	2.50
30	Marx, Zur Kritik der politischen Oekonomie	„	2.50
31	Dietzgen, Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit	„	2.—
32	„ Kleinere philosophische Schriften	„	2.50
35	Deutsch, Sechzehn Jahre in Sibirien	„	3.50
35	Marx, Mehrwert. Band I. Von Kautsky	„	6.—
36	„ „ „ II., Teil 1. Von Kautsky	„	5.—
37	„ „ „ II., „ 2. „ „	„	5.50
38	Kautsky, Ethik u. materialistische Geschichtsauffassung	„	1.—
39	Hillquit, Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten	„	3.—
40	Pachitnow, Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland	„	3.—
41	Deutsch, L., Viermal entflohen	„	2.—
42	Maßlow, P., Agrarfrage in Rußland	„	3.50
43	Louis, Geschichte des Sozialismus in Frankreich	„	3.—
44	Bernstein, Englische Revolution	„	4.—
45	Kautsky, Der Ursprung des Christentums	„	5.75
46	Mondin, Das theoretische System von Karl Marx	„	3.—
47	Kautsky, Vorläufer des neuern Sozialismus, Bd. 1	„	3.—
48	„ „ „ „ „ 2	„	3.—
49	Buonarroti-Plos, Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit	„	2.50
50	Kautsky, Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft	„	3.—
51	Paul Louis, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich	„	3.—
53	J. Sadoul, Der Kapitalismus im Altertum	„	3.—
53	M. Adler, Marxistische Probleme	„	3.50
54	S. Lossenberg, Der politische Streik	„	2.50
55	Vandervelde, Neutrale und sozialistische Genossenschaftsbewegung	„	1.50

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung

Soziales.

Des Handwerksburschen Ende.

g. Durch das Städtchen Langenzenn bei Nürnberg sah man im November vorigen Jahres einen 34jährigen Handwerksburschen wanken, der schließlich nicht mehr weiter konnte und sich ermattet auf einer Haustreppe niederließ. In den Augen der braven Spießbürger war er natürlich „besoffen", und die Eigentümerin des Hauses schickte sofort nach der Polizei, damit sie von dem widrigen Anblick befreit werde. Alsbald rückten auch ein Wachtmeister und ein Polizist an. Der Wachtmeister meinte zu seinem Untergebenen, der Handwerksbursche habe sich schön zusammengesoffen, und ohne sich zu überzeugen, ob es sich wirklich um einen Betrunkenen oder um einen Erschöpften handle, wurde der Mann in die Mitte genommen und zur Wache zu schleppen versucht. Als dies nicht gelang, ließ man ihn mit dem Gesicht auf die Straße fallen, wo er einige Minuten lag, bis einige Kinder einen Handkarren herbeigeschafft hatten. Auf diesen wurde der Handwerksbursche geworfen ohne Unterlage und ohne Decke; die Beine ragten über den hinteren Teil des Karrens hinaus, während der Kopf bei der Fahrt auf dem holprigen Pflaster immer wieder auf das Holz aufschlug. So ging's im scharfen Tempo zur Polizeiwache. Dort sah man, daß der Arme kaum mehr atmete, aber der Wachtmeister meinte, das liege daran, daß „der Alkohol an Wirkung verliere". Als man endlich einen Arzt holte, konnte dieser nur noch feststellen, daß der Mann bereits tot war; er konnte auch nicht die geringste Spur von Alkoholgenuß finden, der arme Teufel war an Erschöpfung gestorben. Der Fall erregte in Langenzenn große Empörung, auch der sozialdemokratische Ortsverein befaßte sich damit und beauftragte den Vorstand, an den Magistrat eine Eingabe zu senden. Durch diese Eingabe fühlte sich die hohe Polizei beleidigt und stellte Beleidigungsklage gegen den Vorsitzenden Höhner und den Schriftführer Ertel des Vereins, weil es in der Eingabe hieß, daß der Tod des Handwerksburschen durch die vorschriftswidrige Handlungsweise der Polizei verursacht worden sei. Das Schöffengericht Kadolzburg erkannte auf Freisprechung, aber der Amtsanwalt wollte die Sünder bestraft wissen und ergriff Berufung zum Landgericht Fürth, das jedoch ebenfalls einen Freispruch fällen mußte, weil es selber die Art des Transports als nicht „ideal" anerkannte, wenn auch den Polizisten der „gute Glaube", daß sie einen schwer Betrunkenen vor sich hätten, nicht abgesprochen werden könne.

Versammlungen.

5. Kreis. 5. Bezirk. In der Mitgliederversammlung am 5. Juni gab Genosse Voigt den Bericht der Zeitungskommission. Beschwerden über Zeitungsangelegenheiten sind an den Genossen August Voigt, Annenstraße 36, 4., zu richten. Genosse Thieme erstattete den Vorstandsbericht. Um die ausgeschriebene Stelle eines Bildungssekretärs sind 28 Bewerbungen eingegangen. Die Wahl hat noch nicht stattgefunden. Zur internationalen Frauenkonferenz schlägt jeder Kreis zwei Genossinnen vor, deren Wahl in einer Versammlung der drei Kreise stattfindet. Der Vorstand hat beschlossen, zur Landesversammlung außer den Frauen drei Delegierte zu senden. Jeder Bezirk kann zwei Genossen vorschlagen. Der 5. Bezirk schlägt die Genossen Max Weichold und Bernhard Jungnickel vor. Die nächste Bezirksversammlung fällt aus, da am 19. Juni eine Kreisversammlung mit der Tagesordnung Landesversammlung stattfindet. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. Zum Schluß machte Genosse Weichold auf das am 21. Juni in der Musenhalle stattfindende Sommerfest aufmerksam. (Eing. 8. 6.)

5. Kreis. Bezirk 7. Der Vorstand gab den Bericht über die Dresdner und Zittauer Volkszeitung. Ueber das Bildungs-Sekretariat wurde nochmals diskutiert. Die Anstellung des Sekretärs erfolgt durch die große Zentrale. Die Zahl der Maiausgesperrten wurde bekanntgegeben. Zum Internationalen Frauen-Kongreß kann jeder Dresdner Kreis zwei Genossinnen vorschlagen. Am 19. Juni findet die Kreisversammlung statt; Thema: Landesversammlung. Der 5. Kreis entsendet drei Delegierte. Genosse Uhlemann wurde von der Gruppe aufgestellt. In diesem Jahre soll ein Familienausflug von der Gruppe veranstaltet werden. (Eing. 5. 6.)

4. Quittung. Für die Wärmstube gingen beim Gewerkschaftskartell bis 8. Juni ein: Durch Weiß von A. Sch. 1.—, Koch —.45; Arbeitersanitätskolonne, Abt. Plauenscher Grund, Tanztour 6.25; 4. Bundeschor, Tanzabend 11.—; Vereinigtes Sängerchor, Gorbitz 7.50; Hochzeitsfeier, Uebigau 2.50; Sparverein Geselligkeit, Tanztour 2.60; Verband Volksgesundheit, Tanztour, Ortsverein Nr. 46 2.65; Näherinnen der Fa. Wimmer u. Hagenberger, Mügeln, Strafgelder 4.30; Radebeuler Tapezierergehilfen, Tanztour 4.71; Verband der Friseurgehilfen 4.55; Dampferpartie Metallarbeiter-Krankenkasse, Filiale Pieschen 9.50; Gewinner und eingeladene Kollegen bei Gustav Starke 4.50; Tanztour 5. Kreis, Gruppe 6 1.30; Schießklub Freischütz 3.20; Neubau Riedrich, Cotta, Leutewitzer Str. 4.—; Tanztour Gesangverein Freies Lied, Seidnitz 2.90; P. Mrosan 50.—; Gartenkolonie Naturfreude Mickten durch Heinick 4.—; durch Kistau von L. —.50, St. —.25, Sch. 1.—, S. 1.—, J. —.50, M. —.50; durch Menke von Pö. 3.—, Ma. —.30, Zi. 1.—, Mü. —.50. Summa: 135.46 M.

Ernst Lienicke.

6. Kreis. Bez. Striesen, Gruna, Seidnitz, Blasewitz.

Am 8. Juni verschied infolge einer Operation unsere Genossin

Frau Lehmann

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag den 11. Juni, nachmittags 1½ Uhr, auf dem Striesner Friedhof statt. [V55

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Die Verwaltung.**

Am 8. Juni vormittags starb infolge einer schweren Operation im Alter von 57 Jahren meine liebe Frau, unsre gute Mutter, Schwester und Schwägerin

Frau Lehmann.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 11. Juni, nachm. 1½ Uhr, auf dem Striesener Friedhof statt. [B884

Der trauernde Gatte nebst Kindern.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß Montag früh 4 Uhr unser geliebter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der Handschuhmacher **Anton Woratschek,** nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist. **Die trauernden Kinder nebst Angehörigen.** Moszinskystr. 12, IV.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 1½ Uhr vom Friedrichstädter Krankenhaus aus auf dem äußeren katholischen Friedhof statt. [B879

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Groß- und Schwiegervaters, drängt es uns, allen denen unseren **innigsten Dank** auszusprechen, die durch Wort und Schrift den teuren Entschlafenen geehrt haben. Dank seinem Chef, Herrn Schmeil, den Herren Beamten, seinen Arbeitskollegen und -kolleginnen der Firma Krause & Baumann, den Partei- und Gewerkschaftsgenossen und dem Ortsverein von Niedergorbitz.

Im Namen der Hinterbliebenen:

B 883] **Emilie verw. Jacob.**

Beim Hinscheiden unseres lieben Gatten und Vaters

Theodor Markert

drängt es uns, allen Verwandten und Freunden unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Insbesondere Dank dem Verein Senefelder für den letzten Sängergruß sowie den Firmen Markert u. Sohn, Wilhelm Hoffmann, Trau u. Schwab, Stengel u. Co. für die ehrenvollen Beweise der Teilnahme.

B 882] **Die tieftrauernden Hinterbliebenen.**

Für Gewerkschaften und Vereine

empfehlen wir zur

Verlosung bei Sommerfesten

Gute Bilder (Steinzeichnungen), **Bücher** von 20 u. 30 Pf. an, **Kunstwart-Mappen, Klassiker, Globen, Bebel-Bilder** in ovalen Rahmen, **kleine Bebel-Büsten** usw. usw.

Volksbuchhandlung, Wettinerpl. 10.

Billig! Dauerwäsche
Menstruationspulver 2.50 M.
Hyg. Versandhaus
Wilsdruffer Str. 25, 2. Automat.

Guterhalt. Klappsportwagen ist bill. z. verk. **Marstr. 1. 4. Knappe.** [B872

Bettst. m. Matr. u. Gartenbank bill. z. vk. Elisenstr. 78, 4. F. Tieg. [B871

Gebr. Küchenschr. und Nähmasch. zu verkaufen. **Leubnitz-Neuostra, Dohnaer Straße 10, 3. l.**

Kaffee-Sorge
Potschappel

Gewissenhaft repar. Uhren
Feder 75 Pf., Reinigen 1 M. **nur Drehgasse 1a, I. Et.** [K348.

Nähmaschine ganz billig z. verk. **Freiberger Str. 69, 2. l.** [B881

Lockwitzer Kino

spielt jede Woche zwei zur Volksaufklärung u. Bildung beitragende reichhalt. Programme. **Mittwoch. Sonnabd. u. Sonntag Vorstellung.**

Todesfalls halber meines Mannes bin ich gezwungen, mein flottgehd., sichere Familienexistenz bietendes **Obst-, Südfrucht- u. Produkten-Geschäft** m. Schlachten an verkehrsreicher Straße zu verkaufen. Offerten erbeten unter **M. K. 24** a. d. Exp. d. Bl. [B885

Ganz vorzüglichen
Heidelbeerwein
in Korbflaschen von 10 u. 20 Liter a Liter 45 Pf. nebst 2 M. Flascheneinlage empfiehlt gegen Nachnahme. [K 332

Otto Seitert
Schmiedeberg (Bezirk Dresden).

Ca. 500 Paar Hosen
auch einzeln, sehr billig zu verkaufen **Flemmingstr. 5, 1. lks.**

Spottbillig! Zum Aussuchen! Spottbillig!

Nur noch kurze Zeit dauert der Verkauf!

Zur Aufklärung betr. Emaillewaren-Massenverkauf!

Die von vielen tausend Hausfrauen **anerkannte Billigkeit meiner Emaillewaren** liegt in dem **Riesenumsatz** und in dem **direkten Bezug ohne Zwischenhandel** von den grössten und leistungsfähigsten Emaillewerken.

Geschäftsprinzip: **Je grösser der Umsatz, desto kleiner die Preise!**

Stets neue Sendungen! Kein Ausverkauf!

Niemand versäume diese letzte, nie wiederkehrende Gelegenheit, seinen Bedarf an Emaillewaren, Haushalt- und Küchengeschirr auf Jahre hinaus zu decken

Im großen Laden Zahnsgasse 15 in Dresden

NB. Verkauf täglich von 8½ bis 1 Uhr und von 2½ bis 7½ Uhr.

B 877] **Georg Benecke aus Bremen.**

Kleine Anzeigen

Spülapparate
mit 2 Kanülen von 1.75 M. an, **Spülkannen, Leibbind., Menstruationspulver, Vorfallbind. u. hygien. FrauenArtikel** Auskunft gratis. Auf Verl. 10 Proz.-Rabatt
Frau Heusinger
37 Am See 37
Erster Laden vom **Dippoldiswaldaer Platz.**
Genau auf **Namen** und **Hausnummer** achten.

Alle besseren **Fleisch-** und **Wurstwaren** für
Vereine, Kantinen und Sommerfeste
passend sowie [K 57
Schmer u. **Speck** Pfd. **65 ₰**
Geräucherten **Speck** - **80 ₰** an
Blut- u. **Leberwurst** - **50 ₰** an
Schweinsbauch - **60 ₰** an
Weiche Zervelatwurst - **120 ₰** an
Albin Biechsehmidt
Gr. Brüdergasse.
Wiederverkäufern Rabatt!

Moderne [B859
Herren- und Damen-Garderobe
neu und zum Teil wenig getragen, kaufen Sie **während des Umbaus** am **vorteilhaftesten** nur im
I. Dresdner Spezial-Kleider-Magazin
Töpferstr. 1/3, I. Et.

Sitzwannen
aller Art, praktisch und preiswert empfiehlt [A 184
B. Hähner, Gr. Zwingerstr. 11.

Fahrräder gebr. 10, 15, 20, 25, 30 M., neue mit Jahres-Garantie 38, 40, 45, 50, 55, 60 bis 120 M. zu verkauf. Oppellstraße 19, I. (Kein Laden).

H. Rad D. 15, 25, 45 M. Palmstr. 19, 2. Ein- und Verkauf.

Gummimäntel
von **10** M. an
Monats-Garderoben
mehrere gut erhaltene
Maß-Anzüge [A 135]
von **8** M. an
Maß-Paletots
von **6** M. an
Elegante Ulster
von **15** M. an
Sportpaletots, zum Teil Herrschaft. wenig getragen; **Marengo-Jacketts u. Westen, Cutaways m. Streifhos., Joppen**
Verleihung von
Frads, Gehröcken, Smokings,
Maßanfertigung.
Garderobenhaus
Zum Gentleman
Dresden-A.
Breite Straße 10, I.

Moderne Küchen
von **48.00** M. an
60 Küchen
am Lager.
Solid.
Bekannt billige Preise
Tränkners Möbelhaus
Görlitzer Str. 21/23.

Prachtv. neues Plüschsofa, 45 M., Gebr. Plüschsofa 25 M., sch. Küchensofa 8 M., Bettstelle mit Federmatr. 12 M. z. v. **Ferdinandstr. 10, p. l.**

Einige **moderne gute Anzüge** sind preiswert zu verkaufen **Flemmingstr. 5, 1. lks.**

Mod. Kinderwagen 6, 8, 10—20 M. **Klappwagen** (neu), m. u. ohne Verd., bill. b. **Zetbold,** Gerichtsstr. 19, Hof. **Kaufe st. kaufe mod. Kinder- u. Klapp.**

Klapp-Sportwagen 9 M. noch neu, zu verk. Oppellstr. 19, 1.

Kinderwagen. Nebbettstellen. Klappsportwagen. Kinderstühle bill. zu verkaufen **Lillengasse 8, part.**

Schuhwaren-Gelegenheits-Käufe gut u. bill. b. **Alfred Przibylla,** Borsbergstr. 35, Ecke Rittmannstr.

Künstlerisch. Wandschmuck
Steinzeichnungen für Arbeiter-Wohnungen
im Preis von **1** bis **6 M.** empfiehlt die
Volksbuchhandlung, Wettinerpl. 10.

Bericht über den Schlachtviehmarkt

am 8. Juni 1914 zu **Dresden.**

Schlachtviehgattung und Auftrieb	Wertklassen	Marktpreis für 50 kg Lebend- Gewicht M.	Schlacht-Gewicht M.
I. Rinder A. Ochsen 299	1. Vollfleischige, ausgemästete höchst. Schlachtwertes bis zu sechs Jahren	49—51	90—92
	2. Junge fleischige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete	40—46	79—85
	3. Mäßig genährte junge — gut genährte ältere	34—38	73—77
	4. Gering genährte jeden Alters	30—32	67—70
B. Bullen 285	1. Vollfleischige, ausgewachs. höchst. Schlachtwertes	46—48	83—86
	2. vollfleischige jüngere	40—44	77—81
	3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	37—39	71—74
	4. Gering genährte	—	—
C. Kalben u. Kühe 177	1. Vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes	47—49	84—87
	2. Vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu sieben Jahren	40—44	77—81
	3. Aeltere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	34—38	69—73
	4. Gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben	30—33	66—69
	5. Mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben	24—29	60—64
D. Fresser —	Gering genährtes Jungvieh im Alter von 3 Monaten bis zu 1 Jahre	—	—
II. Kälber 361	1. Doppellender	85—90	115-120
	2. Beste Mast- und Saugkälber	60—62	100-103
	3. Mittlere Mast- u. gute Saugkälber	52—58	92—98
	4. Geringe Kälber	42—48	83—88
III. Schafe 647	1. Mastlämmer u. jüng. Masthammel	45—49	95—98
	2. Aeltere Masthammel	41—44	85—89
	3. Mäßig genährte Hamme und Schafe (Merzschafe)	39—40	74—79
IV. Schweine 2565	1. Vollfleischige der feineren Rassen und der Kreuzungen im Alter bis 1¼ Jahr	45—46	57—58
	2. Fettschweine	44—45	56—57
	3. Fleischige	43—44	56—57
	4. Gering entwickelte	42—43	55—56
	5. Sauen und Eber	38—40	50—52

Gesamtauftrieb: 4334 Tiere. Ausnahmepreise über Notiz. Von dem Auftrieb sind 71 Schafe österreichisch-ungarischer Herkunft. Ausnahmepreise über Notiz. — Ueberstand: 1 Rind, 1 Kuh.

Geschäftsgang: Bei Rindern und Schafen mittel, bei Kälbern schlecht, bei Schweinen langsam.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140609/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Handel und Industrie.

Russische Auswanderer.

Dieser Tage hat auf einem Dampfschiffe auf der Newa die feierliche Eröffnung des Betriebes einer neuen russischen Dampferlinie stattgefunden. Die neue Linie ist so recht — heißt es in den Berichten einer Reihe von Handelsblättern — ein Produkt der Strömung, die jetzt mehr denn früher die maßgebenden Kreise des Zarenreiches beherrscht und Rußland den Russen reservieren will. Die Gründerin der West-Europäischen Dampfschiffahrtsgesellschaft ist die Sibirische Handelsbank. Diese entsendet auch in die Verwaltung der Gesellschaft ihr Aufsichtsratsmitglied D. A. Kaßzhn und ihren geschäftsführenden Direktor Staatsrat M. A. Solowjejtschik. Das Grundkapital der Gesellschaft ist auf 3 Millionen Rubel festgesetzt und im Mai 1914 voll eingezahlt worden. In der Zwischenzeit hat sich die Gesellschaft bereits eine kleine Flotte von acht Dampfern mit einer Wasserverdrängung von je 5500 bis 6000 Tonnen angeschafft, um diese sofort in Dienst stellen zu können. Unter den Ankauf zweier weiterer Dampfer steht die Gesellschaft in Unterhandlungen. Als Wirkungskreis der Gesellschaft wird die Dampfschiffahrt zwischen St. Petersburg und Kronstadt sowie zwischen den baltischen Häfen und England angegeben. Doch kann sich daraus leicht auch ein transatlantischer Schiffahrtsdienst entwickeln, zumal es an Auswanderermaterial nicht fehlen dürfte. Aus diesem Grunde dürfte die Gründung des neuen Dampfschiffahrtsbetriebes internationale Bedeutung haben und gewiß auch für die deutschen Schiffahrtsgesellschaften nicht ohne Interesse sein.

In der Tat ist die Gründung der neuen russischen Schiffahrtslinie für die deutschen Schiffahrtsgesellschaften von sehr erheblichem Interesse, denn die russischen Auswanderer stellen bekanntlich einen sehr beträchtlichen Teil des außerordentlich gewinnreichen Zwischendeckverkehrs des Norddeutschen Lloyds und der Hamburg-Amerika-Linie dar. So dürfte es denn auch kein Zufall sein, daß gerade jetzt Verhandlungen zwischen den Vertretern verschiedener jüdisch-russischer Auswanderungsvereine und Verwaltungsmitgliedern der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyds geführt worden sind. Diese Auswanderungsvereine haben sich nicht, wie es in Mitteilungen bürgerlicher Blätter hieß, gegründet, um den russischen Auswanderungsverkehr zu sammeln und ihn über die deutschen Grenzkontrollstationen der beiden großen Reedereien nach Hamburg und Bremen zu lenken, ihre Aufgabe besteht vielmehr darin, die jüdisch-russischen Auswanderer gegen freche und schlechte Behandlung, gegen Ausbeutung und andere Willkür zu schützen, ihre Tätigkeit muß sich deshalb nicht zuletzt auch gegen die großen Schiffahrtsgesellschaften richten. Vielleicht wird Herrn Ballin und den Herren vom Lloyd in Bremen jetzt zum Bewußtsein kommen, wie gefährlich für den Profit ihrer Gesellschaften die schmähliche Behandlung der russischen Auswanderer durch die großen deutschen Schiffahrtsunternehmungen am Ende war, denn die Ausgewanderten haben den in der Heimat Zurückgebliebenen freulich Bericht über ihre Erfahrungen in deutschen Kontrollstationen, Auswanderungshallen und auf deutschen Schiffen erstattet. Mit schönen Versprechungen der deutschen Schiffahrtsgesellschaften wird jetzt nichts mehr ausgerichtet werden können, die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd werden sich schon dazu verstehen müssen, in den russisch-jüdischen Auswanderern künftig Kunden zu sehen, die für ihr teueres Geld nicht nur eine anständige, sondern eine sehr aufmerksame Behandlung verlangen, sie werden nun, da eine neue und sehr ausdehnungsfähige Konkurrenz im Zwischendeckverkehr entstanden ist, wohl auch direkte Konzessionen machen müssen, die sie sich früher billiger gestellt hätten, besonders wenn sie freiwillig zugestanden worden wären.

* * *

Metalle. Am Berliner Kupfermarkt war das Geschäft sehr gering. Bezahlt wurde für Julilieferung 125,50 M., für Dezember 127,25 M. und für April 128 M. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo.

*

Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt.

Wiederholt wurde in den letzten Wochen berichtet, daß es der deutschen Eisen- und Maschinenbauindustrie gelungen ist, bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten in England und Südafrika die englische Konkurrenz, die bis dahin für diese Lieferungen allein in Frage kam, erfolgreich zu schlagen. Jetzt liegt die Nachricht vor, daß in scharfer Konkurrenz mit englischen und amerikanischen Firmen sich die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.-G. bei der ausgeschriebenen Submission der Tottenham-Distrikt-Licht-, Hitze- und Kraftgesellschaft in England einen sehr wichtigen Kontrakt für die Lieferung und Errichtung eines 200 000 Kubikmeter fassenden Gasbehälters gesichert hat. Der Preis soll etwa ¾ Millionen Mark betragen. Auch das Material für die Stahlkonstruktion kommt aus Deutschland. Der leitende Ingenieur der den Auftrag vergebenden Gesellschaft äußerte sich u. a. dahin, daß das niedrigste englische Angebot um 12 Proz. höher gewesen sei, als das deutsche. Es handelt sich aber nicht etwa darum, daß eine schlechtere deutsche Arbeit gegenüber einer vollkommeneren englischen angenommen werde, denn der Gasometer werde gänzlich nach den Zeichnungen und Spezifikationen der Auftraggeberin konstruiert werden. — In den jüngsten Tagen wurde ferner gemeldet, daß die Taff-Vale-Eisenbahn sechs Lokomotiven von der Hannoverschen Maschinenbau-A.-G. für 20 000 Pfund Sterling bestellt hat. Die Lieferungsfrist und die Preisfrage waren für die Bestellung ausschlaggebend.

Das sind Beispiele für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, die, wie wir schon andeuteten, allein aus den letzten Wochen und Monaten sehr erheblich erweitert werden können. In Frage kommen dabei gerade Industriezweige, deren Vertreter mit am lautesten über die „unerträgliche" Belastung der deutschen Industrie durch Ausgaben für sozialpolitische Zwecke zetern. In Wirklichkeit sind besonders in den Großbetrieben die Ausgaben für die Arbeiterversicherungen auf die Gestaltung der Produktionskosten von einer verschwindend geringen Bedeutung, wo auch nur mäßige technische Fortschritte die Gestehungskosten verbilligen, fallen sie überhaupt nicht ins Gewicht.

*

Autoexport. Die Ausfuhr von Automobilen, die bereits im März eine Steigerung gegenüber dem Vormonat zeigte, ist im April weiter um rund 900 Doppelzentner auf 8272 Doppelzentner gestiegen. Gegenüber dem April 1913 ist aber noch ein wesentlicher Rückgang zu verzeichnen, da die Ausfuhr im vorigen Jahre 10 530 Doppelzentner betrug. Insgesamt sind in den ersten vier Monaten dieses Jahres 27 218 Doppelzentner gegen 34 622 Doppelzentner im Vorjahre exportiert worden. Der Wert des Exports ist um rund 7½ Millionen Mark zurückgegangen.

Petroleumgewinne. Die Holländische Königliche Petroleumgesellschaft erzielte in ihrem letzten Geschäftsjahre einen Bruttogewinn von 30,55 Millionen Gulden gegen 26,67 Millionen im Vorjahre. Erwähnt wird in dem Jahresbericht die weitere Ausdehnung des Konzerns namentlich durch eine neue russische Untergesellschaft. Die Dividende der Königlichen Petroleumgesellschaft, deren Hauptbesitz in Niederländisch-Indien liegt, beträgt 48 Prozent, gegen 41 Prozent im Vorjahre.

*

Börse.

Das Geschäft an der Berliner Fondsbörse zeigte auch zu Beginn der neuen Woche keinerlei Belebung. Die etwas günstiger lautenden Berichte von den Montanmärkten riefen einige Kauflust hervor. Als Paris festere Tendenz meldete, trat auch hier eine weitere leichte Befestigung ein, ohne daß aber größere Umsätze zustande kamen. Der Privatdiskont blieb unverändert für kurzfristige Wechsel 2⅞ Proz. und für langfristige Wechsel 2¾ Proz.

Parteiangelegenheiten.

Das Kaiserhoch.

Genosse Otto Rühle ersucht um Aufnahme des Folgenden:

In der Frage des Kaiserhochs handelt es sich — das ist der Kernpunkt der Ausführungen Heines, Gradnauers und auch Edmund Fischers in den Monatsheften — um eine „äußere Form", die das innere Wesen der sozialdemokratischen Politik nicht berührt. Das ist die nämliche Behauptung, von derselben Gefte der Geringschätzung begleitet, wie wir sie schon oft gehört haben: Budgetbewilligung, Hofgängerei, Besichtigung des „Vaterland", Extravaganzen in Baden, Hessen, Bayern usw. — alles „leere, äußere Form". Dabei wird vergessen oder verschwiegen, daß jede äußere Form naturgemäß der Ausdruck einer realen Sache ist. Im vorliegenden Falle der Ausdruck des demokratischen Prinzips und Endziels unserer Bewegung.

Wir haben wieder einmal eine Richtungsfrage und einen Richtungsstreit vor uns.

Der Kampf der Sozialdemokratie richtet sich in erster Linie gegen den Kapitalismus, gleichviel in welcher Herrschaftsform er auftritt — sagen Heine, Gradnauer, Fischer. Schön. Indem wir gegen den Kapitalismus kämpfen, bekennen und betätigen wir uns aber erst als Sozialisten. Sozialisten gibt es auch außerhalb der Sozialdemokratie. Der Unterschied zwischen ihnen und uns besteht darin, daß wir demokratische Sozialisten sind. Auf: demokratische liegt der Akzent. Erst dadurch werden wir aus Sozialisten zu Sozialdemokraten. Die Demokratie als politischer Ausdruck und gesellschaftliches Gefäß des Sozialismus, von uns erkämpft und organisiert, kann sich konsequent und vollendet nur in der Republik verkörpern und ausleben. So stellt sich uns im Sozialismus das wirtschaftliche, in der Demokratie das politische Moment unserer Bewegung dar. Beide geben ein Ganzes, sind koordiniert.

Eine Diskussion darüber, ob Monarchie oder Republik jeweilig bessere oder schlechtere Staatsformen sind — wie Gradnauer es versucht und Bebel in Amsterdam es tat — kann es für einen Sozialdemokraten nur geben, wenn er sich für den Augenblick der Diskussion auf den Boden des Gegebenen stellt, also das heutige System eo ipso voraussetzt. In solchem Falle wird man die von Gradnauer zitierten Sätze Bebels durchaus unterschreiben können. Aber sie haben keine Allgemeingültigkeit. Sobald man als Sozialdemokrat das gegenwärtige System verneint, den Kapitalismus bekämpft, gibt es keine Wahl mehr: der politische Ausdruck des Sozialismus kann nur die Demokratie, die Republik (natürlich nicht die bürgerliche Schein-Demokratie und plutokratische Republik, sondern die sozialistisch fundierte, nur auf der Basis des Sozialismus mögliche Demokratie und Republik) sein.

Wer nun als Sozialdemokrat die Politik auffaßt als die Kunst, das im Rahmen der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Mögliche zu erreichen — wem die Bewegung alles ist und „positive Gegenwartserfolge", wie auch immer erkauft, mehr gelten als revolutionäre Zukunftsziele — der wird über die Frage Monarchie oder Republik achselzuckend hinwegsehen und mit Gradnauer sagen: eins oder das andere kann besser oder schlechter sein, wie's trifft. Wozu also gegen die Monarchie demonstrieren? Und warum nicht zu Hofe gehen? Und weshalb das Budget verweigern? ... Das ist ja alles, alles nur „äußere Form".

Wer aber als Sozialdemokrat, ohne den Wert der (allerdings ohne Preisgabe von Prinzipien erzielten) Augenblickserfolge zu verkennen, bei all seinen politischen Entschließungen und Entscheidungen das revolutionäre Endziel im Auge behält, sich fragend: wie wirkt deine Politik nicht bloß für heute und morgen und die nächste Reichstagswahl, sondern für die Ueberwindung des Ganzen, für die Erreichung des sozialistischen und demokratischen Endziels, — der wird ebenso entschieden wie den Sozialismus auch die Demokratie betonen müssen. Für den ist die Frage Monarchie oder Republik keine untergeordnete Frage mehr. Der Ruf: Nieder mit dem Kapitalismus! übersetzt sich ihm von selbst in den Ruf: Her mit der demokratischen Republik!

In diesem Gegensatz liegt der Unterschied zwischen den Auffassungen Heines, Gradnauers, Fischers u. a. auf der einen und mir und meinen Freunden auf der anderen Seite bedingt.

Nun haben die bürgerlichen Parteien das Bedürfnis, gelegentlich den Kaiser hochleben zu lassen. Das ist bei ihren wirtschaftlichen und politischen Interessen verständlich und ihr gutes Recht. Sie pflegen auch den Reichstag mit einem Kaiserhoch zu öffnen und zu schließen. Dagegen wäre ebenfalls nicht das mindeste einzuwenden, wenn sie allein den Reichstag bildeten. Es sitzen aber Sozialdemokraten darin, deren demokratisch-republikanische Gesinnung ihnen bekannt ist. Die einfachste Pflicht des Taktes und der Höflichkeit, die jeder gebildete Mensch, der die redliche Ueberzeugung des anderen zu respektieren weiß, ohne weiteres erfüllt, müßte sie abhalten von einer Demonstration, die hier wie eine Provokation wirken muß. Nichts von alledem, die Junker und Bourgeois schreien Hoch! Die schärfste Antwort auf solche Brüskierung wäre auf Seiten der Sozialdemokratie eine Gegendemonstration: Hoch die Republik! Ich persönlich wäre ganz damit einverstanden, denn auf einen Schelm gehört anderthalber. Unsere Fraktion hat sich für diese Antwort bisher nicht entschließen können, sondern hat, weil ihr die Situation peinlich war und sie die Unhöflichkeit der Gegner durch Ignorierung am wirksamsten zu parieren glaubte, vor dem Kaiserhoch regelmäßig den Saal verlassen. Mit der Länge der Zeit und je stärker die Fraktion wurde, hat man diese Flucht, die stets unter Gelächter und höhnischen Zurufen der Gegner erfolgte, als unwürdig empfunden. Als schließlich dazu eine Ueberrumpelung unserer Fraktion kam, wurde die wiederholt angeschnittene Frage einer Revision unseres Verhaltens beim Kaiserhoch akut; nach langen und lebhaften Diskussionen und nachdem der Termin der Abstimmung wochenlang vorher bekannt gegeben war, wurde mit geringer Mehrheit der bekannte Beschluß gefaßt (der trotz strengsten Schweigegebots zur Kenntnis der Gegner kam) und durchgeführt.

Der Beschluß der Fraktion bedeutet nichts anderes als die einfache Selbstverständlichkeit, zu der sich auch Gradnauer bekennt. Wörtlich sagt er in seinem Artikel: „Wenn die bürgerlichen Parteien des Glaubens sind, durch Hochrufe auf Fürsten ihre Gesinnung zeigen zu sollen, so kann uns Sozialdemokraten das außerordentlich gleichgültig sein." Nun gut, was hat die Fraktion anders getan, als sich gleichgültig verhalten. Sie hat nicht durch Gegenhochs demonstriert, noch hat sie der Szene durch fluchtartiges Davonlaufen irgendwelche Wichtigkeit beigemessen. Sie ist einfach in der Verfassung geblieben, in der sie sich bis dahin befand. Sie hat schweigend dagesessen, während die anderen standen und hochriefen. Es war ihr alles das „außerordentlich gleichgültig" — um mit Gradnauer zu reden. Und darum die Aufregung in und außerhalb der Fraktion? Darum die Preßpolemiken? und das bei Sozialdemokraten, Republikanern, „Todfeinden dieser Gesellschaft"? Ich wundere mich nur ... ach nein, ich wundere mich über nichts mehr in der Partei. Nur darüber würde ich mich wundern, wenn die arbeitenden Massen, auf deren blutigen Rücken all die entsetzlichen und opfervollen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, Klassenherrschaft und Volksfreiheit ausgefochten werden, die klare, bewußte und bei alledem noch gemäßigte Haltung der Fraktion nicht verstehen und billigen würden.

Daß der Beschluß mit geringer Mehrheit gefaßt wurde, ist richtig; ich bedauere das. Aber bei der ungefähr gleichen Stärke beider Richtungen in der Fraktion sind knappe Mehrheiten unvermeidlich und oft schon vorgekommen, ohne daß dabei die Rechte jemals Veranlassung genommen hätte, auf ihre Siege zu verzichten. Gerade als Antwort auf Gradnauers Appell an die Rücksicht der Mehrheit möchte ich ihn an die Behandlung der in der Minderheit gebliebenen Linken durch die Rechte erinnern, als sie, nachdem durch einen Artikel der Kreuz-Zeitung in der Frage des Wehrbeitrags eine neue Situation geschaffen worden war, auch nur die Wiederaufnahme der Diskussion verlangte. Im übrigen hätte Gradnauer — meine ich — keinen Grund, sich durch den Beschluß der Fraktion besonders beschwert zu fühlen, da er, meines Wissens, den Beschluß für seine Person dadurch außer Kraft gesetzt hat, daß er neben David, Frank, Südekum, Noske, Edmund Fischer, Rauch u. a. dem Schlußakt fernblieb.

Die Organisationen zum Kaiserhoch.

Eine Konferenz des 1. braunschweigischen Reichstagswahlkreises nahm folgende Resolution zur Stellung unserer Reichstagsfraktion zu dem Kaiserhoch und zur Besoldungsvorlage einstimmig an: „Die Kreiskonferenz des 1. braunschweigischen Reichstagswahlkreises stimmt dem Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Frage des Kaiserhochs ausdrücklich zu und verlangt, daß sie in Zukunft immer so handle wie beim Schluß der letzten Session. — Ferner erklärt die Kreiskonferenz ihre Uebereinstimmung mit der Fraktion in der Frage der Besoldungsordnung, und weist die von zwei Berliner Reichstagskandidaten in der Neumark gegen die Fraktion erhobenen Vorwürfe als völlig unberechtigt zurück."

Die Generalversammlung des Zentralwahlvereins für Teltow-Beeskow erklärte durch einstimmige Annahme einer Resolution ihr Einverständnis mit dem Verhalten der Reichstagsfraktion beim Kaiserhoch am Schluß der Session. Außerdem beschloß sie: „Im Interesse der geistigen Anregung des Parteilebens Berlins, sowie entsprechend dem demokratischen Charakter der Partei, die ihre wichtigsten Fragen und Entscheidungen den breiten Kreisen ihrer Mitglieder unterbreiten muß, ist auf die Tagesordnung jeder ordentlichen Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin außer den geschäftlichen Berichten und Wahlen die jeweilig wichtigste politische Frage mit entsprechendem Referat zu setzen."

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik.

In der bürgerlichen Presse war behauptet worden, der Reichstagsabgeordnete für den Rudolstädter Wahlkreis, Genosse Artur Hofmann in Saalfeld, habe in einem Vortrage über obiges Thema in der Kreisgeneralversammlung unserer rudolstädtischen Parteiorganisation von einer Wandlung der Sozialdemokratie in der Frage der Kolonialpolitik gesprochen. In der Parteipresse setzte auf Grund dieser Mitteilungen eine Diskussion ein, die sich in der Hauptsache auf einzelne zusammenhanglose Sätze stützte, die aus dem Bericht über diesen Vortrag dem Saalfelder Volksblatt entnommen waren.

Genosse Hofmann veröffentlicht nun eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß er nie behauptet hat, die Fraktion habe beschlossen, Parteigenossen zum Studium nach den Kolonien zu schicken. Er hat nur erwähnt, daß eine ähnliche Idee in der Fraktion wiederholt aufgetaucht sei. Er habe auch seinerzeit bei Besprechung der Einladung der Dampferlinien zum Besuch der Kolonien gelegentlich der Eröffnung der Tanganjikabahn gegen die Annahme dieser Freifahrtgelegenheit gestimmt und stehe selbst auf dem Standpunkt, daß das eventuelle Studium der kolonialen Verhältnisse absolut nichts mit der prinzipiellen Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik zu tun habe. Das habe er auch in seinem Vortrage zum Ausdruck gebracht, was übrigens auch aus dem Bericht des Saalfelder Volksblattes in dem folgenden Satze hervorgehe, der allerdings von der bürgerlichen Presse unterschlagen worden sei:

„Das könne aber nicht im Gefolge haben, daß wir der Kolonialpolitik, wie sie letzten Endes Regierung und bürgerliche Parteien gutheißen oder entschuldigen, irgendwelche Konzessionen machen, sondern wir müssen versuchen, durch eine schonungslose Kritik dieser unter spezieller Berücksichtigung kapitalistischer Profitmacherei betriebenen „Kolonisation" die Giftzähne auszubrechen."

Weiter erklärt Genosse Hofmann noch, daß es ihm niemals eingefallen sei, in irgendwelche Kolonialschwärmerei zu verfallen; er würde vielmehr ebenfalls für eine Liquidation der Kolonien sein, wenn es in unserer Macht stände. „Es ist eben mit den Kolonien wie mit der ganzen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, auch diese würden wir ja — stünde es in unserer Macht — lieber heute als morgen liquidieren." Auch diese studieren und untersuchen wir wissenschaftlich, um sie gründlicher und besser bekämpfen zu können. Schließlich kündigt Genosse Hofmann an, daß er mit dem Reichstagsabgeordneten Genossen Daudert, der ebenfalls an der Kreisgeneralversammlung in Stadilm teilnahm, übereingekommen sei, den Vortrag in Broschürenform herauszugeben.

Quittung. Für den Wahlfonds des 6. Kreises von Huble Striesen 10.— M.
Kahmann.

Vereinskalender für Mittwoch.

Deutscher Metallarbeiterverband. Dresden und Umg. Zigarettenmaschinenführer: abends 6½ Uhr Versammlung im kleinen Volkshaussaal zu Dresden.

4. Kreis. Bezirk Leipzig. Abends 9 Uhr Gruppensitzung in Körners Restaurant, Leipzig.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140609/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Gelber Zahlenschwindel.

In unserem gestrigen Bericht über die Tagung des gelben Bundes deutscher Werkvereine beleuchteten wir auch kurz das Jonglieren mit Zahlen, das von den gelben Helden gern geübt wird, um ihre Kolonnen stärker erscheinen zu lassen als sie tatsächlich sind.

Es trifft sich nun gut, daß gerade jetzt ein neues Buch über die gelben Werkvereine in Frankreich kommt, das von keinem Freunde der „Streikvereine" geschrieben ist und sich auf ein reiches Originalmaterial stützt.* Der Verfasser ist offensichtlich ein scharfer Gegner der in der Confederation general du Travail vereinigten revolutionären Arbeitersyndikate, wenn auch kein Feind der Arbeiterkoalitionen überhaupt. Er hat ein umfangreiches Quellenmaterial durchgearbeitet, um zu einer sachlichen Würdigung der antirevolutionären Syndikate zu kommen. Sagen wir es gleich: Sein Urteil lautet: Die Gelben haben am Ausgang des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts in wichtigen französischen Industriegebieten einen überraschend starken Aufschwung genommen, haben eine Reihe von Jahren bei den reaktionären Parteigruppen (Großkapitalisten, katholischem Klerus, chauvinistischen Revancheschreiern) große Hoffnungen erweckt, darum ihre reichliche finanzielle Unterstützung gefunden und sind heute schon so gut wie erledigt! Feßmann erklärt, namentlich gelte das von den gelben Syndikaten, die sich am offensten als Schutztruppen der Unternehmer gegen die Waffe des Streiks aussprachen, also prinzipiell den Streikbruch proklamierten. Wohl schossen sie, meistens anläßlich von Streikbewegungen, schnell in die Höhe, aber nach wenigen Jahren trat schon der Rückschlag ein. Es ist bezeichnend für die Lage, daß Feßmann im letzten Abschnitt seines Buches daran geht, „eine Charakteristik . . . der Trümmer der gelben Bewegung" in Frankreich zu geben.

Mit Rücksicht auf das Reklamegeschrei der deutschen Nachfolger der Lanoir und Biétry (die beiden meistgenannten Gelbenführer Frankreichs, auch sie sind beide schon erledigt) sind die Mitteilungen Feßmanns über die ziffernmäßige Stärke der Gelben in Frankreich aktuell. Als im September 1901 Paul Lanoir mit Unterstützung von großindustrieller Seite (es sollen 100 000 Frank geschenkt worden sein) die „unabhängige Arbeiterbörse" in Paris eröffnete, gab er an, 65 Vereine, 87 000 gelborganisierte Arbeiter ständen hinter ihm. Feßmann hat dieser Zahl nachgeforscht, und verweist sie „in das Gebiet der Fabel". Im Dezember 1901 sprach Lanoir von ihm anhängenden 211 Werkvereinen mit 97 150 Mitgliedern. Eine Nachprüfung ergab, daß es im günstigsten Falle 20 bis 25 000 waren. Auf dem im März 1902 in Paris abgehaltenen ersten französischen Gelbenkongreß sollten nach der Eröffnungsrede Lanoirs „1584 Gewerkvereine mit 590 096 Mitgliedern" vertreten sein. Tatsächlich waren Hunderte von Vereinen angemeldet, die gar keinen Gewerkvereinscharakter trugen, die Kongreßarrangeure hatten, auch vorbildlich für die klerikal-konservativen Veranstalter des „nationalen Arbeiterkongresses" für Deutschland, alle möglichen Vereinigungen eingeladen, um mit einer großen Zahl zu prunken. Feßmann stellt fest: „In Wirklichkeit hat die Anzahl der auf dem ersten Kongreß vertretenen gelborganisierten Arbeiter nicht einmal 20000 ganz erreicht!" Die Gelbenzüchter hatten also einen ungeheuerlichen Zahlenschwindel getrieben.

Der Nachfolger Lanoirs, Pierre Biétry, verstand den Schwindel nicht minder gut. Biétry versuchte es zunächst mit einer „nationalsozialistischen" Gründung, machte dem Sozialismus allerhand Konzessionen, mußte aber die Erfahrung machen, daß dieser Bluff nicht zog. Außerdem gaben die Großindustriellen und Kleriker für nationalsozialistische Experimente kein Geld her. Biétry löste denn auch bald den nationalsozialistischen Bund auf und begab sich allmählich ganz auf die „gelben Richtlinien". Nunmehr floß ihm zwar das Geld von den reaktionären Parteien zu, aber mit der Entwicklung eines starken Gelbenbundes wurde es wieder nichts. Um seinen Geldgebern das Opfern für die „nationale Sache" schmackhafter zu machen und um sich als der einflußreiche Führer einer „mächtigen Bewegung" erscheinen zu lassen, schwindelte Biétry das Blaue vom Himmel herunter. Er arrangierte im November 1904 nach Lanoirs Muster in Paris einen Kongreß aller antisozialistischen Gewerkvereine Frankreichs. Auf ihm sollen „zusammen 322 000 Arbeiter" vertreten gewesen sein, u. a. 214 Gewerkvereine. Feßmann stellt fest, daß zunächst einmal gewisse Mitgliedschaften doppelt gezählt wurden — was bekanntlich auch auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongreß für Deutschland konsequent geschieht — und daß die Nachprüfung der angeblich vertretenen Mitgliederziffern an Hand der amtlichen Statistik ergebe, daß nur 167 Vereine mit zusammen 22 102 Mitgliedern vertreten gewesen sein können. So ähnlich verhielt es sich mit der angeblichen und der wirklichen Stärke der auf den nachfolgenden Gelbenkongressen vertretenen „Bewegung". Die Biétry und Genossen machten fortgesetzt schwindelhafte Reklame, gaben 100 000 Mitglieder an, wenn auch keine 10 000 wirklich existierten, verbrauchten heidenmäßig viel Geld, gespendet von Großindustriellen und Klerikern, für ihre gelben Zeitungen und „Arbeitsbörsen", bis der tolle Schwindel jählings zusammenbrach. Im Mai 1908 wurde der Biétrysche gelbe Nationalverband aufgelöst. Feßmann schreibt, die gelbe Bewegung habe das Interesse der Oeffentlichkeit „weniger durch praktische Erfolge als durch die außerordentlich gewandte Reklame" erweckt. Einen wirklichen Einfluß habe sie auf die französische Arbeiterbewegung nicht ausgeübt.

Ohne die finanzielle Unterstützung der Großindustriellen hätten die französischen Gelben überhaupt nicht leben können. In derselben Lage befinden sich die augenblicklich mit großen Zahlen prunkenden Gelben in Deutschland. Auch ihre Bäume werden nicht in den Himmel wachsen!

* Dr. Karl Feßmann: Gelbe Werkvereine in Frankreich. Syndicats Jaunes. Berlin — Verlag von L. Stenion. 1914.

Aus der Umgebung.

Der Tarif der Friseurgehilfen und die Meister im Plauenschen Grunde.

Die Sektion Plauensche Grund des Verbandes der Friseurgehilfen hielt am 4. Juni in Döhlen eine Versammlung ab, in der nach einem Bericht über die Ergebnisse der Bezirkskonferenz in Leipzig die Versuche der Unternehmer, die tariflichen Vereinbarungen zu durchbrechen, erörtert wurden. Das einleitende Referat hielt Kollege Frenzel, der folgendes ausführte:

Durch den Abschluß von Tarifverträgen mit vielen Meistern glaubte der Verband den Frieden auf längere Zeit gesichert zu haben. Das Verhalten der Barbiermeister nach dem Tarifabschluß zwingt uns aber, einen Kampf um die Innehaltung des Tarifvertrags aufzunehmen. Oder glauben die Herren etwa, den Vertrag nur während der Zeit des Kampfes unterschrieben zu haben, um der Arbeiterschaft des Plauenschen Grundes empfohlen zu werden? Schon die Verhandlung während der Lohnbewegung zeigt das „arbeiterfreundliche" Verhalten der Herren Klopsch und Lippmann, Deuben, sowie Walter, Niederhäslich, der einem jungen ausländischen Gehilfen den horrenden Lohn von 6 M. nebst Kost und Logis gewährte. Dafür hat sich der Gehilfe auch noch gefallen zu lassen, daß sein Schlafraum als „Damenfriseursalon" gebraucht wird. Die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges wird durch solche Fälle noch dringender als je. Den Herren Thümmler und Däbritz, Potschappel, fällt es gar nicht ein, den unterschriebenen Tarif inne zu halten und bei Bedarf die Arbeitskräfte vom Nachweis des Verbandes zu beziehen. Noch einige solche „tarifbrüchige" Meister könnten genannt werden. Doch war der Referent der Meinung, daß durch geschlossenes Vorgehen der Kollegen neue Tarifabschlüsse erreicht und die Tarifbrüchigen wieder bewegt werden können, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Die Diskussion war sehr lebhaft. Allseitig wurde bedauert, daß man viel zu lange Geduld gegenüber den Herren geübt habe, zum Schaden der Gehilfen. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Vorarbeiten zur Wiederaufnahme des Kampfes in schärfster Form in die Wege zu leiten. Der sofortigen Herausgabe eines Flugblattes in größerer Auflage wurde zugestimmt.

Achtung, Glasarbeiter

Die Firma Max Fröhlich in Radeberg sucht in den Neuesten Nachrichten unorganisierte Fassettenschleifer. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Firma mit ihren Schleifern in Differenzen steht. Sie wünscht Schleifer, mit denen sie nach Belieben verfahren kann. Sehr oft mußten die Arbeiter von Unternehmer hören, sie hielten nicht auf das Geschäft, sobald die Schleifer nicht gewillt waren, billiger und unter Tarif zu arbeiten. Das Ganze läuft darauf hinaus, in der Krise die Löhne herabzudrücken. Es ist deshalb Pflicht aller Schleifer, den Zuzug von Radeberg fernzuhalten, bis die Differenzen geregelt sind und Herr Fröhlich sich bequemt, nicht danach zu fragen, ob die Arbeiter organisiert sind oder nicht.

Zentralverband der Glasarbeiter.
Ortsverwaltung Radeberg.

Achtung, Steinarbeiter!

Der Streik bei der Firma Sächsische Marmorwerke, A. Gieseler in Niederhäslich bei Deuben, dauert fort. Alle Arbeitsangebote dieser Firma sind zurückzuweisen.

Zentralverband der Steinarbeiter.
Ortsverwaltung Dresden.

Inland.

Elsaß-lothringische Gewerkschaftskonferenz.

Am 7. Juni tagte in Straßburg i. Els. die Siebente elsaß-lothringische Gewerkschaftskonferenz, die von 64 Delegierten besucht war.

Aus dem Bericht des Gewerkschaftssekretärs Imbs ist ersichtlich, daß seit dem vorletzten Kongreß im Jahre 1908 recht schöne Erfolge zu verzeichnen sind. Betrug die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Jahre 1909 18 859, so fiel diese Zahl im Jahre der härtesten Krise (1910) auf 16 828, stieg dann aber im Jahre 1912 bereits auf 21 000 und erreichte im Jahre 1914 ihren höchsten Stand mit 25 000 organisierten Arbeitern. Straßburg, die größte Stadt des Reichslandes, zählt allein 14 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. An den mit Beifall aufgenommenen Geschäftsbericht schloß sich eine längere Debatte, in der von Wagner (Bauarbeiter) und vom Vertreter der Generalkommission Kube hervorgehoben wurde, daß den sozialen Wahlen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Gewerkschaftssekretär Imbs und Schulenburg (Metallarbeiter) betonten, daß in fast allen Orten gute Resultate bei den Wahlen gezeitigt wurden. Von mehreren Rednern wurden die Verhältnisse in den kleineren Ortschaften, in denen die christlichen Gewerkschaften an der Geistlichkeit eine tatkräftige Stütze finden, näher erörtert.

In der Nachmittagssitzung referierte Arbeitersekretär Wicky (Mülhausen) über die Arbeitslosenunterstützung in Elsaß-Lothringen und empfahl folgende Resolution:

„In Erwägung, daß die Arbeitslosenfürsorge eine der wichtigsten sozialen Aufgaben der heutigen Zeit ist, bedauert die Siebente elsaß-lothringische Gewerkschaftskonferenz, daß die bürgerliche Mehrheit des elsaß-lothringischen Landtages den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, 200 000 M. zur Unterstützung der Arbeitslosen in das Landesbudget einzustellen, abgelehnt hat. In der Behauptung bürgerlicher Redner und des Herrn Staatssekretärs, daß das Problem der Arbeitslosenfürsorge nicht genügend geklärt und deshalb der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion nicht durchführbar sei, sieht die Gewerkschaftskonferenz nur eine Ausrede."

Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Zu dem nächsten Punkt der Tagesordnung „Gefährdung des Koalitionsrechts" nahm die Konferenz eine Resolution einstimmig an, in der gegen das Treiben der Scharfmacher, durch lügenhafte und aufgebauschte Terrorismusfälle die Reichsregierung scharf zu machen, protestiert wird. Die Konferenz verurteilt das Vorgehen einzelner Bundesstaaten, auf Umwegen den Arbeitern das Koalitionsrecht nehmen zu wollen; sie verlangt eine Erweiterung des Koalitionsrechts durch Reichsgesetz und fordert vom elsaß-lothringischen Landtag, daß er etwaigen Versuchen der elsaß-lothringischen Regierung, das Koalitionsrecht zu schmälern, mit aller Energie entgegentreten soll.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Ein Antrag, die Gewerkschaftskonferenz mindestens aller zwei Jahre stattfinden zu lassen, entgegen dem Regulativ, das vorsieht, daß die Konferenzen nach Bedarf einberufen werden sollen, wurde ebenso wie eine Anregung, für das französische Sprachgebiet des Landes ein Gewerkschaftsblatt in französischer Sprache herauszugeben, wieder zurückgezogen. Mit dem Wunsche, auch für die Zukunft alle Kraft für die Ausbreitung des Organisationsgedankens einzusetzen, schloß Imbs die anregend verlaufene Konferenz.

Gipsarbeiterstreik in Osterode am Harz.

Seit fünf Wochen stehen die Gipsarbeiter im Streik, der mit seltener Erbitterung geführt wird. 1911 war es dem Fabrikarbeiterverband gelungen, für drei Betriebe mit 80 Arbeitern einen Tarif abzuschließen. Die Tariflöhne waren den Betriebsverhältnissen angepaßt und schwankten zwischen 26 und 36 Pfennig. Den Höchstlohn bekam aber nur ein kleiner Teil der Arbeiter. Der durchschnittliche Stundenlohn betrug 31 Pfennig. Der alte Tarif war am 30. April 1914 abgelaufen. Obwohl die Unternehmer während der Tarifzeit manchmal die größten Schwierigkeiten machten, waren die Arbeiter bereit, wenn irgend möglich, einen neuen Tarif abzuschließen. Am 1. Februar 1914 wurde der Tarif gekündigt und ein neuer Tarifentwurf an sechs Betriebe mit 140 Arbeitern eingereicht. Die Unternehmer erklärten den Tarif für unannehmbar; bei Erfüllung der Forderung müßten sie ihre Betriebe schließen. Sie verwiesen die Arbeitervertreter an den Sekretär des Unternehmerverbandes. Die mit diesem geführten Verhandlungen waren ohne jeden Erfolg. Als dann die Arbeiter in den einzelnen Betrieben durch Kommissionen verhandeln ließen, machten die Unternehmer Angebote, die direkt aufreizend waren. In einzelnen Betrieben wurde ein Pfennig Lohnzulage geboten. Daher kam es zum Streik. Die Unternehmer bekamen nach einigen Tagen Streikbrecher, Italiener und Hamburger, die einen Lohn bekommen, der für örtliche Verhältnisse einzig dasteht. Die Brucharbeiter erhalten 6 M. Tagelohn garantiert, die Mühlenarbeiter 3,50 M. bei voller Kost und freiem Logis. Auch bei diesem Streik engagiert sich die Polizei sehr stark. Bei Beginn des Streiks wurde die Gendarmerie verstärkt. Wiederholt wurden Streikposten von ihren Plätzen verwiesen. Die Gendarmen beriefen sich bei ihrem Vorgehen auf eine Verfügung des Landrats von Osterode. Auf keinen Fall werden die Streikenden aber auf das Recht des Streikpostenstehens verzichten. Auf Beschuldigung eines Streikbrechers hin wurde ein Streikender zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Trotz aller dieser Verfolgungen lassen sich die Streikenden nicht beirren.

Kleine Nachrichten aus der Gewerkschaftsbewegung.

In Homburg v. d. H. haben die Arbeiter der Taunus-Quarzitwerke Köppern die Arbeit eingestellt, weil ihnen eine kleine Lohnerhöhung verweigert wurde. Der Lohn der Arbeiter beträgt im Jahresdurchschnitt 900 bis 1050 M., in diesem Jahre sogar nur 17 M. wöchentlich. Zuzug nach den Saalburg-Taunus-Quarzitwerken ist fernzuhalten.

Der Streik der Maler in Koblenz zeigt immer noch die gleiche Situation. Die von den Unternehmern herangezogenen Arbeitswilligen konnten immer wieder zur Abreise veranlaßt werden. Einige Unternehmer erklärten sich zur Bewilligung des geforderten Stundenlohnes von 50 Pfennig bereit. Die Streikenden lehnten dieses Teilangebot aber ab, da sie die Anerkennung des Tarifvertrages verlangen.

Ausland.

Generalstreik.

Rom, 8. Juni. Infolge des Generalstreiks hat hier seit den ersten Nachmittagsstunden der gesamte Trambahn- und Droschkenverkehr ausgesetzt. Die Ruhe in der Stadt wurde bisher gewahrt. Die wichtigsten Gebäude werden militärisch besetzt.

Parteiangelegenheiten.

Aus dem Stuttgarter Parteileben.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart vom 8. Mai soll der Vorsitzende, Genosse Westmeyer, die Erläuterung des Vorstandsberichts zu gehässigen und beleidigenden Angriffen auf die Landtagsfraktion oder die Mehrheit ihrer Mitglieder benutzt haben. Er soll erklärt haben, in der Landtagsfraktion sei der Gedanke einer Demonstration in der Arbeitslosenfrage aufgeworfen und der Gewerkschaftsvorstand aufgefordert worden, unter Ausschaltung der Parteileitung gemeinsam mit den Christen und Hirschen eine Demonstration zu veranstalten. Ferner soll Westmeyer behauptet haben, er und zwei andere Fraktionsmitglieder seien von einem „Fraktionsessen" ausgeschlossen worden.

Gegen diese Aeußerungen wendet sich nun der Vorstand der Landtagsfraktion in der Schwäbischen Tagwacht vom 6. Juni in einer längeren Zurückweisung, aus der folgendes mitgeteilt sei:

„Der Landtag hatte vier Tage über die Arbeitslosenversicherung debattiert und mit Dreiviertelmehrheit seinen früheren Beschluß erneuert, von der Regierung eine Vorlage zu verlangen. Das Ortskartell Stuttgart der christlichen Gewerkschaften hatte in einer Eingabe dieselbe Forderung erhoben. Mit den Rednern unserer Fraktion waren Abgeordnete, die als Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gelten, für die staatliche Arbeitslosenfürsorge eingetreten. Die Regierung widersetzte sich dem gefaßten Beschluß. Diese Situation veranlaßte ein Mitglied der Fraktion, zu der im Privatgespräch mit einem anderen gegebenen Anregung, nunmehr durch eine Kundgebung aller Stuttgarter Gewerkschaften ohne Unterschied der Richtung einen Druck auf die Regierung auszuüben. Kundgebungen ähnlicher Art sind in anderen Städten schon öfters veranstaltet worden, so erst kürzlich in Berlin. Doch wurde von dem betreffenden Fraktionsmitglied der Gedanke nicht weiter verfolgt, nachdem ihm bekannt geworden, daß in Gewerkschaftskreisen mit Rücksicht auf das lokale Verhältnis der verschiedenen Organisationen zu einander Bedenken dagegen bestanden. Die Fraktion hat sich mit der Frage nicht befaßt."

Ferner wird in der Zurückweisung gesagt, ein „Fraktionsessen" habe überhaupt nicht stattgefunden. Vielmehr habe nur „eine Anzahl persönlicher Freunde des Genossen Hildenbrand innerhalb und außerhalb der Fraktion seine Anwesenheit in Stuttgart dazu benutzt, bei einem Mittagessen in einem öffentlichen Restaurant einige Stunden mit ihm zu verbringen".

Endlich zitiert die Erklärung des Fraktionsvorstandes noch eine Notiz der Solinger Arbeiterstimme mit der Ueberschrift „Eine Niederträchtigkeit", in der mit außerordentlicher Schärfe gegen den württembergischen Landesvorstand und die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten in Württemberg polemisiert wird. In der Erklärung wird zu den Angriffen des Solinger Parteiblattes gesagt:

„Die Fraktion begnügt sich, diese Anwürfe niedriger zu hängen, und hat beschlossen, den Schutz des Parteivorstands für ihre beleidigten Mitglieder in Anspruch zu nehmen." — Zu dieser Zurückweisung des Fraktionsvorstandes erklärt Genosse Westmeyer in der Schwäbischen Tagwacht vom 8. Juni, die von der Fraktionsmehrheit gegebene Darstellung entspreche der Wirklichkeit nicht. Er lehne es aber ab, die Polemik fortzuführen zu einer Zeit, da die Partei sich im schweren Kampfe mit den bürgerlichen Gegnern befindet; die Antwort werde an zuständiger Stelle erfolgen.

In derselben Nummer des Stuttgarter Parteiblattes bedauern die Genossen Fr. Engelhardt und P. Hoschka, daß durch die Zurückweisung den Gegnern neues Material gegen die Partei geliefert werde, und sie betonen, daß sie sich gegen die Veröffentlichung ausgesprochen haben.

Wir beschränken uns darauf, über den neuen Konflikt im Stuttgarter Parteileben zu referieren, verzichten aber auf eine Einmischung in dieses unfruchtbare Parteigezänk.

Volksbuchhandlung Dresden-A.
Wettinerplatz 10/11

Wir empfehlen:

Die neuen Gemeindegesetze für Sachsen

Textausgabe der Landgemeindeordnung in der neuen Fassung vom 11. Juli 1913 und der neuen Gemeindesteuergesetze (Gemeinde-, Schul- und Kirchensteuergesetz) vom gleichen Tage sowie der Ausführungsverordnung zu den Gemeindesteuergesetzen vom 1. Oktober 1913

Herausgegeben vom Landesvorstand. Preis 50 Pf.

Ferner:

Die Landgemeindeordnung
Ein Führer
durch die Gemeindegesetze Sachsens

Im Auftrage des Landesvorstandes bearbeitet von Otto Uhlig — Preis 1.25 M.

Kraft und Widerstandsfähigkeit auf seine Nachkommen übertragen, und bei Gefüttung und gelegentlicher Infektion ist Vollruhe und Arbeitsentziehung bis zum Ausgleich zu beobachten. Der Wechsel des Berufs erscheint nur dann geboten, wenn er zu den Berufen gehört, für die eine hohe Tuberkulosebeständigkeit charakteristisch ist. Um einer Verschlimmerung der Tuberkulose rechtzeitig zu erkennen, ist die ärztliche Kontrolle der Entlassenen regelmäßig auszuüben. Die ärztlichen Untersuchungen sollen jährlich mindestens einmal stattfinden und für die Versicherten kostenlos sein. Wiederholungskuren sind, wenn nötig, zu empfehlen, und zwar auf die Dauer von sechs bis acht Wochen. Das weibliche Geschlecht bedarf bei der Entlassung besonderer Vorsorge. Kinder gebrillter jungen Mädchen ist bei Eingehen einer Ehe für die nächsten zwei Jahre zu widerraten, für die gleiche Zeit Frauen der Eintritt einer Schwangerschaft. Diese bedeutet für nicht geheilte aus der Heilstätte Entlassene sogar eine gewisse Gefahr. Dem Vorschlag, die Heilstättenbehandlung zu verschärfen nach unseren Kolonien, und zwar nach geeigneten Gebieten von Deutschsüdwestafrika, ist auf das entschiedenste zu widerraten. Das Klima in Südwestafrika ist für die Tuberkulosebehandlung wenig günstig. Alles ist dort kostspieliger und das Leben ist weiter Strapazen. Auch in Deutschostafrika, Kamerun und Togo würde das tropische Klima einen ungünstigen Einfluß ausüben. Die Versicherungsanstalten sollten sich nicht in kolonial-therapeutische Abenteuer einlassen. Außerdem brauchen wir ein gesundes Kolonialvolk. Dagegen ist die innere Kolonisation, die Ansetzung von aus der Heilstätte Entlassenen in Deutschland als Landvolke oder landwirtschaftliche oder gewerbliche Arbeiter auf dem Boden vom ärztlichen Standpunkte aus zu begrüßen.

Der zweite Referent, Magistratsrat Mädling-Eichwalde bei Berlin, sprach über die sozialpolitische Seite des Problems. Durch die Beschränktheit der Mittel sind der sozialen Fürsorge gewisse Grenzen gezogen. (Das alte Lied! D. R.) Nur ein Zehntel der gesamten Lungenkranken wird in Heilanstalten behandelt, neun Zehntel befinden sich innerhalb der Familie usw. Bei vielen, die von den Heilanstalten als geheilt entlassen worden waren, hat sich nachher eine große Zahl als Wiederkranke gemeldet, bis zu 80 Prozent. Der Redner empfiehlt als Mittel gegen die Tuberkulose die Hebung der wirtschaftlichen Lage und als spezielle Maßregeln Wohnungsfürsorge und gemeindliche Fürsorge.

Nach einer weiteren Diskussion über die wirtschaftliche Unterbringung der „Halbkranken", die wiederum den unsozialen Charakter unserer privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung aufdeckte, wurde die Tagung geschlossen.

Der Kampf um das Salvarsan hat zwischen dem preußischen Ministerialdirektor Kirchner und dem Polizeiarzt Dr. Drews-Berlin eine Kontroverse gezeitigt, die auf eine recht unsozialdemokratische Art ausgefochten wird. Auf die heftigen persönlichen Angriffe und Beschuldigungen des Ministerialdirektors im preußischen Herrenhause gegen den Polizeiarzt antwortet dieser mit einem scharfen öffentlichen Protest, daß eine so tückische wissenschaftliche Kampfesweise von größter öffentlicher Bedeutung mit persönlichen Angriffen erledigt wird, gegen die sich der Beleidigte nicht einmal sofort an Ort und Stelle verteidigen konnte. Man versucht weiter, den mißliebigen Polizeiarzt schließlich abzuschütteln: Die Münchner Medizinische Wochenschrift, der Dr. Drews den Vorwurf gemacht hat, daß sie einen sachlichen Salvarsanartikel von ihm nicht aufgenommen habe, will der Bemerkung: „Hierdurch würde Ehrlich Unrecht getan", hat sich an das Berliner Polizeipräsidium gewandt, ob Dr. Drews das Recht habe, sich Polizeiarzt zu nennen, oder nicht. Und prompt kam die Antwort: „Der Arzt Dr. Drews hat nicht die Berechtigung, sich des Titels „Polizeiarzt" zu bedienen," obwohl Polizeipräsidium und Ministerium diesen Titel offiziell dem Arzt verliehen, als dieser im Jahre 1911 eine Abteilung des Polizeipräsidiums Berlin für die Hygienemesse in Dresden vorbereitete. Mitten im Salvarsankampf kam dann ein Erlaß des Polizeipräsidiums, daß die Polizeiärzte sich nicht mehr als solche bezeichnen dürften, „weil der falsche Eindruck erweckt werden könnte, als sei ihm Träger eine durch die amtliche Stellung mit hervorragender Autorität ausgestattete Medizinalperson". — Wer lacht nicht über diese zugleich kindische und heuchlerische Motivierung, ausgeschnitzt unter der Regide des autoritätsfürchtigen Polizeiarztes a. Zeigen.

Die Art, wie sich Regierung und Polizeipräsidium in den wissenschaftlichen Streit um den Heilwert des Salvarsans mischen, wirft auf die berühmte Freiheit der wissenschaftlichen Forschung ein sonderbares Licht. Die Regierung ist ohne weiteres medizinische Autorität. Der Beamte, dem ihre Heilmittel nicht gefallen, wird abgeräuspert und verliert seine Titel. Gegen die kleinliche und gehässige Art, wie hier von Behörden in einen wissenschaftlichen Kampf von allgemeinstem Interesse eingegriffen wird, muß entschieden Protest erhoben werden.

Literatur Aus dem bei Schuster u. Löffler erschienenen Büchlein „Gottfried-Keller-Anekdoten" von Dr. Adolf Vögtlin entnehmen wir folgende humoristische Probe Kellerischer Lebensweisheit:

Vom Schuldenmachen.

Das Schuldenmachen," sagte Keller, „würde an und für sich nichts bedeuten, sofern nur einer gewiß ist, je nicht einfach abzugeben, sondern ehrlich abzutragen. Schulden tragen, gibt harte Schultern, wissen Sie" — und er klopft sich dabei selbst über die Achsel —, „Schulden sind geradezu eine Hochschule für den moderneren Menschen . . ."

Keller hatte Gelegenheiten in jüngeren Jahren durch Not und Leichtsinn hinlänglich, er war von Schulden belastet bis ins reife Mannesalter hinein. Das Geschäft, das ihm gute Freunde verschafften, stellte ihn endlich auf eigene Füße, und er wurde ein völlig anderer. Alle Rechtschaffenheit, zu der er veranlagt war, kam jetzt zu voller Entfaltung. Aber auf dieser Höhe behielt er so viel historische Gerechtigkeit für sich selber und seinen Lebensgang, daß er eines Nachts philosophierte: „Ein rechter Kerl muß den Mut haben, Schulden zu machen."

Kleine Mitteilungen Buchgewerbeausstellung in Leipzig. Für die Dauer der Ausstellung hat sich ein Verkehrsausschuß für das „Haus der Frau" gebildet, der sich eingehende Führung durch das „Haus der Frau" zur Aufgabe gemacht hat, auch Auskunft über die ausgestellten Gegenstände erteilt und sonstige Verkehrsangelegenheiten erledigt. Es sind wöchentlich drei Führungen vorgesehen, Dienstags und Freitags nachmittag von 4 bis ½6 Uhr und Sonntags von ½12 bis 1 Uhr. Außer diesen programmäßigen Rundgängen sollen auch solche für Gruppen, Vereine und außerordentliche Kongreßteilnehmer eingeleitet werden, wenn der Wunsch dem Verkehrsausschuß ein bis zwei Wochen vorher gemeldet wird. Für diese Gruppenführungen sind möglichst die frühen Vor- und Nachmittagsstunden zu wählen. Anmeldungen sind zu richten an: Fräulein Adele Lugenburg, Leipzig, Schönfeldstraße 13.

Die gestrige Miracle-Aufführung im Zirkus Busch in Berlin erlitt eine vorübergehende Störung dadurch, daß sich ein Mann aus dem Publikum erhob und gegen eine derartige Verhöhnung des Katholizismus protestierte. Wie das Berliner Tageblatt erfährt, sei der Ordnungsdienst der Direktor der Betriebsstelle des Verbandes deutscher Bühnenschriftsteller, Dinier, gewesen. Die Szene hatte wohl vorübergehende Aufregung hervorgerufen, als aber der Inhalt der Ansprache Diniers überall bekannt wurde, war das Verlangen allgemein, daß der Störenfried schleunigst entfernt würde, was auch geschah.

Dresdner Kalender

Theater. Mitteilung aus dem Bureau der Kgl. Hoftheater. Wie bereits angekündigt, gibt Donnerstag den 11. Juni im Königl. Opernhause anläßlich der 50. Geburtstages von Dr. Richard Strauß der Rosenkavalier in Szene. Die Vorstellung findet zum Besten des Pensionsvereins für die Witwen und Waisen der verstorbenen Mitglieder statt. Die Hauptpartien werden gesungen von den Damen Plaschke-von der Osten, Stirß und Rust sowie von den Herren Urlusk und Jadlowker. Eintrittskarten sind täglich zu haben an der Theaterkasse der Hofkasse und im Invalidendank.

Albertheater. Das Albertheater wird am 1. September mit dem lustigen Schauspiel von Arthur Schnitzler: Der einsame Weg, als Eröffnungsstück für Dresden, seine neue Spielzeit beginnen. Ferner hat Direktor Picho folgende zwei Werke zur Uraufführung für das Albertheater erworben: Der Thronfolger von Einar Christiansen und das Lustspiel: Der verlorene Sohn von Emil Ludwig.

Zentraltheater. Das Gastspiel-Ensemble des Trianon-Theaters, Berlin, wird nicht Donnerstag abend, sondern Freitag den 12. Juni, abends 8 Uhr, zum letztenmal den Schwank: Wenn Frauen reisen zur Aufführung bringen.

Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend

Veranstaltungen für Dienstag:

Altstadt: Vorstandssitzung. Beginn abends 8½ Uhr im Volkshaus.

Veranstaltungen für Mittwoch:

Johannstadt: Vortrag von Alfred Seidel: Höhlenbewohner Herbergen. — **Leipzig-Leubnitz:** Freier Jugendabend im Gasthofe in Leubnitz. — **Löbtau:** Diskussionsabend in zwei Abteilungen. — **Cotta-Leutewitz:** Liederabend (Leiter B. Naumann). — **Gorbitz-Pesterwitz:** Wanderabend, Abmarsch 7½ Uhr von Hoffnungs Restaurant, Gorbitzer. — **Potschappel:** Vortrag von E. Kutsche: Reiseerlebnisse an der russischen Grenze. — **Neustadt-Ost:** Berichte von der Pfingstwanderung. — **Plauen:** Diskussionsvortrag von B. Menke. — **Trachenberge:** Agitations- und Erzählungsabend, Motto: Handwerksburschenpoesie. — **Pirkitz-Kaditz:** Vortrag von Herrn Dr. Hermann Herzfeld über Baden und Schweizer. — **Käschenbroda:** Spielabend 8 Uhr Schützenplatz. — **Kötzschenbroda-Coswig:** Wanderung nach Kötzschenbroda, dort Besuch der Bernsteinhalle, Abmarsch 8 Uhr vom Jugendheim.

Veranstaltungen für Donnerstag:

Striesen: Vortrag von E. Kutsche: Reiseerlebnisse an der russischen Grenze. — **Siegsch und Umgebung:** Vortrag von Robert Geipisch. — **Neustadt-West:** Berichte von der Pfingstwanderung. — **Radebeul:** Vortrag. — **Radeberg:** Abendwanderung mit Vortrag, Treffen 8 Uhr am Brauereiberg, bei ungünstigem Wetter im Zimmer. — **Ottendorf-Okrilla:** Singstunde 8 Uhr.

Veranstaltungen für Freitag:

Altstadt: Liederabend (Leiter P. Seidel). — **Boschwitz-Rählau:** Vortrag von S. Jungnitsch: Die Gewerkschaften.

Leben • Wissen • Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 129 Dienstag den 9. Juni 1914

Die Entwicklung des Wohnbaues

Von Architekt H. Andreas Kretschmar

I

Die nomadisierenden Bewohner Mittelgriechenlands* waren, wie wir aus der um das Jahr 3000 vor unserer Zeitrechnung schon recht hochentwickelten Ziegeltechnik schließen können, verhältnismäßig sehr früh herangegangen, ihre schlichte Hütte allmählich geräumiger und kunstvoller zu gestalten, bis schließlich einige Jahrhunderte hernach das — wenn auch nicht in unserem Sinne — stattliche, um einen zentral in der Mitte gelegenen Hof herum gebaute, flachdachige Haus den Höhepunkt der Entwicklung damaliger Wohnkunst darstellte. Gegen die Straße waren diese Häuser fast ganz abgeschlossen: „Das Vergnügen, die Vorübergehenden zu sehen, opferte man gern dem Vorteil, von ihnen nicht beobachtet zu werden." Die Räume empfingen Licht und Luft vom Hofe. Die gaffenförmigen, fensterähnlichen kleinen Oeffnungen, welche vereinzelt angebracht waren, dienten Luft als Luftschächte. Dem angenehmen Klima des Mittelmeerbeckens entsprechend, pflegte man sich ja eben womöglich Tag und Nacht im Freien aufzuhalten: im Hofe und auf dem flachen Dach. Infolgedessen genügte ein derartig ausgestattetes Haus auch verwöhnteren Ansprüchen; die Aegypter brauchten nicht auf weitere Verbesserungen und Verschönerungen zu sinnen.

Ganz ähnlich in seinen Lebensbedingungen dem fruchtbaren Nilland war das Stromgebiet des Euphrat und Tigris; hier wie dort war das Wirken und Gedeihen des Volkes abhängig von einem mächtigen Strom; hier wie dort „ein durch künstliche Kanäle, ja den Meeresboden und Sumpfboden abgewonnenes Kulturland; hier wie dort ein wegen mangelhafter Rohstoffbildung unentwickelter Verkehr". (J. Brunhuß.) Und daher auch in Babylonien, wie in Ägypten, eine vielseitige, sogar noch aus einige Jahrhunderte ältere Ziegeltechnik. Nur daß man in dem fein- und halgrunen Babylonien luftgetrocknete (also ungebrannte) Ziegel aufgebrungen auch bei allen Monumentalbauten verwenden mußte. Bruchsteine dienten lediglich als Verkleidungsmaterial. Den Ägyptern stand wenigstens für die Herstellung einer widerstandsfähigeren Sockelverkleidung guter Stein zur Verfügung.

Die Vergänglichkeit des Baumaterials ist die Ursache, warum wir fast keine Anhaltspunkte dafür besitzen, wie solch ein vornehmes babylonisches oder ägyptisches Wohnhaus ausgesehen haben mag. Da sich aber schon in ältesten Tagen der Palast der Fürsten vom Wohnhause des begüterten Untertanen nur durch die Anzahl und die Ausstattung der Räume unterschied, können wir annehmen, daß auch der vermögende Mesopotamier die Räume seines Hauses um einen oder mehrere Höfe gruppierte und sich, wie die Aegypter, noch wohnen hin abschloß.

Die große Masse des Volkes hingegen bewohnte recht primitive Hütten, von welchen uns keinerlei Ueberreste erhalten blieben; sie sind längst zu Staub geworden und der Wind hat ihre letzte Spur verweht.

Doch sagen von den Behausungen der bedeutendsten Kulturvölker des Altertums, der Griechen und Römer, die uns geistlich so viel näher stehen, wissen wir eigentlich herzlich wenig. Denn das griechische oder römische Wohnhaus, von dem man heute spricht, ist schlechtweg das Haus des Reichen, das Haus der „oberen Zehntausend".

Während die alten Paläste, die hypothetisch Kreimnainer Geschlechtsamt, noch in roh hergestellten, gedeckt schon vielfach steinernen Hundhütten mit einem Zeigelbau auf Zweigen oder Rohr Unterschlupf suchten, entwickelte sich später unter fremdländischem Einfluß — hauptsächlich ägyptischem und phönizischem — eine eigene Art, die bei Palast- und größtem Wohnhausbauten zur Geltung kam. Es ist naheliegend, daß diese, entstanden unter dem „ewig heiteren Himmel Griechenlands", wieder ein Hofhaus darstellte. Anfangs begnügte man sich damit, die oft auf zwei Geschosse verteilten Räume um einen rechteckigen Hof anzulegen, in dessen Mitte der Altar des Zeus stand. Umschlossen aber war dieser Hofraum auf allen vier Seiten von Säulenhallen und wurde daher Peristyl benannt. Die weniger mit Glückgütern Gesegneten behielten diese Anlage auch hinsichtlich bei und nützten die übliche Trennung der Geschlechter dadurch, daß die Männer das Erdgeschoß, die Frauen das obere Stockwerk bewohnten. Die Begüterteren führten die Zweiteilung in großzügigerer Weise durch. Sie erbauten zwei Säulenhöfe an und gruppierten um den vorderen die Gemächer der Männer, um den rückwärtigen die der Frauen. In jenen gelangte man durch einen schmalen Flur, an der Zelle des Türhüters, der „Portierloge", vorbei. Gegen diesen Hof öffneten sich die Wohn- und Schlafgemächer (auch der Gästen) und der Speisesaal. An Stelle der Türen waren gewöhnlich nur Vorhänge angebracht. Ein schmaler Mittelgang, durch eine Tür geteilt, führte in die Frauenabteilung (Gynaikonitis). Hier befand sich neben der schon im rückwärtigen Teil gelegenen offenen Halle (Prostas) das ehelichen Schlafgemach. Die Küche war meist in eine Ecke gerückt. Den rückwärtigen Abschluß bildeten Arbeitsräume für die Frauen, verschiedene Vorratskammern und ein freundlicher Garten.

Das war im Prinzip die Einteilung eines vornehmen Wohnhauses in der Glanzzeit Athens, in den Tagen des Perikles (495 bis 429). Doch soll!? solch ein im Innern glänzlich reich ausgestattetes Haus hat, von der Straße aus gesehen, einen sehr dürftigen und öden Anblick, von den Wohnhäusern der ärmeren Bevölkerungsschichten gar nicht zu reden. Welch gewaltiger Kontrast also zwischen den herrlichen öffentlichen Bauwerken auf der hochragenden Akropolis und dem übrigen, ganz eklektisch anmutenden Stadtbild des alten Athen!

Von um zwei Schalenhöfe herumgebauten griechischen Wohnhaus scheinbar sehr deutlich war das Haus des römischen Patriziers. Und das wäre bei dem grundlegenden Einfluß der Kultur der Griechen auf die der Römer weiter nicht verwunderlich. Bei genauer Betrachtung aber finden wir, daß gerade kein römisches Wohnhaus bedeutungsvolle bodenständige Motive sich erhalten haben.

Zweifellos versuchten auch die ältesten Bewohner Italiens, Volksstämme ohne feste Wohnsitze, nur recht notdürftige Hütten zu errichten. Die ersten sicheren Anhaltspunkte für die Beschaffenheit italienischer Behausungen liefern uns etruskische Aschengefäße aus Ton, sogenannte „Urnen". Sie lassen erkennen, daß die Etrusker, das älteste Kulturvolk Italiens, bereits solche Hütten, meist rund, teils viereckig, mit einem etwas vorspringenden Dach versehen, zu errichten verstanden und dann weiter ausgestaltete zu kleinen Häuschen mit einem Giebeldach oder einem nach allen vier Seiten abfallenden, in der Mitte eine Rauch- und Lichtöffnung aufschließenden Satteldach. Letzteren Typus ahnen besonders deutlich die unterirdischen Felsgräfte nach, welche Wohnstätten für die Toten, die bei mir all ihre Habe bestattet wurden. Die Familiengräber bei Perugia und anderen Orten bestanden bereits aus einer ganzen Gruppe von unterirdischen Kammern mit Eingang, Vorhalle, Hauptraum, mehreren Neben- und Hintergemächern. Und sogar die Balken und die Dachsparren und die Lichtöffnung in der Dachmitte entdecken wir, in Stein täuschend nachgebildet, im Hauptraum der etruskischen Totenbehausung.

Dieser Hauptraum war, der für religiöse und häusliche Zwecke enthielt, das Atrium (von ater = schwarz, also der rauchgeschwärzte Raum, ähnlich der nordischen „Rauchstube"), war der wichtigste Bestandteil des altitalischen Bauernhauses: hier war der Sammelpunkt der Familie, hier wurde gekocht, gemeinsam gegessen und gearbeitet. Freunde und Bekannte wurden in diesem Gemache empfangen; die Leichen verstorbener Hausgenossen hier auf dem Totenbette aufgebahrt. Hinter dem Herd-Altar fanden die Ehebetten, nicht weit davon die Bilder der Hausgötter und die Truhe mit den Familienschätzen. Die um das Atrium angeordneten mannigfachen Kammern dienten ursprünglich als Vorratsräume.

Von den Etruskern haben die Römer diese Type eines geschlossenen Hauses übernommen und insbesondere als Bauernhaus Jahrhunderte hindurch der Hauptsache nach beibehalten. Der griechische Einfluß machte sich nur allmählich geltend und erst, als durch die vielen siegreichen Kriege die Römer zur Weltmacht geworden und unermeßliche Schätze in ihre Hauptstadt zusammengetragen hatten, gingen immer mehr Optimatenfamilien daran, ihre Häuslichkeit den neuen Lebensformen anzupassen. Das Ergebnis dieser Bemühungen stellt sich als eine äußerst glückliche Vereinigung zweier verschiedenartiger Bestandteile dar: an das italische Atrium wurde das griechische Peristyl angefügt. Und über seine Einteilung und Ausstattung sind wir außerordentlich einmal sehr gut unterrichtet. Ein furchtbarer Ausbruch des Vesuvs begrub bekanntlich im Jahre 79 n. Chr. das kaum nach einem Erdbeben neu und schöner wieder aufgebaute Pompeji, eine blühende gelegene Stadt mit zahlreichen Landhäusern vornehmer Römer, unter einer mehrere Fuß hohen Aschenschichte. Fast zweitausend Jahre schlummerten die Trümmer dieses italisch-griechischen Gemeinwesens, von den meisten Bewohnern nach rechtzeitig verlassen, unter der schützenden Decke, bis in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts systematische Ausgrabungsarbeit die nicht unansehnlichen und eindrucksvollen Reste aller Herrlichkeit freilegte.

* Vergleiche den Aufsatz: Anfänge der Baukunst am 28. September 1913.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140609/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Im pompejanischen Haus hatte das alt-einfache fensterlose tuskische Atrium mit seinem nach außen abfallenden Dach hauptsächlich infolge der eng aneinanderschließenden städtischen Bebauung nach innen gewisse Nachteile erhalten. Weiter rückte der Dachrand nun auf vier oder mehr Säulen. Das Regenwasser, das durch die vergrößerte Mittelöffnung und über die Türchen eindrang, fing man in einem in den Boden eingelassenen Becken (impluvium) auf. Von den Säulen rings um das Atrium war das Tablinum, ein nach vorn und rückwärts offenes Gemach, das Arbeitszimmer des Herrn, der wichtigste. In im römischen Hause eine strenge Zweiteilung wie außen, betrat man durch das Tablinum direkt, oder, um der Hausbewohner nicht zu stören, durch ein oder zwei seitlich davon angeordnete schmale Gänge den nach griechischem Muster gebildeten Säulenhof. Von diesem aus gelangte man in den Speisesaal, in die Bibliothek, in diese oder jene Schlafkammer, in die Küche und andere Räume. In der Mitte des Kreisels befand sich eine kleine schmucke Gartenanlage mit Springbrunnen. Der eigentliche Garten, sofern für einen solchen noch Platz gewonnen werden konnte, wurde auch hier ganz rückwärts angelegt. Im Obergeschoß wurden zumeist die Schlafräume über den eisernen Treppen zugänglich Mietwohnungen untergebracht.

Wie schon dieser neue Grundriß erkennen läßt, sind fast alle Zwecke häuslichen Lebens aus dem allseitswärtigen Atrium in eigens angegliederte, meistenteils rückwärtige Räumlichkeiten verlegt worden. Was dem Atrium, das nun nicht mehr Küche, Schlaf-, Wohn- und Eßzimmer zugleich ist, sind auch die Penaten und die Schutzgottheiten verschwunden: es ist zur Empfangshalle, zum Prunkgemach des Hauses geworden. Vor allem die Hausfrau mit ihrem Stuhl hat sich in den neu angefügten Teil des Hauses zurückgezogen. Mit der reichlicheren Gliederung der Anlage hielt in der Regel auch eine reichlichere Ausstattung Schritt. Der Fußboden zeigte oft kunstvolle Mosaikdarstellungen, die Wandflächen waren mit Marmorplatten verkleidet, die Zimmerdecken kassettiert (d. h. die Deckenbalken bildeten viereckige, vertiefte Felder). Kostbare Marmorsäulen und Bildwerke verwandelten den glänzenden Eindruck, den das Innere manch eines römischen Landhauses machte.

Doch alle jene, die nicht allzufern von der lauischen Göttin Fortuna begünstigt waren oder engherziger und weniger wohlhabend Genossen es unterlassen hatten, dem fremdlichen Zufall gelegentlich einmal vorsichtig nachzuhelfen — es war die überwiegende Mehrheit —, besaßen auch in allen Rom ihr Leben lang nur ein ungemein armseliges Heim. Platzmangel und hohe Grundpreise verhinderten schon deswegen die meisten jedes (dem eisernen Ruf) hochwichtige Massenquartiere, ohne Atrium und ohne Säulenhof. Ordentlich machte die hauptsächlich Verpflegt Bestimmungen zur Beschränkung der Hauptstadt erlassen. Die vier- bis fünfstöckigen, hoher hinauf weist in Fachwerk hergestellten Mietshäuser mußten dann an der Straßen- und Hofseite mit kleinen Fensterdrängungen versehen werden. Auf den Hofseiten verwendeten vorkragende Balkone und Säulengalerien den Zugang zu den einzelnen Räumen und Wohnungen, eine Anordnung, die, dem stockhohen Periskyhaus entnommen, noch in unseren Tagen auch in deutschen Landen zu finden ist.

Die Mittagsgöttin

Von Wilhelm Walsche

„Ich weiß nicht, was vor meiner Zeit liegt," sagte ich, „aber ich sehe, was jetzt ist, Lilly, — und das genügt mir vollauf."

Ich hatte in diesem Ernst, mit bewegter Stimme gesprochen. Trotzdem glitt über ihre Züge ein Lächeln, als sie zu mir herüberschaute.

„O ja, was jetzt ist, sieht du, du weiser Alter, du siehst so klar, so klar . . . aber es hat nichts, du bist doch besser als alle die da drüben. Hör mal, du, sag, — sag mir mal doch aufrichtig, ja, — du kennst ihn ja jetzt, du, was hältst du denn eigentlich von dem Grafen?"

Die Frage kam vollständig unerwartet. Ich suchte eine Antwort, aber indem ich das tat, schoß es mir jählings wie gehende Angst durchs Gehirn: sie liebt ihn doch — oder sie hat ihn geliebt. Da aber drängte sich alles in mir zusammen: die heiße, hellauflodernde Liebe zu ihr, die ewige Verdammnis, wenn ich sie nicht besitzen sollte, die ungeheure Sehnsucht und die ungeheure Verzweiflung, — alles, alles wurde ein einziges Gesicht, der Egoismus brach wild heraus . . . ich sprang auf, faßte mit beiden Händen ihre Rechte, als müßte ich sie mir festhalten, ehe ein weiteres Wort gefallen war . . . „Lilly, werde mein, werde meine Frau!"

Ich fügte noch mehr hinzu, rasch sprudelnde Sätze, die ich nicht maß und die keiner behalten kann aus solchem Moment. Mir war dabei, als habe Lilly bereits im ersten Augenblick „Ja!" gesagt. Und doch hatte ihre Lippe sich nicht aufgetan. Das Lächeln stand noch darauf, aber nur, als sei es dort erstarrt — die Wange war aschfahl, die Hand, die ich umklammert hielt, war kalt. An Kuß und Umarmung dachte keines von uns beiden.

Aber sie schüttelte auch nicht, wie gestern abend, das Haupt, ihre Augen starrten mich nur groß, mit fremdartigem Blicke an.

Einen Moment lang meinte ich etwas darin zu lesen wie Stolz, wie Befriedigung. „Also doch!" schienen sie zu sagen. Dann wurde der Glanz matter, ein leises Erschauern ging über das ganze Gesicht, die Lider senkten sich, die linke Hand fuhr sanft streichelnd über meine fest aufgepreßten Finger. „Nein, mein Freund, das nun nicht, du weißt das nicht, weißt nicht, wer Lilly ist. Du bist gut, ich weiß, aber das nicht, nie, kann nicht sein."

O, ich wußte, wer sie war. Ich sagte es ihr, meine Worte bekamen etwas fast Theatralisches. Sie war nicht als wir alle, die Königin der Erde, die Erbtochter der Menschheit. Vielleicht war ich zu gering für sie, aber sie sollte Mitleid haben mit mir.

Immer verzweifelnder, mich selbst erniedrigender wurde meine Rede, ich wollte nichts sein und sie alles — nur ihre Liebe sollte sie mir nicht entziehen. Ich hatte meine heiße Stirn während des hastigen Sprechens unwillkürlich wieder ihre Hand gepreßt. Als ich die Hand küssen wollte, war sie starr, regungslos, iedesfalt — in jäher Angst schaute ich auf. Noch immer, auch jetzt noch, ein Lächeln auf den schmalen Lippen. Aber es war, als zucke mitten in diesem Lächeln jeder Muskel des Antlitzes vom wühlendsten Schmerz. Da überfam mich ein unendliches Mitleid, ich ließ die Hände von ihr und sagte leise: „Lilly, du liebst mich nicht?"

Das Lächeln verschwand wie weggeblasen, der Blick der Augen wanderte von mir weg ins Leere. Und ihre Stimme klang rauh, während sie sagte: „Du bist ein Tor, was willst du von mir? Nicht weil ich zu groß bin, kann ich dein Weib nicht werden. Auch nicht, weil ich dich nicht liebe. Sondern ich bin zu klein. Ihr Männer wie du suchte einmal ganz anderes im Weib, das gibt Lilly keinem mehr, weil sie es nicht mehr hat. Ich habe wild geliebt, lange vor der Zeit. Das genügt, nicht wahr, und jetzt laß mich also!"

Ein herber Trotz lag auf ihren Zügen, und doch sah sie gerade jetzt aus wie ein Marmorwerk von wunderbarer Pracht.

Mir schien auf einen Moment eine eherne Last auf die Schultern zu pressen, die mich zermalmen wollte. Ich sprang auf und trat ans Fenster. Alles wirbelte vor meinem Blick, die grelle Sonnenscheibe schien ein schwarzer Fleck, über die weiße Straße unten sausten funkelnde rote Lichtbälle . . . ein Schwindel faßte mich.

Ich legte die Hand vor die Augen. Nun wurde es Nacht, aber ich konnte wieder denken.

Was war geschehen?

Das Bild der Siegerkönigin war verschwunden. Das Weib, das wie eine Göttin über mir gestanden, lag als Büßerin vor mir auf dem Rate. Als Büßerin, weil auch sie ein irdisches Weib gewesen war. Ein wilder Sturz: vom Himmel zur Erde. Und doch fühlte ich es wie Frucht Freude, daß mein Fuß wieder auf der Erde stand. Feste, irdische Bilder wuchsen jäh empor. Ich sah das Antlitz von Genossen, bei denen auch Edmund war . . . wir saßen beisammen, lange, traute Abende hindurch . . . das Gespräch wogte, das ernste, gute Gespräch von Männern ohne Vorurteil.

„Wer hebt den ersten Stein auf wider ein Mädchen, das aus Liebe schuldig geworden?"

„Keiner, wenn es aus Liebe war."

Das war so fest, so unerschütterlich wie ein uraltes Gebot, obwohl der hellste Blick der neuen Zeit darin war, die uns alle umfing.

Ich ließ die Hand sinken. Jede Spur von Schwindel war verflogen. In voller Majestät draußen der Tag, — ein echter, schöner Erdentag.

Ich wendete mich langsam um. Lilly hatte das Kinn auf die Hand gestützt, den Blick starr auf den Stamm des Teppichs. Ich legte ihr die Hand von der Seite auf die Schulter, ohne daß sie den Kopf erhob. „Lilly, es gibt also endgültig nichts mehr, was uns trennen kann. Ich will nicht deine Vergangenheit, sondern dich. Noch einmal: werde meine Frau!"

Die Schulter zuckte auf, ihre Hände preßten sich vor das Antlitz, sie begann heftig zu schluchzen.

Es pochte in diesem Augenblick an die Tür.

„Wir kommen!" rief ich barsch, „warten Sie."

Als habe der grelle Ton sie auseinandergerissen, zog sie die Hände zurück, ihre feuchten Augen wandten sich mir zu.

„Nein — nein, es geht nie, ich kann nicht. Frag mich nicht. Ich wußte, daß du kommst, schon gestern, gestern im Walde oben. Aber es ist umsonst, alles, alles umsonst."

„Lilly," begann ich von neuem, in tiefer Bewegung über den martemden Schmerz, der aus dem Ton ihrer Rede sprach, „sei nicht töricht, — vertrau mir . . ."

Da auf einmal riß sie sich wild los, sprang auf und stellte sich straff vor mich hin, das Gesicht verzerrt von jäh aufloderndem Wut.

„Zum Teufel, reden Sie nicht mehr, alles in der Welt hat ein Ende, auch meine Kraft; ich kann nicht, sag ich, und noch ein Wort jetzt von Ihnen und der Himmel bricht zusammen über euch allen da draußen; ich will sie nicht, eure Liebe; haßt mich, verfluscht mich, aber dies Winseln ertrag ich nicht mehr, und bald ist's auch aus, ich reiße selbst die Fetzen herunter und werfe sie euch vor die Füße, auch Lilly hat noch ihren Stolz, so tief ist sie noch nicht herunter, zum Teufel mit euch, der Graf nennt mich seine Göttin und du willst mich zu deinem Weibe machen, seid ihr denn allesamt wahnsinnig, ihr Menschen, ihr, ihr, die . . ."

Sie brach mitten im Wort ab, wie niedergemäht von der eigenen Rede, und warf sich, das Gesicht aufschluchzend in den Händen, von neuem in den Sessel. Die Brust unter der engen Taille wogte wild, das Rosenbaumsofa ihrer Kleider strömte heftig aus.

Einen Moment stand ich wie erstarrt. Dann wollte es heiß in mir auf. Ich hatte nichts mehr zu sagen . . . ich wandte mich und tastete nach meinem Hut.

„Nun, dann leb wohl, Lilly. Es war das letztemal, weise glücklich."

Ich hatte ihr den Rücken gekehrt und stand im Begriff, die Tür zu öffnen. Meine Hand fand in der Erregung nicht gleich den Griff. In diesem Augenblick hörte ich ein Rauschen, zwei Arme umschlangen meinen Hals.

„O, mein Freund, mein einziger, letzter, bester, laß Lilly nicht allein, geh nicht fort. Damals wollt' ich dich nicht draußen haben, als du wiederkamst, du weißt, heute wohl, heute wohl . . ."

Sie preßte sich fest an meine Schulter, als wolle sie so ihr Haupt verhüllen, und sagte leise: „Alles, alles, Lilly ist dein, nur sie deine Frau."

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Kongresse Der Deutsche Verein für Schulgesundheitspflege trat in Stuttgart am 4. Juni zu seiner 14. Jahresversammlung zusammen. Das Hauptthema lautete: „Welche Anforderungen sind vom hygienischen Standpunkte aus an die Grundrißgestaltung des Schulhauses zu stellen und inwieweit bedürfen die gesetzlichen Vorschriften darüber einer Neudefinierung."

Nach eingehenden Referaten von Professor Dr. Seffer-Leipzig als medizinischem und von Baurat Uhlig-Dortmund als technischem Berichterstatter wurde beschlossen, folgende Vorschläge den Behörden zu unterbreiten: 1. Jede Schule muß einen Schulhof haben. Der Schulhof muß so groß sein, daß bei Schulen bis zu 500 Kinder auf ein Kind mindestens 3 Quadratmeter, bei größeren Schulen 2 Quadratmeter kommen. Die Schulhoffläche muß möglichst einheitlich und übersichtlich sein, damit möglichst die ganze Fläche für Bewegungsspiele brauchbar bleibt. 2. Die Unterrichtsräume sollen so liegen, daß während des Unterrichts lärmende Geräusche, Staub, direktes Sonnenlicht so wenig als möglich in sie eindringen. 3. Jeder Arbeitsplatz muß bei Tage so beleuchtet werden, daß, nach Graden, für die Mitte des Arbeitsfeldes der freie Lichtkegel, auf einen Einfallswinkel von 90 Grad reduziert, mindestens 50 Quadratgrad ergibt. 4. In jedem Klassenzimmer muß auf ein Kind eine Grundfläche von etwa 1 Quadratmeter und ein Luftraum von mindestens 3 Kubikmeter kommen. 5. Für die Unterbringung der Ueberkleider muß außerhalb der Unterrichtsräume Gelegenheit geschaffen werden. 6. Die Verkehrsräume, d. h. Gänge und Treppen, und alle Ausgänge müssen so breit sein, daß für die ersten 500 Schüler 70 Zentimeter, für die weiteren 500 Schüler 50 Zentimeter und für die weiteren 30 Zentimeter auf je 100 der auf diese Breite angewiesenen Schüler entfallen. Kein Treppenlauf darf breiter als 2 Meter sein. Treppen und Ausgänge sind so anzuordnen, daß in Schulen mit mehr als 200 Schülern von jedem Unterrichtsraum aus zwei Treppen und zwei Ausgänge in verschiedener Richtung erreichbar sind. 7. Aborte und Schulklosetts sollen so angelegt sein, daß keine Gerüche in die Unterrichtsräume kommen. 8. Wohnungen dürfen mit Räumen, in denen die Schüler sich regelmäßig aufhalten müssen, nicht unmittelbar verbunden sein. 9. Die Schulgebäude sollen höchstens aus einem Erdgeschoß und drei Obergeschossen (einschließlich Dachgeschoß, wenn es Unterrichtsräume enthält) und einem Keller- oder Untergeschoß bestehen. — Schulkasernenbauten sollen nur dann erlaubnis Ausnahmen außerhalb, mindestens aber von im Schulhaus besonders erfahrenen Architekten geprüft und berichtigt werden.

Der 3. deutsche Kongreß für Krüppelfürsorge tagte am 5. Juni in Heidelberg. Neben den Spezialfragen der Erziehung und Heilung von Krüppeln stand vor allem die Frage einer umfassenderen Regelung der Krüppelfürsorge im Mittelpunkte des Interesses. So sprach Professor Dr. Biesalski-Berlin über die Beteiligung des Staates an der Krüppelfürsorge. Während Preußen auf diesem Gebiet noch wenig getan hat, haben andere deutsche Staaten, insbesondere Bayern und Oldenburg, sich deutlich in bemerkenswerter Weise beteiligt. Erforderlich ist die Bildung von Landeszentralen, die in engster Fühlung mit der Regierung oder unter ihrer Führung stehen.

Rechtsanwalt Dr. Sperling-Mannheim referierte über Armenrecht und Krüppelfürsorge. Er forderte die gesetzliche Regelung der Krüppelfürsorge, wobei die öffentliche Armenpflege zur Erziehung und Erwerbsbeschränkung der jugendlichen Krüppel verpflichtet wird, sowie die nächstverpflichteten Angehörigen und die private Mildtätigkeit nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen können. Die Krüppelfürsorge muß aber den Heilungsverbänden angenommen und auf die Schultern großer, leistungsfähiger Verbände gelegt werden.

Dr. Leonhard Rosenfeld-Nürnberg schilderte die Entwicklung der offenen Krüppelfürsorge. Das Wesen der offenen Fürsorge besteht darin, daß der Krüppel in der heimatlichen Pflege und Gemeinschaft bleibt, höchstens ganz vorübergehende Anstaltsbehandlung notwendig hat. Die Aufgaben der offenen Fürsorge sind die gleichen wie die der geschlossenen: ärztliche Behandlung, Schulunterricht und gewerbliche Ausbildung. In Verfall kommt gegenüber der Anstaltsfürsorge lediglich die dauernde Versorgung, an deren Stelle erwachsen der offenen Fürsorge zwei weitere Aufgaben: Arbeitsvermittlung der gewerblich ausgebildeten oder bereits tätig gewesenen Krüppel und die Verhütung des Krüppeltums, welche letztere einerseits eine Reihe ärztlicher Maßnahmen erfordert, andererseits für Aufklärung und Belehrung der Bevölkerung zu sorgen hat. Ein wirksamer Erfolg ergibt sich jedoch nur aus der Verbindung der offenen und geschlossenen Fürsorgearbeit. Die offene Fürsorge ist noch im Werden, aber auch gleichzeitig im Begriff, sich vorzüglich zu entwickeln. In den letzten zwei Jahren ist die Zahl der Einrichtungen für offene Krüppelfürsorge in Deutschland von 36 auf 54 gestiegen, die der Heime nur von 53 auf 57, die offene Krüppelfürsorge hat sich um 33 Prozent vermehrt, die Heimfürsorge nur um 7 Prozent. Von den deutschen Bundesstaaten haben Bayern, Sachsen und Württemberg gerade die beste Fürsorge sowohl für Heim- als offene Fürsorge, in Preußen fehlt es noch in bezug auf geschlossene wie offene Fürsorge, Baden entbehrt noch jeglicher Einrichtungen der offenen Fürsorge. Es haben also diejenigen Staaten die beste Fürsorge, in denen die offene Fürsorge am weitesten ausgebildet und vertreten ist. Die Hauptbestrebungen in der Entwicklung der offenen Fürsorge liegen darin, daß sich neben den erheblich vermehrten privaten Fürsorgestellen 12 öffentlich-rechtliche Einrichtungen entwickelt haben, 2 staatliche in Bayern, 6 kommunale Einrichtungen (3 in Preußen, 2 in Bohem und 1 in Sachsen). Auch die Träger der Unfallversicherung und Invalidenversicherungsgesetze haben bei der Krüppelfürsorge gewirkt, z. B. die Landesversicherungsanstalt Westpreußen und die Invalidenversicherungsanstalt in Nürnberg. Der Vortragende gibt eine ausführliche Uebersicht über die Zahl, Art, Wesen und Wirken der einzelnen Einrichtungen und stellt ein Programm für die zweckmäßige Durchführung der offenen Fürsorge auf. Diese soll sich zusammensetzen aus einer Beratungsstelle und einer Anstalt. Die Beratungsstelle ist zugleich Auskunftsstelle für den gesamten Verkehr mit der Oeffentlichkeit. Mit der Beratungsstelle kann eine Art Poliklinik verbunden werden, die den größeren Teil (gegen 70 Prozent) der ärztlich zu Behandelnden an Ort und Stelle erledigt. Die Beratungsstelle sorgt auch für die Aufgaben der Verhütung, insbesondere die Bekämpfung der Hauptursachen, Rachitis und Tuberkulose. In Nürnberg ist es gelungen, 70 Prozent aller Rachitiker vor dem Krüppeltum zu bewahren. Die Einrichtungen für Schul- und gewerbliche Ausbildung müssen auch den in häuslicher Pflege Verbliebenen zugänglich gemacht werden, was namentlich in den größeren Städten leicht durchführbar ist. Als Grundlage einer rationellen Fürsorge bezeichnet Rosenfeld die privat- und öffentlich-rechtliche gesetzliche Regelung, wie sie in Oldenburg und Baden vorhanden, in Bayern im Werden ist. Nur auf diesem Wege wird einem der schwersten sozialen und volkswirtschaftlichen Schäden wirksam und gründlich abgeholfen. (Lebhafter Beifall.)

Heilkunde Das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose hielt am 5. Juni im Sitzungssaal des Reichstags unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Delbrück seine 18. Generalversammlung ab. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurde das Hauptthema behandelt: Die Fürsorge für die aus den Lungenheilstätten Entlassenen. Der erste Redner war Professor Dr. Koepke von der Heilstätte Melsungen bei Kassel: Nichtinfektiöse sind grundsätzlich nicht in der Heilstätte zu behalten. Weiter gehören die nach dem Hungerbefund und nach dem allgemeinen Befund ansteckungsfreien Tuberkulosefälle nicht in die Heilstätten. Sie sind in allgemeinen Krankenhäusern oder deren Tuberkulosestationen zu belassen, wo sie isoliert sind und zugleich zweckmäßig behandelt werden können. Die erste grundlegende Heilstättenkur dauert meist 3 Monate. Nur wenige Versicherungsanstalten sind die Reichsversicherungsanstalten gewähren Kuren von 4 bis 6 Monaten Dauer. 35 bis 40 Proz. der Kranken haben bei der Aufnahme Tuberkelbacillen im Auswurf. Mindestens die Hälfte verlieren sie durch die Kur. 60 bis 70 Proz. ergeben eine wesentliche Besserung im objektiven Lungenbefund, 80 Proz. und darüber die Wiederherstellung der betreffenden bez. aufgehobenen Erwerbsfähigkeit. 40 bis 50 Proz. werden wissenschaftlich und klinisch geheilt, und zwar mit Dauererfolg. Demgemäß muß die ärztliche Fürsorge für die Entlassenen individuell verschieden sein. Für die vollständig Geheilten ist eine besondere Fürsorge nicht nötig. Es genügt, wenn die Entlassenen freiwillig Schädigungen zu vermeiden, hinsichtlich der Lebenshaltung, Abhärtung, Kleidung, des Berufs,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140609/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG